



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

35. Sitzung

3. Wahlperiode

Donnerstag, 3. Februar 2000, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

Inhalt

	Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: EU-Initiative für ein europäisches Netzwerk „Kinder- und familienfreundliche Städte“	
	– Drucksache 3/1060 –	2025
Mitteilungen des Präsidenten	Heike Lorenz, PDS.....	2025
	Harry Glawe, CDU	2027
	Sylvia Bretschneider, SPD.....	2028
	Irene Müller, PDS.....	2030
	Beschluss	2032
Antrag der Abgeordneten Barbara Borchardt, Monty Schädel, Caterina Muth und Torsten Koplin, Fraktion der PDS, und der Abgeordneten Klaus Schier und Dr. Klaus-Michael Körner, Fraktion der SPD: Polizeiausbildung in Mecklenburg-Vorpommern		
– Drucksache 3/1049 –		2017
Antrag der Abgeordneten Lorenz Caffier, Georg Nolte, Rainer Prachtl und Jürgen Seidel, Fraktion der CDU: Landespolizeischule Neustrelitz		
– Drucksache 3/1050 –		2017
Barbara Borchardt, PDS.....		2017
Georg Nolte, CDU.....		2018
Minister Dr. Gottfried Timm		2019, 2024, 2025
Monty Schädel, PDS		2021
Lorenz Caffier, CDU.....		2022
Dr. Klaus-Michael Körner, SPD		2023, 2024
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS.....		2024
Wolfgang Riemann, CDU.....		2025
Caterina Muth, PDS (zur Geschäftsordnung)		2025
Beschluss		2025
	Antrag der Fraktion der CDU: Unterstützung des Landes für den Transrapid	
	– Drucksache 3/1055 –	2032
	Jürgen Seidel, CDU	2032, 2041
	Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff..	2034, 2041
	Peter Ritter, PDS	2036
	Dr. Ulrich Born, CDU	2037, 2042
	Claus Gerloff, SPD.....	2039
	Beschluss	2043
	Dr. Ulrich Born, CDU (zur Geschäftsordnung)	2043
	Antrag der Fraktion der CDU: Zukunft der Wirtschaftsförderung in Mecklenburg-Vorpommern	
	– Drucksache 3/1052 –	2043
	Jürgen Seidel, CDU	2043, 2054
	Minister Dr. Rolf Eggert	2045

Kerstin Kassner, PDS	2047	Antrag der Fraktion der CDU:	
Dr. Ulrich Born, CDU	2049	Kooperationsvertrag der Ernst-Moritz-	
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff..	2052, 2054	Arndt-Universität Greifswald mit dem	
Heidemarie Beyer, SPD	2055	Klinikum Guth in Karlsburg und	
Minister Helmut Holter	2056	Besetzung der Professur Kardiologie	
Barbara Borchardt, PDS	2059	– Drucksache 3/967 –	2074
Beschluss	2060	Änderungsantrag der Fraktion der CDU	
		– Drucksache 3/1095 –	2074
		Jörg Vierkant, CDU	2074
		Minister Dr. Peter Kauffold	2075, 2079, 2080
		Dr. Gerhard Bartels, PDS	2076, 2079
		Dr. Manfred Reißmann, SPD	2078
		Dr. Arthur König, CDU	2078, 2079, 2080
		Hinrich Kuessner, SPD	2080
		Beschluss	2081
Antrag der Fraktion der CDU:			
Abfallwirtschaftsplan des Landes und Verord-			
nung zum Abfallwirtschaftsplan des Landes			
– Drucksache 3/1053 –	2060		
Renate Holznagel, CDU	2060		
Minister Dr. Wolfgang Methling	2061, 2066		
Dr. Armin Jäger, CDU	2066		
Dr. Henning Klostermann, SPD	2067		
Georg Nolte, CDU	2068		
Caterina Muth, PDS	2070		
Dr. Armin Jäger, CDU			
(zur Geschäftsordnung)	2074		
Beschluss	2074, 2082	Nächste Sitzung	
		Mittwoch, 15. März 2000	2081

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 35. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich noch einmal zurückkommen auf den gestrigen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Caffier, der berechtigt war in seiner Aussage. Bei der Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 12 wurde der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1059(neu) mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Wir setzen unsere Beratung nun vereinbarungsgemäß fort. Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Abgeordneten Barbara Borchardt, Monty Schädel, Caterina Muth und Torsten Koplín, Fraktion der PDS, und der Abgeordneten Klaus Schier und Dr. Klaus-Michael Körner, Fraktion der SPD – Polizeiausbildung in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1049, in Verbindung mit der Beratung des Antrages der Abgeordneten Lorenz Caffier, Georg Nolte, Rainer Prachtl und Jürgen Seidel, Fraktion der CDU – Landespolizeischule Neustrelitz, Drucksache 3/1050.

Antrag der Abgeordneten Barbara Borchardt, Monty Schädel, Caterina Muth und Torsten Koplín, Fraktion der PDS, und der Abgeordneten Klaus Schier und Dr. Klaus-Michael Körner, Fraktion der SPD: Polizeiausbildung in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 3/1049 –

Antrag der Abgeordneten Lorenz Caffier, Georg Nolte, Rainer Prachtl und Jürgen Seidel, Fraktion der CDU: Landespolizeischule Neustrelitz – Drucksache 3/1050 –

Das Wort zur Begründung des Antrages auf Drucksache 3/1049 hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Borchardt.

Barbara Borchardt, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als eine der Unterzeichnerinnen des Antrages von Abgeordneten der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1049 will ich zur Begründung Folgendes hervorheben:

Wie Sie wissen, liegt ein in die gleiche Richtung zielender Antrag – ich formuliere das ganz bewusst vorsichtig – von Abgeordneten der CDU-Fraktion auf Drucksache 3/1050 vor. Ich stelle zunächst fest, dass es etwas ungewöhnlich ist, dass Parlamentarier aus allen Landtagsfraktionen im Plenum des Landtages zur Gestaltung der Polizeiausbildung in Mecklenburg-Vorpommern mit diesem Antrag eine notwendige Öffentlichkeit erreichen wollen. Die individuellen Motive und Absichten der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner überlasse ich dabei der Beurteilung eines jeden einzelnen Abgeordneten dieses Hauses.

Ich unterstreiche aber die Absicht unseres Antrages, also der Abgeordneten der Fraktionen von PDS und SPD: Gemeinsam wollen wir über das Konzept der Landesregierung für die zukünftige Polizeiaus- und -fortbildung in Kenntnis gesetzt werden, auf dessen Grundlage dann die Entscheidungen für die Standortveränderung getroffen

werden können oder sollen. An diesem Anspruch, meine Damen und Herren, erkennen Sie, dass es uns nicht um eine öffentliche Debatte geht, um nach außen zu zeigen: Seht mal, liebe Bürgerinnen und Bürger, wie wir uns für den Standort Neustrelitz einsetzen. Nein, wir wollen unsere gemeinsame Verantwortung für die Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern wahrnehmen, nicht nur die in unserem Wahlkreis. Angesichts der bisherigen Wirkungen von öffentlichen Verlautbarungen über die Standortveränderung im Rahmen der Aus- und Fortbildung der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern ist dies dringend erforderlich.

Erstens stelle ich fest, dass man Struktur- und Standortfragen nicht losgelöst von Inhalten der zukünftigen Gestaltung von Fort- und Ausbildung entscheiden kann. An dieser Stelle sei erinnert, dass sich die Koalition auf eine Verbesserung der Aus- und Fortbildung der Polizei verständigt hat.

Zweitens stelle ich fest, dass alle Unterzeichner im Zusammenhang mit Überlegungen zur Konzentration auch bei der Polizeiausbildung in unserem Land mit Fragestellungen von kommunalen Gebietskörperschaften, von der Leitung und den Mitarbeitern der Landespolizeischule und den dort auszubildenden Polizeianwärtern konfrontiert wurden, auf die wir völlig ungenügend vorbereitet waren.

Es begann eigentlich mit Pressemitteilungen, wonach der Innenminister auf besorgte Fragestellungen von Kommunalpolitikern, zum Beispiel vom Neustrelitzer Bürgermeister, zur Schließung der Landespolizeischule Gespräche führte. In der Presse war deutlich zu lesen, die Schließung der Landespolizeischule in Neustrelitz sei so gut wie sicher. Es wird uns wenig helfen, Fragen danach aufzuwerfen, aus welchen Quellen bestimmte Informationen an die Presse gelangen konnten. Diesbezüglich, so denke ich, hat jeder von uns bereits seine Erfahrungen gemacht.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Richtig ist auch, dass über eine Schließung der Landespolizeischule in Neustrelitz nicht erst in den letzten Wochen gesprochen wurde. Aus diesem Grunde habe ich persönlich – ich hoffe, Herr Minister, Sie können sich daran noch erinnern – im Zusammenhang mit der Diskussion zur Verwaltungshochschule in Güstrow in unserer Fraktion an Sie konkrete Fragen gerichtet, die sich insbesondere auf den Standort Neustrelitz bezogen haben. Gleichzeitig weise ich darauf hin, dass bezüglich der Profilierung der Fachhochschule Güstrow an Sie, Herr Minister, konkrete Fragen übergeben wurden, auf die wir bis heute noch keine Antwort haben.

Nun haben in den letzten Tagen viele Gespräche zu diesem Thema stattgefunden, unter anderem ein Gespräch in der Fachhochschule Güstrow auf Initiative von Herrn Dr. Körner. In diesem Gespräch konnten aus meiner Sicht nicht alle Fragen eindeutig beantwortet werden. Das war vielleicht auch nicht zu erwarten. Aus diesem Grunde enthalten sich die Antragsteller zunächst auch jeder konkreten inhaltlichen Bewertung der bisherigen Aussagen. Das kann erst geschehen, wenn wir ein Konzept erhalten.

Dennoch, einen Eindruck werde ich nicht los: Die Entscheidung des Standortes ist rein fiskalischer Natur, unabhängig von Inhalten. Die dargestellten inhaltlichen Ansprüche, so meine ich, können auch ohne Standortver-

änderung in Angriff genommen werden. Und auch das möchte ich an dieser Stelle sagen: Die fiskalische Betrachtung ist sehr kurzsichtig. Ja, man konnte uns glaubhaft darstellen, dass es im Rahmen des Landeshaushaltes zu Einsparungen kommen wird. Betriebswirtschaftlich gesehen würde diese Entscheidung, eine Konzentration in Güstrow, sicherlich richtig sein, aber für die Region? Ich frage mich: Wie ernst nehmen wir es mit unserer eigenen Verpflichtung?

Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag, Punkt 31: „Die Landesregierung mißt der sektoralen und regionalen Strukturpolitik größere Bedeutung zu, um die sozialen und ökonomischen Benachteiligungen einzelner Regionen auszubauen.“ Und Neustrelitz gehört wohl zu den strukturschwachen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern. Regionalwirtschaftlich wäre eine Entscheidung gegen Neustrelitz ein Fehler, der in Zukunft zur Kostenverlagerung auf andere öffentliche Träger, also auf die Sozialversicherung und die Kommunen, ausgeweitet wird. Weitere Abwanderungen, weitere Kaufkraftverluste und – in Bezug auf das für uns so wichtige touristische Image – problematische Eskalationen in sozialen Brennpunkten könnten diese Region schwächen.

Und es kann auch nicht sein, dass wir vorgeben, die Einrichtung von Arbeitsplätzen zu fördern, und gleichzeitig aufgrund der Nachteile einer Region die eigenen Arbeitsplätze nach Westen abziehen. Welche Auswirkungen diese Entscheidung auf den zukünftigen Landeshaushalt haben könnte, darüber werden wir wohl nie konkrete Auskünfte erhalten. Ob sich Wirtschaftsunternehmen in Neustrelitz ansiedeln, das können wir kaum beeinflussen, aber wie wir mit unseren eigenen vorhandenen Strukturen umgehen, das sehr wohl.

Insofern äußern wir die Erwartung und Hoffnung, dass ein schlüssiges Konzept zur Polizeiausbildung und zu den damit im Zusammenhang stehenden Fragen, die wir im Antrag benannt haben, vorgelegt wird.

Zum Abschluss will ich auch nicht unterlassen zu sagen, dass beide Anträge deutlich machen, dass die Sicht auf die Landespolitik insgesamt und die besondere Verantwortung von Abgeordneten für die Lösung regionaler Schwerpunkte nicht widerspruchsfrei ist. Ich bin aber davon überzeugt, dass die sachliche Abwägung von Argumenten und Tatsachen uns befähigen wird, zu vertretbaren Entscheidungen zu kommen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Borchardt.

Das Wort zur Begründung des Antrages auf Drucksache 3/1050 hat der Abgeordnete Herr Nolte von der Fraktion der CDU.

Georg Nolte, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Dass zum gleichen Sachverhalt zwei Landtagsanträge diesem Hohen Hause zur Entscheidung vorliegen, deutet aus meiner Sicht darauf hin, dass eine nur lokale Bedeutung des Themas Landespolizeischule Neustrelitz zu kurz greift. Vielmehr geht es bei dem angesprochenen Erklärungs- und Begründungsbedarf, der von Abgeordneten aller drei Fraktionen thematisiert wird, um ein Thema, das zwei Aspekte hat: erstens den Gesichtspunkt der angestrebten Verbesserung der Effektivität und der Nutzung von Synergien in der Landesverwaltung und zwei-

tens den Gesichtspunkt der regionalen Entwicklungskonsequenzen.

Wenn das Innenministerium darüber nachdenkt, die polizeiliche Ausbildung und Weiterbildung stärker zu ver zahlen und Synergieeffekte zu nutzen, dann ist dies zunächst nicht kritisch zu bewerten. Wenn aber Erwägungen im stillen Beamtenkämmerlein ohne ausreichende und angemessene Anhörung Betroffener, Interessierter oder Beteiligter mit einem vorgefassten Ziel vorangetrieben werden, dann ist dies spätestens die Stunde des Parlaments. Daher ist es das Ziel beider hier zur Diskussion stehenden Anträge, eine Transparenz der laufenden Abwägung zu erreichen und die einzelnen Argumente kennen zu lernen, um deren jeweiliges Gewicht auch werten zu können.

In eine Entscheidung über die zur Diskussion stehende Auflösung der Polizeischule Neustrelitz ist zunächst das Parlament nicht direkt einbezogen. Allerdings hat eine Zusammenlegung der polizeilichen Aus- und Fortbildung an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Güstrow dann auch Konsequenzen auf das Polizeiorganisationsgesetz und damit auch für den Landtag. Ich gebe zu, es sind nur zwei Worte, aber immerhin.

Wenn über Synergien oder zu erreichende Struktureffekte in der Landesregierung nachgedacht wird, wie im vorliegenden Fall, dann muss erwartet werden, dass ein offener Abwägungsprozess stattfindet, der sich nicht nur im Abzählen von Zimmern und Räumlichkeiten erschöpft (die anschließend vielleicht mit erheblichem Aufwand herzurichten sind), sondern der tatsächliche Qualitätsverbesserungen, Synergieeffekte und Kostenbetrachtungen im Auge hat, und zwar nicht nur für den Zeitraum der zu treffenden Entscheidung, sondern auch für Folgezeiträume und Folgejahre. Ich erinnere mich selbst noch gut an die Diskussion zur Gebietsreform und die dabei vorgebrachten Argumente der geringeren Kosten für den baulichen Aufwand der jetzigen Sitze der Kreisverwaltungen. Sie können sich vielerorts davon überzeugen, dass die damalige Erbsenzählerei im Nachhinein von der Wirklichkeit überholt wurde. Ich würde mir wünschen, dass solche kurzatmigen Erwägungen im vorliegenden Fall vermieden werden.

Bei dem Antrag der CDU-Abgeordneten geht es darum, dass ein reales und tragfähiges, ich könnte auch sagen, belastbares Modell vorgetragen wird, das auch noch in den nächsten Jahren seine Gültigkeit behält.

Zu einem solchen Modell gehört in erster Linie die Frage nach der Qualität der Aus- und Fortbildung. Bisher wurden keine Argumente – jedenfalls mir nicht – bekannt, die gegen die Qualität an der Landespolizeischule sprachen oder sprechen. Auch dem Personalrat wurde eine diesbezügliche Kritik nicht bekannt. Daher müsste im Fall einer neuen Entscheidung begründet werden, wie und auf welche Weise qualitative Verbesserungen zum Beispiel in Güstrow erzielt werden können und warum dies nicht in Neustrelitz möglich ist. Es müsste hierbei auch die polizeiliche Fahrschul Ausbildung in Waldeck in die Überlegungen einbezogen werden, die ebenso in einem solchen Optimierungsprozess eine Rolle spielen muss. Gerade Fachleuten ist bekannt, worauf der Personalrat mehrfach hingewiesen hat, dass es einfach nicht möglich ist, nur die Aus- und die Fortbildung an einem Ort zu konzentrieren und zu meinen, dass damit bereits der gewünschte Synergieeffekt erreicht worden sei. Vielmehr müssen unterschiedliche Anforderungsprofile und Rahmenbedingungen ebenso erwogen werden.

Auch wenn die Kostenfrage diskutiert wird, darf nicht nur das Mietverhältnis beim Bundesgrenzschutz in Neustrelitz eine Rolle spielen. Vielmehr kommen in Neustrelitz durchaus Synergien und Kosteneinsparungen mit dem Bundesgrenzschutz zum Tragen, die bisher nicht beziffert wurden. Ich erinnere hier nur an die unterschiedlichen Kostensätze zum Beispiel der Verpflegung in Neustrelitz und in der Fachhochschule Güstrow. Andererseits wird in Güstrow ein erheblicher neuer Investitionsbedarf deutlich, der möglicherweise nicht aufgewogen wird durch die Mieteinsparungen in Neustrelitz.

Bisher wurden vom Innenministerium noch keine konkreten Analysen und Zahlen für die inhaltliche Begründung der Aufhebung der Landespolizeischule Neustrelitz vorgelegt oder mit dem Personalrat diskutiert. Bevor also Entscheidungen getroffen werden, dürfte es durchaus im Interesse des Landtages liegen, den ergebnisoffenen Abwägungsprozess zu kennen, und zwar bevor Entscheidungen durch die Landesregierung getroffen werden, da letztendlich das Landesparlament innerhalb der Etatberatungen die finanziellen Auswirkungen zu entscheiden hat und damit direkt mit der Materie befasst ist. Der Haushalt für 2000 sieht jedenfalls keine entsprechenden Etatsätze vor, so dass damit auch in diesem Jahr keine diesbezüglichen Handlungsmöglichkeiten bestehen.

Bedeutungsvoll scheint mir auch der regionale Aspekt zu sein. Ich erinnere mich noch daran, wie die Verteilung von Verwaltungsstrukturen im Land in der Vergangenheit auch immer die regionalen Struktureffekte im Auge hatte. Auch die gegenwärtige Koalitionsvereinbarung äußert sich hierzu. Frau Borchardt hat den Artikel 31 zitiert. Ich will den Artikel 32 noch hinzufügen. Dort steht: „Die Landesregierung untersucht für Vorpommern und Ostmecklenburg in Zusammenarbeit mit den regionalen Planungsverbänden und wissenschaftlichen Einrichtungen Ursachen der Defizite in der Regionalentwicklung und prüft Möglichkeiten zur Umstrukturierung und zur Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen, Forschungseinrichtungen und Verwaltungen.“

Mit dem Antrag der CDU wird erwartet, genau diese Formulierung umzusetzen. Bisher ist mir jedenfalls nicht bekannt, dass zum Beispiel der regionale Planungsverband in die Entscheidungsvorbereitungen mit einbezogen worden wäre, ganz davon abgesehen, dass gezielt geprüft wurde, wie die ostmecklenburgische Region insgesamt gestärkt werden könnte.

Wie fragwürdig mitunter Strukturentscheidungen in der Landesregierung diskutiert wurden, zeigte zum Beispiel die Diskussion über die Landesfachhochschule Güstrow in der letzten Legislatur, die nach Gedanken des Kultusministeriums mit der Universität Rostock zusammengelegt werden sollte, weil sie in der Sache angeblich nicht erforderlich wäre. Wären diese Gedanken seinerzeit zum Tragen gekommen, würde sich heute die zur Diskussion stehende Strukturentscheidung hinsichtlich der Polizeischule völlig erübrigen.

Warum die Abgeordneten der Koalition nicht den rechtzeitig vorliegenden CDU-Antrag akzeptieren konnten, sondern mit einem eigenen Antrag reagierten, entzieht sich meiner Kenntnis. Trotzdem bin ich erfreut, dass in der Sache beide Anträge in die gleiche Richtung zielen. Daher bitte ich Sie um Zustimmung zu dem vorliegenden Berichtersuchen – ich betone hier nochmals, Berichtersuchen – der CDU-Abgeordneten. – Ich danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Nolte.

Im Ältestenrat wurde eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Innenminister Herr Dr. Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Ziel ist es, die Qualität der polizeilichen Aus- und Fortbildung in Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern. Ich verstehe das als Teil der Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Landespolizei im Ganzen. Mein Ziel ist es auch – das will ich ganz deutlich sagen –, für das Land Mecklenburg-Vorpommern und seine vielfältigen Aufgaben Kosten zu sparen, und zwar gerade dort, wo es möglich ist. Ich höre noch die Kommunen, die uns abverlangen, dass wir sehr sparsam mit den Landeshausmitteln umzugehen haben. Dass eine Qualitätsverbesserung der polizeilichen Aus- und Fortbildung nicht losgelöst von Standortfragen zu beantworten ist, ergibt sich.

Ich weiß, dass einige von Ihnen, unter anderem Herr Caffier, am 27. Januar in Güstrow einen von mir organisierten und von meinem Staatssekretär durchgeführten Vor-Ort-Termin wahrgenommen haben, wo diese Fragen, soweit mir berichtet worden ist, sehr umfänglich erörtert, ich sage, auch beantwortet worden sind.

Ich will Ihnen jetzt darlegen, welche Bildungssynergien, Personalsynergien, Organisationssynergien und Kostensynergien sich ergeben, wenn wir das von uns angedachte Ziel, Güstrow als Standort zur Verbesserung der Qualität der Aus- und Fortbildung der Landespolizeiausbildung zu wählen, anstreben und auch in wenigen Jahren erreichen werden.

Zu den Bildungssynergien:

Wir sind in der Lage, in Güstrow die Lehrtätigkeit im Fachbereich Polizei durch Lehrkräfte der Landespolizeischule in den bisher personell unterbesetzten Studienbereichen Organisations- und Gesellschaftswissenschaften zu verbessern, und zwar insbesondere in den Fächern Politikwissenschaften, Soziologie, Ethik, Kommunikation und Stressbewältigung sowie teilweise auch in anderen Studienbereichen wie zum Beispiel im Fachbereich Informatik- und Kommunikationstechnik, in Fremdsprachenfächern und im Sport. Außerdem können in einem Teil der Fächer, wo jetzt schon Lehrkräfte tätig sind, die in besonderen polizeilichen Bildungseinrichtungen arbeiten, durch bestimmte Zusammenführungen zusätzliche Organisations- und Koordinierungsaufgaben wegfallen. Außerdem können fachbezogene und fachübergreifende Vorlesungen gehalten werden, und zwar von Dozenten des Fachbereiches Polizei und der Landespolizeischule für Aus- und Fortbildung. Auch hieraus ergeben sich Bildungssynergieeffekte.

Die Entwicklung neuer Fortbildungskonzepte, wie zum Beispiel Fachstudiengänge Kriminalistik zu allen Delikt-kategorien, könnte auch dadurch unterstützt werden, dass der bisherige allgemein fachliche Fortbildungsunterricht – jedenfalls in Teilen – durch den Fernunterricht abgelöst werden kann. Die Nutzung der Bildungspotentiale der Fachhochschule zum Themengebiet Kriminologie – und diese Bildungspotentiale in Güstrow sind derzeit die einzi-

gen im Land – erschließen sich dann, wenn wir die personellen und inhaltlichen Ressourcen zusammenführen. Wir wären dann in der Lage, gemeinsame Seminare mit externen Dozenten wie Staatsanwälten und Rechtsmedizinern durchzuführen und hierfür nur eine einmalige Vergütung zu entrichten.

Es können für alle Bildungsbereiche am Standort Güstrow Vorlesungen zu Spezialthemen und Grundlagenvorlesungen wie zum Beispiel zur Betriebswirtschaftslehre, zu Rechtswissenschaften, Politikwissenschaften und anderen angeboten werden. Darüber hinaus kann durch die gemeinsamen Bildungsmaßnahmen das gegenseitige Verständnis – und das ist auch ein ganz zentrales Anliegen unserer Zielstellung für die Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes im Ganzen – für die Aufgaben der Polizei und der Ordnungsbehörden, das heißt der Polizei und der Kommunen, als Teil der Aufgaben, die das Land und seine Kommunen im Ganzen zu bewältigen haben, geweckt werden. Dies ist übrigens auch für die Präventionsarbeit, die uns ja wichtig ist, eine Erschließung wichtiger Synergieeffekte.

Weiterhin können durch Fachkabinette, die nicht mehr identisch an verschiedenen Standorten vorgehalten werden müssen, Synergieeffekte erschlossen werden, zum Beispiel in der Kriminalistik oder Kriminaltechnik, im Stress- und Konfliktbewältigungsbereich, im Bereich Kommunikation und Rhetorik, im Fotolabor, bei Tatortsimulationen und im Tatortübungsraum. Nachfolgende Kabinette sind bereits in der Landespolizeischule vorhanden, wie das Verkehrskabinett, das Umweltkabinett und das Schießausbildungskabinett. Im Rahmen des Forschungsauftrages der Fachhochschule können dann natürlich auch gemeinsame Untersuchungsobjekte für die polizeiliche Praxis sehr viel effektiver bearbeitet werden, wenn man Fortbildung und Ausbildung zusammenführt.

Die Fortbildung für die Polizei an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege wird bereits heute schon organisiert und durchgeführt, ohne dass wir die formelle und organisatorische Zusammenlegung durchgeführt haben, wie sich zum Beispiel im Informations- und Kommunikationsbereich zeigt, hier das Stichwort LAPIS. Im Jahre 1999 nahmen bereits 1.500 Polizeibedienstete an solchen Bildungsmaßnahmen an der Fachhochschule in Güstrow teil. In Neustrelitz waren es 5.000 Polizeibeamte, die an Fortbildungsseminaren teilgenommen haben. Beispielweise, um konkret eine Polizeidirektion zu nennen, kamen 390 Fortbildungsteilnehmer der Polizeidirektion Schwerin nach Güstrow und 790 nach Neustrelitz. An diesen Zahlen und an diesen Perspektiven im Ganzen wird ersichtlich, dass jetzt schon ein nicht unerheblicher Teil der Fortbildung für die Polizei am Ausbildungsstandort Güstrow wahrgenommen wird.

Meine Damen und Herren, wenn Sie diese Bildungssynergien sehen und ich Ihnen jetzt vortrage, welche Personalsynergien sich auch noch daraus ergeben – einen Teil hatte ich hier schon mit angesprochen –, dann sehen Sie, wenn auch der Landtag die Qualitätsverbesserung der Aus- und Fortbildung der Landespolizei für richtig hält, dass wir durchaus das Ziel erreichen können.

Durch den Abbau von Doppelzuständigkeiten und das Zusammenfassen von Servicediensten sind Personaleinsparungen im Verwaltungsbereich langfristig möglich. Der Dozentenbestand der Polizeischule wird grundsätzlich nicht reduziert, da die bisherige Fortbildungskapazität von durchschnittlich 180 bis 200 Teilnehmern im Seminarbereich

reich bestehen bleiben wird. Es werden jedenfalls rund 25 Polizeivollzugsbeamte und zehn Angestellte oder Arbeiter nicht mehr im Bereich der Aus- oder Fortbildung gebunden sein. Diese Beamten und Angestellten können natürlich selbstverständlich in den Polizeidienst zurückgehen, womit wir auch einem Anliegen gerecht werden, nämlich die Polizei, wenn sie in den Verwaltungen nicht gebraucht wird, in den Vollzugsdienst zurückzugeben.

Grundsätzlich soll jeder Bedienstete der Landespolizeischule, wenn er es wünscht, einen Arbeitsplatz in Güstrow erhalten, aber Beschäftigte, die in der Phase der Bildung der neuen Bildungseinrichtung und der damit verbundenen Auflösung der Landespolizeischule sowie der Anwärterausbildung bei der Bereitschaftspolizei den jetzigen Standort nicht wechseln wollen, können natürlich, wie ich schon sagte, zu den örtlich zuständigen Polizeidienststellen versetzt werden, um die örtliche Polizei, hier also die Polizei in Neustrelitz, tatkräftig zu unterstützen. Selbstverständlich – es ist schon der Personalrat angesprochen worden – werden wir bei diesen Maßnahmen die sozialen Belange, soweit wir es irgend können, berücksichtigen und ihnen Rechnung tragen.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen ein paar Ausführungen machen zu den Organisationssynergien, die mit der Zusammenlegung verbunden sind. Diese ergeben sich durch

1. die Minimierung von Nahtstellen, insbesondere durch Zusammenfassung und Bündelung sachnaher und – bislang zum Teil überschneidend – von unterschiedlichen Stellen wahrgenommener Aufgaben
2. durch die Straffung der Aufbauorganisation unter Berücksichtigung des Grundsatzes der minimalen Organisation, also der schlanken Verwaltung, insbesondere durch die Reduzierung von Hierarchieebenen und durch die Optimierung der Leitungsspannen
3. Die örtliche Konzentration der Informations- und Kommunikationstechnik – das ist auch ein Kostenfaktor – in Güstrow ist in exponierter Form geeignet, insbesondere in Sonderseminaren einbezogen zu werden. Speziell das System EVA, über das wir schon eine Reihe von Diskussionen geführt haben, kann damit bereits in die Ausbildung einfließen wie auch in Fortbildungsangeboten direkt eingebunden werden.
4. Die Einrichtung von Fachgruppen, die institutionsübergreifend die Aus- und Fortbildung, und zwar nicht nur im engeren Polizeibereich, evaluieren und neue Bildungsstrategien erarbeiten, ist möglich. Sie wissen, dass die Polizei grundsätzlich in die anderen öffentlichen Ausbildungs- und Fortbildungsbereiche einzubinden ist, etwa im Bereich der Sozial- und Rechtsausbildung, damit gerade in der Arbeit der Polizei der übergreifende Ansatz ihrer Tätigkeit deutlich wird und sich wie gesagt in den Aus- und Fortbildungszielen wiederfindet.

Meine Damen und Herren, ich komme zu den Kostensynergien.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Eine besondere Situation besteht in Neustrelitz deswegen, weil wir hier zur Miete bei einer Bundesliegenschaft untergekommen sind. Derzeit beläuft sich die Miethöhe beim BGS-Ausbildungsstandort Neustrelitz jährlich auf 300.000 DM. Wir sind allerdings vom Bundesinnenminister

informiert worden, dass er im Rahmen der BGS-Reform eine Sanierung und einen Ausbau des BGS-Ausbildungsstandortes in Neustrelitz vorhat und eigenen Raumbedarf anmeldet. Er bietet uns an, nach wie vor dort zu bleiben, allerdings dann zu einem Mietpreis von 1,3 Millionen DM jährlich, die wir wie gesagt durch die Zusammenlegung sparen könnten.

Finanzielle Mehrbelastungen ergeben sich aus dem Umzug, das ist völlig klar – dieser wird bei uns mit 264.000 DM beziffert –, und aus den über zwei Jahre erforderlichen erhöhten Bauunterhaltungskosten in Güstrow in Höhe von 316.000 DM. Das sind die finanziellen Mehrbelastungen. Diese Kosten für Güstrow sind in den Haushalten eingestellt. Wir sind durch Umschichtung in der Lage, ohne zusätzliche Anmeldung diese auch zu erbringen.

Der Gewinn besteht darin, dass wir auf die langfristig geplante Einrichtung eines Unterrichts- und Unterkunftsgebäudes für die Ausbildung des mittleren Polizeivollzugsdienstes in Höhe von 3,5 Millionen DM Investitionskosten verzichten und dass durch die langfristig zu erwartenden Mehrkosten bei Mieten für die Landespolizeischule infolge des von mir schon dargestellten Sanierungsplanes des Bundes hier 1,3 Millionen DM jährlich an Mieten wegfallen. Allein bei den Verwaltungsausgaben sind wir in der Lage, jährlich einen Betrag von 170.000 DM einzusparen.

Meine Damen und Herren, mit den eben dargelegten Prüfergebnissen macht es aus unserer Sicht Sinn, die Bildungseinrichtungen der Polizei an einem Standort zu konzentrieren. Die Qualität, das will ich deutlich sagen, der Aus- und Fortbildung der Polizeibediensteten im Vollzugsdienst muss verbessert werden, wenn wir die Qualität der Polizeiarbeit im Ganzen verbessern wollen. Ich meine, dass dies ein anzustrebendes Ziel ist, bei dem ich an und für sich auch erwarte, dass der Landtag mich hierin unterstützt.

Dass die Lokalpolitiker eine andere Perspektive auf diese Frage haben, ist völlig klar. Ich habe mit dem Bürgermeister gesprochen, ich habe mit dem Landrat gesprochen, wir haben ja auch mit Ihnen in den verschiedenen Beratungen als Abgeordnete gesprochen. Das respektiere ich, aber ich erwarte auch, dass der Landtag respektiert, dass der Innenminister an der landespolitischen Zielstellung, die Qualität der polizeilichen Arbeit zu verbessern, ebenso festhält, und demzufolge bitte ich, für diesen Bericht den Antrag für erledigt zu erklären und mir bei der Arbeit, die qualitative Verbesserung der Polizeiausbildung anzustreben, Unterstützung zukommen zu lassen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Heike Lorenz, PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schädel von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Schädel. – Wollen Sie nicht?

(Caterina Muth, PDS: Doch. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Monty Schädel, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Monty Schädel spricht für die Polizei.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Das Problem, vor dem wir hier heute stehen, ist aber nicht die Polizei, sondern es ist die Tatsache, dass der

Innenminister laut gedacht hat, die Medien das aufgenommen haben und es darauf reduziert worden ist, die Polizeiausbildung in Mecklenburg-Strelitz/Neustrelitz zu schließen beziehungsweise zu beenden. Dieses bedeutet für die Region Mecklenburg-Strelitz/Neustrelitz natürlich einen erheblichen Verlust. Und dabei sind es nicht nur die 70 Arbeitsplätze, die an der Polizeischule direkt sind, sondern es sind vor allen Dingen die Kosten beziehungsweise nicht eingehenden Gewinne und Umsätze in der Region, die aus der Betreibung der Schule entstehen. Da brauche ich nicht aufzuzählen, was dafür alles notwendig ist oder wer sich am Leben erhält mit seinem Unternehmen. Das wissen Sie alle ganz genauso.

Der Innenminister hat jetzt hier den Bericht gegeben, weshalb er meint, dass die Schule in Neustrelitz nicht mehr sinnvoll ist. Ich kann diese Argumente aus seiner Sicht, aus Sicht des Innenministers des Landes Mecklenburg-Vorpommern natürlich nachvollziehen. Sein Ziel, so sagte er es, ist die Qualitätsverbesserung der Polizeiausbildung und natürlich die Verringerung der Kosten für diese Ausbildung, und die kann er aus seiner Sicht entsprechend am günstigsten in Güstrow durchführen.

Er hat einige Ausführungen zu den Synergieeffekten gemacht, die es in Güstrow gibt. Wie gesagt, aus seiner Sicht sind diese nachvollziehbar. Es fehlten mir natürlich in der Aufstellung der Kosten, die anfallen, die Auslöse der Beamtinnen und Beamten, die von Neustrelitz nach Güstrow wechseln werden beziehungsweise die Vergütungen, die die Beamtinnen und Beamten erhalten, wenn sie denn Fahrtkosten und ähnliches haben. Ich weiß nicht, in welcher Höhe das sein wird. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass es gering ist.

Meine Damen und Herren! Die Polizeiausbildung in Mecklenburg-Vorpommern muss unter einer sozialdemokratisch-sozialistischen Regierung natürlich anders sein als unter einer konservativ geführten Regierung. So ist jedenfalls mein Anspruch. Ich hoffe, dass das auch im Innenministerium so klar ist. Dazu hätte ich vielleicht einige Ausführungen mehr erwartet. Das lässt sich allerdings dann auch im Nachhinein noch klären mit dem Innenminister, wie denn inhaltlich Veränderungen durchgeführt werden müssen, denn es kann nicht sein, dass Jugendliche bei Veranstaltungen von der Polizei aus dem Tross herausgeholt und mit der Frage konfrontiert werden, was denn das auf ihrem Ärmel bedeuten soll, da selbst auf Nachfrage noch immer nicht verstanden wird, was es denn zu bedeuten hat, wenn ein durchgestrichenes Hakenkreuz auf dem Ärmel ist. So etwas darf nicht vorkommen bei der Polizei in einem demokratischen Land. Das ist einfach mein Anspruch und entsprechend muss natürlich auch die Polizeiausbildung geändert werden, wenn denn die Polizei das heute immer noch nicht weiß, was so etwas zu bedeuten hat.

Wenn sie es denn weiß und dieses nur aus Provokation gegenüber den Jugendlichen geschehen ist, dann muss genau dort angesetzt werden, denn auch dieses darf bei einer demokratischen Polizei, wenn sie es denn sein will, natürlich nicht so stattfinden. Ähnliche Fälle könnte ich natürlich aus meinen Konfrontationen oder aus meinen Begegnungen mit der Polizei aufführen. Das will ich jetzt aber nicht tun.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch, doch.)

Ich muss natürlich dann allerdings auch wieder ein Positivum darstellen. Wenn denn auf der Demonstration

im November diesen Jahres die Polizei als Vermittler an mich als Anmelder einer Demonstration herantrat, dann war das doch für mich eine recht neue Erfahrung. Also so eine Erfahrung habe ich in den letzten Jahren weder in Mecklenburg-Vorpommern noch bundesweit irgendwo gemacht, dass die Polizei an mich herantritt und fragt, wie wollen wir denn diese Gelegenheit nutzen beziehungsweise im gegenseitigen Einvernehmen lösen. Das habe ich bisher nicht erlebt und da gilt selbstverständlich mein Dank der Polizei, was mir nicht unbedingt immer leicht fällt, aber in diesem speziellen Fall natürlich.

Der Innenminister hat ausgeführt, was seine Gründe dafür waren, diese Äußerung beziehungsweise die Verlegung nach Neustrelitz anzudenken. Wir werden in der Zukunft dieses kritisch beobachten, als regionale Abgeordnete natürlich aus einer anderen Sicht als der Innenminister des Landes. Aber so, wie es in diesem Falle abgelaufen ist, dass wir über die Medien vor Tatsachen gestellt werden, darf es dann doch nicht weitergehen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Gut, Monty!)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Caffier von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Caffier.

Lorenz Caffier, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich kann mir schon vorstellen, was der eine oder andere von Ihnen spontan gedacht hat, als er die beiden Anträge zur Polizeischule in Neustrelitz durchlas: Na, da betreiben mal wieder ein paar Abgeordnete Lokalpatriotismus.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist doch aber zulässig, Herr Caffier.)

Richtig, wollen in ihrem Wahlkreis Punkte sammeln und können sich letztendlich noch nicht einmal auf einen gemeinsamen Antrag einigen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist allerdings Scheiße. –
Zuruf von Peter Ritter, PDS – Heiterkeit
bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Mehrheitsfähig ist das Ganze auch nicht, sonst wäre es kein Einzelantrag geworden, sondern es wären Anträge von Fraktionen. Im Übrigen, das wurde hier ja schon zwischengerufen, ist das irgendwie alles ein bisschen bekannt aus der Situation der Amtsgerichte vor einigen Jahren.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Aber da gibt's auch einige.)

Auf den ersten Blick hätte ich wahrscheinlich ähnlich reagiert, wenn ich nicht aus Neustrelitz käme. Ich hoffe aber, dass alle Kolleginnen und Kollegen auch einen zweiten und einen dritten Blick auf die Anträge geworfen haben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Natürlich drücken die beiden Anträge Lokalkolorit aus. Ich denke, das ist für jeden Abgeordneten auch zulässig und er sollte es sogar im Interesse für seine Region tun. Natürlich geht es um die Verteidigung von Wahlkreisinteressen, auch das ist legitim. Natürlich hätten wir uns auf einen gemeinsamen Antrag verständigen können. Aber

ich habe Verständnis dafür, dass die Kolleginnen und Kollegen aus den Regierungsfractionen größere Schwierigkeiten haben, gleichzeitig über Ausgleichsmaßnahmen bei potentieller Standortverlagerung zu reden, was in der Tat nicht ganz unkompliziert ist.

Ich meine jedoch, dass bei allem Lokalkolorit die Anträge beide verantwortungsvoll gestellt sind. Sie sind gestellt in dem Bewusstsein, dass wir natürlich für unsere Region kämpfen sollen, aber als Parlamentarier auch die Gesamtinteressen des Landes im Auge haben müssen. Deshalb liegt hier kein Antrag vor, der verlangt, der Landtag möge beschließen, die Landespolizeischule bleibt wie sie ist und wo sie ist. Dies wäre mir – sehr wohl gesagt – natürlich am liebsten und dafür werde ich auch kämpfen. Wenn ich da verliere, dann muss ich das respektieren. Dann kämpfe ich vielleicht für einen Ausgleich und suche mir dazu Partner. Auch das ist legitim. Aber da wir nicht blind sein sollten, sollten wir uns auch den Argumenten nicht verschließen. Deshalb muss ich Argumenten zuhören und kann mich meinen Vorrednern nur anschließen, sie sind im Wesentlichen bisher über die Presse beziehungsweise auf Engagement des Abgeordneten Körner letztendlich vor kurzem vor Ort in Güstrow erfolgt.

Das, denke ich, kann und sollte bei solchen wichtigen Maßnahmen auch nicht der Stil sein, denn wir müssen die Argumente kennen, damit wir uns damit auseinandersetzen können. Ich erwarte allerdings auch, dass ich diese Argumente dann einmal kompakt und konkret vorgelegt bekomme, damit ich, damit wir, damit die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, in dem Fall in Neustrelitz, nachvollziehen können, welche Argumente unter Umständen eben doch für eine Verlagerung sprechen, dann aber eventuell Versuche unternehmen können, diese Argumente zu entkräften. Das ist bisher schlicht unterblieben beziehungsweise unzureichend erfolgt. Wenn ich mir die heutigen Ausführungen betrachte, so ist zum Beispiel im Antrag der Abgeordneten der PDS und Dr. Körner auch die Rede davon, dass wir dann über zeitliche Abfolgen informiert werden wollen. Dies ist, zumindest habe ich es dann überhört, bisher auch nicht der Fall gewesen. Hier, denke ich, hört dann das Lokalkolorit auf und wir kommen an die Grundsätze und die Grundelemente der politischen Entscheidungen.

Politische Entscheidungen können nur dann nachvollzogen und gegebenenfalls auch unterstützt werden, wenn man sich mit ihnen auseinandersetzen kann. Dazu sind eben Informationen notwendig. Pressemitteilungen wie, wir haben mit dem Bürgermeister und dem Landrat gesprochen, reichen da nicht aus. Jeder in Neustrelitz weiß, dass es seit Jahren Gerüchte darüber gibt, dass wir die Polizeischule als Standort verlieren, aber aus diesem Gerüchtestatus müssen wir endlich heraus. Deshalb haben diese Anträge Bedeutung über die Situation der Landespolizeischule hinaus. Deshalb sollten sie auch mehrheitsfähig sein. Wer also gegen diesen Antrag stimmt, stimmt für eine Politik der mangelnden Kommunikation. Deshalb bitte ich auch diejenigen, die einer Verlagerung der Landespolizeischule von Neustrelitz nach Güstrow zustimmen, unter diesem übergeordneten Aspekt um die Zustimmung zu den Anträgen. Sie stimmen damit nicht automatisch dem Verbleib in Neustrelitz zu. Das wird dann die kommende Aufgabe der Politik und der Regierung sein, letztendlich mit entsprechendem Informationsmaterial zu überzeugen.

Auf der Grundlage der vorliegenden Information werde ich, werden wahrscheinlich die Unterzeichner beider

Anträge dann dafür kämpfen, dass die Polizeischule bleibt, wo sie ist oder dass sie geht. Denn hier geht es neben dem Umstand, dass sie ein Symbol dafür ist, dass sich das Land um die Region Neustrelitz kümmert, die eine breitere Perspektive braucht als lediglich die des Tourismus, natürlich auch um wirtschaftliche Aspekte. Die Lehrkräfte und Schüler der Landespolizeischule sind in der Region ein wirtschaftlicher Faktor. Sollte dieser wirtschaftliche Faktor verloren gehen, ist das Mindeste, was wir verlangen könnten oder sollten, eine Kompensation dieses Verlustes. Diesen Streit werden wir noch führen müssen. Den sollten wir auf eine sachliche, konstruktive und faire Weise führen, wenn alle Argumente und alle Entscheidungskriterien auf dem Tisch liegen. Beides und nichts anderes als Argumente und Kriterien verlangen diese Anträge.

Der Antrag von Herrn Nolte, Herrn Prachtl, Herrn Seidel und von mir verlangt schon möglichst schnell eine Worst-Case-Betrachtung nach dem Motto, was wäre, wenn die Schließung tatsächlich vorgenommen würde. Beide Anträge sind aus Sicht der Unterzeichner der CDU-Fraktion zustimmungsfähig. Deshalb bitte ich Sie herzlich, diese Zustimmung zu erteilen, und kündige schon heute an, dass wir erst am Anfang einer sicherlich kontroversen, aber, ich hoffe, nach wie vor sachlichen und fairen Diskussion um die Zukunft der Landespolizeischule und ein bisschen auch um die Zukunft der Region Mecklenburg-Strelitz stehen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Körner von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Körner.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich will ausdrücklich auch sagen, verehrter Herr Innenminister! Herzlichen Dank für die Ausführungen zur Zukunft des Konzeptes der Polizeiausbildung im Lande Mecklenburg-Vorpommern! Ich denke, wir haben in diesem Hause Konsens darüber, dass es so ein Konzept geben muss, dass es auch Sinn macht, Polizeieinrichtungen, Ausbildungseinrichtungen, die gegenwärtig verstreut sind über das Land, zusammenzuführen. Da gibt es sicherlich immer Synergieeffekte. Dem kann sich niemand verschließen. Allerdings werfen die hier vorgetragenen Argumente auch Fragen auf, die bis heute nicht beantwortet sind.

Ich habe nicht nur in Güstrow einen Vor-Ort-Termin organisiert, sondern ich bin auch auf dem jetzigen Standort Neustrelitz mehr oder weniger durch jede Abstellkammer gegangen und habe geguckt, was das für eine Liegenschaft ist. Ich muss hier und heute sagen, in Neustrelitz gibt es mehrere beheizbare Garagen für Sonderfahrzeuge. In Neustrelitz gibt es unbegrenzt viele Stellflächen für Pkws. Das sind mehrere hundert Ausbildungsteilnehmer, die zu versorgen sind. In Neustrelitz gibt es eine der modernsten Freischießanlagen und einen sehr guten Schießcontainer. In Neustrelitz gibt es gegenwärtig auf der Liegenschaft einen hervorragenden Sportplatz, der genutzt werden kann. In Neustrelitz gibt es auf der gegenwärtigen Liegenschaft zwei Sporthallen, eine, die Wettkampfstandard hat, und eine, wo immer Matten liegen können für Kampfsportarten. In Neustrelitz gibt es gegenwärtig einen sehr großzügigen Kraftraum. In Neustrelitz gibt es Waffenkammern und die Möglichkeit, im Außengelände Sicherheitstraining durchzuführen. In Neu-

strelitz gibt es die Möglichkeit, einsatzbezogenes Training auf der Liegenschaft zu machen. In Neustrelitz haben die Unterkünfte gegenwärtig einen höheren Standard als in Güstrow. Es gibt Unterricht in Fachkabinetten mit Ausrüstungen, die perfekt sind. Dieses alles gibt es in Güstrow gegenwärtig nicht. In Güstrow gibt es keine beheizten Garagen. In Güstrow gibt es auch absehbar keine Stellplätze.

Nun ist es ein gutes Argument, wenn Ausbildungsteilnehmer zentral nach Güstrow fahren, dass die Fahrtzeit möglicherweise kürzer ist, nicht nur möglicherweise, sie ist kürzer. Aber wenn ich dann in einer Dreiviertelstunde zum Standort laufen muss, weil ich keinen Parkplatz habe, legalisiert das manches. In Güstrow kann der Sportplatz längst nicht mithalten. In Güstrow gibt es keine vergleichbare Sporthalle, keine Krafträume, keine Waffenkammern, nicht die Möglichkeit, auch zukünftig nicht, Sicherheitstraining und einsatzbezogenes Training auf der Liegenschaft durchzuführen. Das alles muss außerhalb von Güstrow stattfinden.

Dennoch, Synergieeffekte sind da und dem Konzept einer Zusammenführung kann man sich schwer entziehen. Deshalb bitte ich hier und heute noch einmal zu prüfen, ob es nicht auch Sinn macht, den gesamten Standort der Landespolizeischule nach Neustrelitz zu verlagern. Für Ausbildung und Fortbildung gibt es Liegenschaften, bei denen sicherlich die Eigentumsfrage eine andere ist, aber es gibt auch jede Menge Landesliegenschaften in Neustrelitz. Es gibt sicherlich Synergieeffekte in Güstrow zur öffentlichen Verwaltung, auch zur Finanzausbildung, aber ich muss sagen, auch die Finanzschule war einmal in Neustrelitz, sie ist jetzt nicht mehr dort.

(Ministerin Sigrid Keler:

Aber nur für den mittleren Dienst.)

Nur für den mittleren Dienst, aber sie ist trotzdem nicht mehr da.

In Neustrelitz würde eine Verlagerung nach Güstrow über 100 Arbeitsplätze gefährden. Was würde der Wirtschaftsminister nicht an Geld zahlen, wenn er 100 Arbeitsplätze entstehen lassen könnte. Und es sind ja nicht nur die Arbeitsplätze. Selbst wenn die Personen versorgt werden, fallen in Neustrelitz über 100 Arbeitsstellen weg. Das ist ein Problem, was ich nicht einfach vom Tisch wischen kann. Meine Frage ist: Sind denn die Güstrower bereit, etwas zu geben für diese zusätzlichen 100 Arbeitsplätze, die nach Güstrow kommen? Ist möglicherweise eine andere Polizeieinrichtung nach Neustrelitz versetzbar? Das Konzept ist das eine, da gibt es Fragen, da hätte ich mir im Vorfeld manches andere gewünscht.

Lobend will ich an dieser Stelle ausdrücklich die Sozialministerin hervorheben zum Standort Landeshygieneinstitut. Auch da gibt es erhebliche Unsicherheiten seit einigen Jahren. Da gibt es Bemühungen, im Vorfeld Konsens herzustellen, denn wir waren an diesem Gespräch beteiligt.

Ich denke, mit dem heutigen Bericht des Innenministers, der sicherlich auch Antworten finanzieller Art gegeben hat, die ich so nicht wusste, die mir neu waren, ist manches an Unklarheit hinsichtlich eines einheitlichen Standortes aus der Welt.

(Der Abgeordnete Dr. Arnold Schoenenburg meldet sich für eine Anfrage.)

Insofern kann ich dem heute zustimmen, dass der Antrag der Koalition, also der Abgeordneten, die ich auch

mitgetragen habe, hier und heute erst mal Antworten gefunden hat und von daher als erledigt angesehen werden kann. Die Frage, die mit dem Antrag steht, bleibt aber und wird weiterhin zu beantworten sein.

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Abgeordneter Körner, der Abgeordnete Herr Dr. Schoenenburg möchte eine Frage stellen. Erlauben Sie ihm das?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Bitte sehr, Herr Dr. Schoenenburg.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte, Herr Dr. Schoenenburg.

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sozusagen im Gegenzug zu gestern: Herr Körner, sind Sie wirklich der Auffassung, dass die soeben von Ihnen aufgeworfenen Fragen durch den Innenminister bereits beantwortet worden sind?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Fragen werden weiter zu beantworten sein, auch über die von mir aufgeworfenen Fragen hinaus. Ein einheitliches Konzept der Polizeiausbildung ist eine andere Frage.

Präsident Hinrich Kuessner: Sie haben noch eine Nachfrage?

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, noch eine Nachfrage.

Präsident Hinrich Kuessner: Erlauben Sie noch eine Nachfrage, Herr Dr. Körner?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Aber bitte, aber bitte schön.

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wenn das so ist, dass Ihre Fragen noch nicht vollständig beantwortet sind, es sind ja sehr substantielle Fragen gewesen, in welcher Weise und auf welche Art sollen denn dann die Fragen beantwortet werden?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Also, Herr Schoenenburg, hier muss ich Ihnen sagen, diese Fragen sind ja nicht zum ersten Mal aufgeworfen worden und der Innenminister hat ja von diesen Fragen selbstverständlich Kenntnis. Diese Fragen habe ich auch bei der Beratung in Güstrow aufgeworfen, wo neben dem Innenminister ja auch Fachpersonal da war. Es ist dort gesagt worden – und ich denke, das könnte der Innenminister hier sicherlich auch wiederholen –,

(Herbert Helmrich, CDU: Im Ausschuss.)

dass nie alles auf einmal zusammenkommt.

(Zuruf von Herbert Helmrich, CDU –
Dr. Martin Brick, CDU: Alles Gute
ist nie beisammen, Herr Körner.)

Ich will hier und heute andeuten, dass der Standort Güstrow nicht alle Vorteile hat. Es muss zum Beispiel einiges in Waldeck weiterhin durchgeführt werden, weil die räumliche Gegebenheit des Standortes Güstrow manches nicht zulässt. Deshalb habe ich ja hier heute noch einmal angeregt, auch zu überprüfen, ob nicht die gesamte Polizeiaus- und -fortbildung sinnvollerweise nach Neustrelitz kommen kann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann dürfen
Sie Ihren Antrag nicht zurückziehen. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Dann ist die ent-
scheidende Frage noch nicht beantwortet.)

Ich ziehe meinen Antrag auch nicht zurück.

(Wolfgang Riemann, CDU: Natürlich!)

Ich ziehe meinen Antrag nicht zurück. Wenn Sie bereit sind zu hören, dann können Sie das hören. Ich sage hier und heute: Der Bericht des Innenministers erfüllt die Forderungen, die der Antrag gestellt hat, nämlich nach einem einheitlichen Konzept.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Insofern ist aus meiner Sicht der Antrag erst mal erledigt, der Antrag, aber nicht die Sache.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Die Sache geht weiter. Der Umzug der Polizeischule wird nicht heute und morgen und übermorgen passieren, auch nicht im nächsten Monat oder übernächsten Monat. Wenn im Zuge der Vorbereitung dieses Umzuges weitere Fragen auftauchen, kann es neue Anträge geben,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

kann es neue Themen geben, die beredet werden müssen.

Herr Glawe, Sie haben überhaupt nichts gemacht zu dieser Frage.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Insofern will ich meine Ausführungen hier und heute beenden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Danke schön.

Präsident Hinrich Kuessner: Der Innenminister hat noch einmal ums Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Minister Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es sind nach meinen Ausführungen noch Fragen gestellt worden, die ich gern beantworten will, nicht dass es nachher heißt, er hat Fragen nicht beantwortet.

Eine Frage – von Herrn Caffier, wenn ich es richtig weiß – bezog sich auf das Verfahren und den Zeitpunkt der Verlegung. Dazu ist zu sagen, die Entscheidung über die Verlegung wird noch getroffen, und zwar unter Einbeziehung der Personalvertretungen, völlig selbstverständlich. Wir streben an, die Verlegung rechtzeitig vor dem neuen Ausbildungsjahr, dies beginnt im September, durchzuführen. Das heißt praktisch gesprochen in den Sommermonaten, aber selbstverständlich, auch das ist völlig klar, unter Einbeziehung der Personalvertretungen.

Die Frage war, wie viel Beschäftigte gibt es überhaupt in Neustrelitz. Bei der dortigen Polizeischule gibt es 70,5 Personalstellen, 35 im Lehrbetrieb und der Rest ist in der Verwaltung.

Die nächste Frage war die nach den Ausgleichsmaßnahmen. Ich habe eine Liste vor mir liegen, die könnte ich Ihnen jetzt von A bis Z über die Verteilung von Landesbehörden in den Kreisstädten des Landes vortragen. Ich trage sie hier nicht vor, ich will nur soviel sagen, Neustrelitz steht auch nach Wegzug der Polizeischule am besten

da. Ich werde die Frage nach den Ausgleichsmaßnahmen hier beenden, denn sonst kommen alle anderen Landräte und stellen sie auch.

(Siegfried Friese, SPD: Da müssen wir noch mal nachfragen.)

Dann sind einige Fragen gestellt worden zur Nutzung der Sporthalle in Güstrow. Diese kann genutzt werden.

(Der Abgeordnete Wolfgang Riemann meldet sich für eine Anfrage.)

In dem Zusammenhang will ich sagen, dass ich gern bereit bin, weitere Lokaltermine in Güstrow für alle interessierten Abgeordneten einzuräumen.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Wenn Sie es wünschen, machen wir einen zweiten und gegebenenfalls auch einen dritten. Wir können uns alles ansehen, auch die Sporthalle.

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Riemann?

Minister Dr. Gottfried Timm: Selbstverständlich.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Innenminister, wo nehmen Sie die Ermächtigung her, Investitionskosten, Umzugskosten zu bezahlen? Im Haushalt ist davon nichts eingestellt.

Minister Dr. Gottfried Timm: Investitionskosten muss ich nicht bezahlen, weil Güstrow die Räumlichkeiten vorhält. Umzugskosten kann ich bezahlen, weil diese in meinem Haushalt sehr wohl eingestellt sind.

Wolfgang Riemann, CDU: Für den Umzug?

Minister Dr. Gottfried Timm: Ja.

Wolfgang Riemann, CDU: Na, da bin ich ja mal gespannt.

Minister Dr. Gottfried Timm: Das kann ich Ihnen zeigen, Herr Riemann.

(Siegfried Friese, SPD: Das kann man nachlesen, Herr Riemann.)

Also ich will es kurz machen. Das Parkplatzproblem in Güstrow ist jedenfalls zur Zufriedenheit aller zu lösen, vielleicht nicht so optimal wie in Neustrelitz, da ist selbstverständlich mehr Platz, aber Parkplätze haben wir auch in Güstrow zur Verfügung und, Herr Körner, einen Kraftraum für die Beamten auch. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Die PDS-Fraktion hat um eine Auszeit von fünf Minuten gebeten. Wir unterbrechen die Sitzung.

Unterbrechung: 9.58 Uhr

Wiederbeginn: 10.12 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich bitte Platz zu nehmen.

Die Abgeordnete Frau Muth hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte sehr, Frau Muth.

Caterina Muth, PDS (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da die Debatte geschlossen ist, möchte ich mich zur Geschäftsordnung bezüglich des Umganges mit den Anträgen noch mal äußern.

Ich möchte als eine der Antragstellerinnen beantragen, dass beide Anträge in den Innenausschuss überwiesen werden, weil ich denke, dass allen hier klar geworden ist, dass es, obwohl der Innenminister sehr umfänglich berichtet hat zu dem jetzigen Stand, weitere offene Fragen gibt, die einfach gemeinsam beraten werden müssen, um das Problem ganz sachlich zu lösen. In diesem Sinne bitte ich Sie um die Überweisung beider Anträge. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich lasse über die Überweisung des Antrages auf Drucksache 3/1049 – also der Antrag der Abgeordneten Barbara Borchardt, Monty Schädel, Caterina Muth und Torsten Koplín von der Fraktion der PDS und der Abgeordneten Klaus Schier und Dr. Klaus-Michael Körner von der Fraktion der SPD – in den Innenausschuss abstimmen. Wer stimmt für diesen ...

(Lorenz Caffier, CDU: Beide Anträge?)

Ich lasse sie einzeln abstimmen.

Zunächst über diesen Antrag. Wer stimmt der Überweisung dieses Antrages zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der CDU, einer Stimme aus der SPD-Fraktion, Stimmen der PDS-Fraktion, sieben Enthaltungen bei der PDS-Fraktion sowie zwei Gegenstimmen bei der PDS-Fraktion und Gegenstimmen der SPD-Fraktion angenommen.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Überweisungsvorschlag des Antrages der Abgeordneten Lorenz Caffier, Georg Nolte, Rainer Prachtl und Jürgen Seidel von der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1050 in den Innenausschuss. Wer stimmt der Überweisung dieses Antrages zu? – Sie müssen sich ein bisschen gedulden, wir zählen genau durch. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung dieses Antrages mit 34 Stimmen bei 21 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen angenommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – EU-Initiative für ein europäisches Netzwerk „Kinder- und familienfreundliche Städte“ auf Drucksache 3/1060.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
EU-Initiative für ein europäisches Netzwerk
„Kinder- und familienfreundliche Städte“
– Drucksache 3/1060 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Lorenz von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Lorenz.

Heike Lorenz, PDS: Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Auf den ersten Blick erscheint dieser Antrag kompliziert und verwoben und nicht jeder will sich das antun, wie es aussieht. Der Antrag macht zunächst eines deutlich: Es gibt verschiedenste Initiatoren auf den verschiedenen politischen Ebenen – im Land, im Bund, europaweit –, die mit den unterschiedlichsten Begrifflichkeiten ähnliche Ziele beschreiben. Auf den zweiten Blick erschließt sich, Adressat ist immer die Kommune.

Nun steht die Frage: Brauchen wir eine Deklaration dieses Landtages gerichtet an die Gemeinden in unserem Land? Brauchen wir eine Belehrung der Kommunen, was sie für Kinder, Familien und Jugendliche tun sollen? Brauchen wir weitere Sonntagsreden zum Thema Kind, wo doch das Jahrhundert des Kindes vorbei ist? Nein, all das brauchen wir nicht und haben es mit diesem Antrag auch nicht vor. Vielmehr halten wir es für erforderlich, die Gemeinden bei ihren Vorhaben zu unterstützen. Wichtige Möglichkeiten der Unterstützung sind ganz sicher die Informationen über europäische und bundesweite Initiativen und die Organisation, möglicherweise Institutionalisierung, von Erfahrungsaustauschen, zu denen wir hier anregen wollen.

Die Initiative des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen der EU will einen Beitrag leisten, um auf die Bedürfnisse von Familien und Kindern, auf Erfordernisse besserer Lebensbedingungen für deren Leben in ihren Lebensorten einzugehen, sie im zusammenwachsenden Europa zu fördern. Sie regt an, ganz besondere Aufmerksamkeit auf die Verbesserung der Lebenschancen nachwachsender Generationen zu richten. In diesem Sinne sollen sich europäische Städte vernetzen und regelmäßig den Meinungs- und Erfahrungsaustausch pflegen.

Ein Wort am Rande: Es ist bedauerlich, dass dieser Beschluss der Würzburger Konferenz nur mit großem Aufwand zu beschaffen ist. Die Kollegen aller Fraktionen haben da sicherlich ganz ähnliche Erfahrungen gemacht – vermute ich. Und wie ich gehört habe, hatte es auch die Staatskanzlei schwer, sich die Unterlagen zu beschaffen. Um so wichtiger erscheint es mir, dass wir zur Verbreitung des Gedankens alle beitragen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Dieser Logik entsprechend bringt sich das Bundes-, Jugend- und Familienministerium mit einem Modellversuch ein, anknüpfend an einen Bundeswettbewerb der CDU/FDP-Regierung – also schon alt. Ein Rahmenkonzept, entwickelt von einem Hannoveraner Institut, wird für zunächst zwei Jahre in ausgewählten Kommunen in Ost- und Westdeutschland erprobt. Das Modellprojekt der Bundesregierung soll zur Einrichtung regionaler Zirkel führen.

Dass keine Kommune aus unserem Land zu den ausgewählten gehört, sollte uns nicht davon abhalten, die Einrichtung regionaler Zirkel auch bei uns anzustreben, denn das Rahmenkonzept steht uns ja zur Verfügung, auch wenn wir nicht Ausgewählte sind, und Erfahrungsaustausch ist die billigste Investition. Wir haben viele gute Beispiele kinderfreundlicher Städte und Gemeinden im Land und wohl auch einen Grundkonsens aller Gemeinden, kinder- und familienfreundlich sein zu wollen. Dabei unterscheiden sich freilich die Ansichten, was unter den Begriffen „Kinderfreundlichkeit“ und „Familienfreundlichkeit“ zu fassen sei.

Erlauben wir uns einen Rückblick. Ich zitiere – mit Genuss, das gebe ich zu – die Anlage zum Jugendpflegeerlass des Preußischen Ministers der geistlichen Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten vom 18. Januar 1911. Dieser Erlass, der mit dem beachtlichen Fonds von 1 Million Reichsmark ausgestattet war, sollte die vielfältigen Aktivitäten der bürgerlichen Jugendbewegung kanalisieren und kontrollieren und vor allem die Arbeit der Jugendbewegung unterdrücken. Dennoch ist es interes-

sant, ihn hier auszugsweise aufzuführen, zeigt er doch, welche Vorstellungen über Bedürfnisse junger Menschen und Wege zu deren Befriedigung am Anfang dieses Jahrhunderts bestanden. Also da heißt es unter der Überschrift „Grundsätze und Ratschläge für Jugendpflege“: „Es kommen als Mittel der Jugendpflege in Frage und haben sich als solche zumeist schon gut bewährt Bereitstellung von Räumen zur Einrichtung von Jugendheimen, Gründung von Jugendbüchereien, Einrichtung von Musik-, Gesangs- und Lesevortragsabenden, von Aufführungen mit verteilten Rollen, überhaupt Gewährung von Gelegenheiten zu edler Geselligkeit und Unterhaltung, Ausnutzung der volkstümlichen Gelegenheiten eines Ortes wie Museen und dergleichen, geschichtlich, naturkundlich, landwirtschaftlich und so weiter sehenswerten Orten, Bereitstellung von Werkstätten für Handfertigkeitsunterricht und dergleichen, Bereitstellung von Spielplätzen und bedeckten Räumen für Leibesübungen,“ – das finde ich spannend – „Schaffung möglichst unentgeltlicher Möglichkeiten zum Baden, Schwimmen und Schlittschuhlaufen. Die Aufzählung der vorstehend genannten Mittel und als wünschenswert bezeichneten Einrichtungen soll nicht bedeuten, dass dies alles erst beschafft oder bereitgestellt werden müsse, ehe mit der Pflege der Jugend begonnen werden könne. Wo Leiter und Leiterinnen mit einigem Geschick und mit Liebe zur Sache und zur Jugend vorhanden sind und von einem tatkräftigen und umsichtigen Ortsausschuss unterstützt werden, wird in der Regel sofort mit irgendeinem Zweig der Jugendpflege begonnen werden können. Es erhöht für die beteiligte Jugend den Reiz der Sache und ist von großem erzieherischen Werte, wenn sie selbst nach Möglichkeit zu dem Ausbau der Einrichtungen beitragen und an ihrer Verwaltung selbstständig mitwirken kann. Zu einer aufbauenden Einwirkung auf die schulentlassene Jugend bedarf es neben der zielbewussten Gewöhnung und Übung vor allem auch der Erweckung eines selbsttätigen Interesses der Jugend für die Zwecke der zu ihren Gunsten getroffenen Veranstaltungen, bedarf es mannigfacher Gelegenheit zu einer selbständigen Betätigung innerhalb und zum besten der Jugendvereinigungen.“ Soweit der Preußische Jugendpflegeerlass, gefunden in einem Reader des Kollegen Claus Wergin. Für mich ist erstaunlich, wie konstant die Auffassungen Erwachsener über junge Menschen und notwendige Angebote sind.

Ist es nun freundlich, so ist die Frage, gegenüber jungen Menschen und Familien, wenn ihnen Angebote gemacht werden? Ja, sicher. Aber ist eine Kommune freundlicher als die andere, weil sie mehr Angebote hat? Ist es freundlich gegenüber jungen Menschen und ihren Familien, wenn das Handeln der Verwaltung und Ergebnisse des Handelns nur verträglich sind? Ja, sicher. Aber ist eine Kommune freundlicher als die andere, weil sie verträglicher ist, oder gibt es andere Qualitäten, durch die sich eine Gemeinde auszeichnen muss, in der Kinder, Jugendliche und Familien gern leben? Ja, es gibt zumindest aus meiner Sicht einen wesentlichen Aspekt, der stärker in den Vordergrund zu stellen ist, und das ist die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Familien an den Entscheidungsprozessen selbst, über Verträglichkeitsprüfung hinausgehende Möglichkeiten aktiven Eingreifens, und das selbstverständlich in der Kommune.

In der Anhörung zur UN-Konvention über die Rechte des Kindes am 1. September 1999 hier im Sozialausschuss machten Kirchen, Kinderschutzbund und Jugendverbände vor allem eins deutlich: Wir brauchen die Betei-

ligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungsprozessen. Kinder und Jugendliche dürfen nicht Objekte politischer Entscheidung sein. Erwachsene müssen anerkennen, dass junge Menschen natürliche Experten ihrer eigenen Angelegenheiten sind. Und wenn das so ist, dann ist die Umsetzung der Rechte gemäß dieser Konvention in ihrer Unteilbarkeit und Universalität nur möglich durch Beteiligung junger Menschen.

Der Sprecher des Landesjugendringes erneuerte die nun schon Jahre alte Forderung dieses Dachverbandes, die Kommunalverfassung unseres Landes zu ergänzen um eine verpflichtende Regelung zur Einbeziehung junger Menschen in die Entscheidung der Gemeinden, analog zur Regelung Schleswig-Holsteins. Die dortigen Erfahrungen zeigen eindeutig, dass eine solche Regelung nicht nur kinder- und jugendfreundlich, sondern auch sehr gemeindefreundlich ist. Hier werden wir als Landtag, denke ich, demnächst gefordert sein.

Nun hat das Sozialministerium die EU- und Bundesinitiativen auch zu seinem Anliegen gemacht und will mit dem Landeswettbewerb familienfreundlichen Gemeinden Aufforderung und Ansporn geben, damit sich in den Lebensorten Mecklenburg-Vorpommerns ein stärkeres Bewusstsein und Verständnis für die Bedürfnisse der Familien mit Kindern ausprägt und damit einhergehend die Öffentlichkeit sensibilisiert wird. Das ist verdienstvoll, zumal eine Dokumentation fortgeschrittener Erfahrungen im Internet erfolgen soll, was die Nachnutzung ganz gewiss anregen wird.

In den Kriterien für die Bewertung stellt die Partizipation der Betroffenen leider nur ein untergeordnetes Element dar – als letzter Anstrich unter dem Stichwort Verwaltung. Wir meinen, hier kann man nachlegen. Aus diesem Grund bitten wir die Landesregierung mit diesem Antrag, insbesondere solche Erfahrungen aufzugreifen und die Konstituierung regionaler Zirkel zu unterstützen, analog zum Bundesmodellprojekt, da wir ja nicht direkt Beteiligte sind.

Es ist kaum möglich, die vielen Initiativen von Städten und Gemeinden aufzuzählen, die sich um echte Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche bemühen. Zur Verdeutlichung der Vielfalt hier nur stichpunktartig einige Projekte: Kinderparlamente zum Beispiel in Güstrow, das Skater-Parlament in Güstrow, das Agenda-21-Büro in Bützow, Jugendratsversammlungen, Jugendrathäuser, Jugendsprechstunden beim Bürgermeister, das Projekt „Brücken bauen“ im Landkreis Parchim. Viele weitere könnte man anführen. Und wahrscheinlich könnte jeder von uns aus seinem Wahlkreis noch fünf, sechs, acht, ein Dutzend Beispiele hinzufügen. Es lohnt sich also, diesen Faden aufzunehmen und zu versuchen, ein Netz zu spannen. Ich bin ganz sicher, dass noch viele neue Ideen gerade von Kindern und Jugendlichen selbst geboren werden, die jedem die Chance geben, sich einzumischen. Diese Art von Kinderfreundlichkeit, diese Art von Jugendfreundlichkeit, diese Art von Familienfreundlichkeit sollte ein Markenzeichen von Mecklenburg-Vorpommern als Region in Europa werden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Glawe von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Alle reden gerne von der Bedeutung der Familie und der Kinder – ein edles Thema, bei dem kaum jemand widersprechen kann. Wenn die Demoskopien gefragt werden, dann erscheint dieses Thema nach Rangplatz 10. Fragt man anders herum in Deutschland und redet von Werten, dann steht dieses Thema weit oben. 90 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger sagen, dass Familie und Kinder eine ganz wichtige Bedeutung im Leben haben. Sie haben in dieser Rangfolge die Priorität vor Arbeit, vor Freunden, vor Freizeit, vor Religion oder Politik. Der Trend geht nach oben. Wo immer sie fragen, wünschen sich junge Menschen ein erfülltes Leben in Treue und Partnerschaft, mit Kindern und Familie. Sie wollen deshalb auf ein selbstgestaltetes Leben nicht verzichten. Aber in der Realität, im täglichen Leben sieht es oft anders aus.

Kinder- und familienfreundliche Städte sind das heutige Thema. Ich denke, das ist eigentlich unstrittig und richtig. Wichtig ist, dass in den Kommunen die Augen geschärft werden für Jugend, für Familie, für Kindertagesstätten, für Schulen, für Verkehrspolitik. Es gibt auch gute Ansätze, zum Beispiel das Programm „Soziale Stadt“. Es hat aber den Nachteil, dass diese „Soziale Stadt“ im EU-Bereich nur für Oberzentren ab einer Einwohnerzahl über 200.000 Einwohner zählt. Das heißt, die große Fläche, ...

(Dr. Arthur König, CDU: Da haben wir nur eine.)

Ja, ja.

... in der die meisten Bürger der Bundesrepublik Deutschland – auch in Mecklenburg-Vorpommern – leben, wird nicht bedient.

Meine Damen und Herren! Die großen Themen der Jugendlichen sind doch: Wo ist ein Kino, wo sind Schwimmbäder, wo sind Begegnungsstätten, wo kann ich mich auch abends treffen, wo kann ich Freizeit gestalten? Und es ist ein Irrweg gewesen, dass man sich nur immer mit den Angeboten für die Jugendlichen beschäftigt hat.

(Beifall Heike Lorenz, PDS: Das stimmt.)

In vielen Kommunen ist es nicht gelungen, die Angebote so zu gestalten, dass auch Jugendliche sie verwalten und damit Eigenverantwortung übernehmen. Denn nur wenn wir das schaffen, denke ich, wird man auch das, was man hat, achten, man wird es pflegen und man wird es an den nächsten Jugendlichen weitergeben.

Es gibt auch noch ein weiteres Problem und das sind einige Dinge, die will ich hier noch einmal nennen. Eine ganz entscheidende Frage wird sein: Wie schaffen wir letzten Endes Arbeit, Arbeit für die Bürger, Arbeit für Jugendliche? Denn wenn ich eine soziale Sicherheit erreicht habe, fällt es mir auch leichter, insgesamt die Rahmenbedingungen für Kinder, für Tagesstätten, für das Wohnumfeld, für Verkehrspolitik zu organisieren.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Letzten Endes ist der Faktor Arbeit wichtig, um die Sozialpolitik in einer Region, in einem Land besser zu gestalten. Dies gelingt uns zur Zeit eher nicht. Sie kennen die Probleme. Ich sage nur: Die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen werden reduziert, dadurch kann man nicht

so gestalten, wie man möchte. Schulneubauten werden kaum vom Land unterstützt.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist nicht wahr, Herr Glawe. – Heinz Müller, SPD: Onkel Harrys Märchenstunde.)

Sie werden kaum unterstützt. Das wissen Sie ganz genau. Die Kita-Förderung ist auch ein Trauerspiel in diesem Land.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS – Angelika Gramkow, PDS: Das ist mit 6 Millionen DM mehr gefördert worden im letzten Jahr. – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Und ich sage, Sie tun viel zu wenig dafür. Das wissen Sie auch ganz genau. Sie lassen die Kommunen im Stich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Sylvia Bretschneider, SPD: Oh, Herr Glawe, jetzt reicht es aber! Hören Sie auf, so ein Zeug zu erzählen! Das glaubt sowieso keiner mehr.)

Das ist so, wenn Sie sich mit den Daten auseinander setzen würden.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Sie versagen in der Verkehrspolitik. Sie haben den Transrapid beerdigt.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD, und Angelika Gramkow, PDS – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

Sie beerdigen den A3XX. Sie sind dabei, den Standort Lubmin zu beerdigen.

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD – Volker Schlotmann, SPD: Das Raumprogramm der NASA ist gestorben. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Meine Damen und Herren, Voraussetzung ist Wirtschaftskraft im Land Mecklenburg-Vorpommern, um alle Dinge, die Sie hier heute angesprochen haben, auch Netzwerke für Kinder und Jugendliche, für Familien, auszubauen und mit Leben zu erfüllen.

(Volker Schlotmann, SPD: Das war wohl aus der Bauernzeit, Herr Glawe.)

Ich sage Ihnen, Sie beschäftigen sich zur Zeit mit Nischenprojekten. Sie sind nicht am Leben, Sie sind nicht da, wo der Puls ist,

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und Sylvia Bretschneider, SPD)

Sie sind nicht da, wo die Menschen Antworten von Ihnen erwarten und deswegen können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist sehr schade.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Bretschneider von der SPD-Fraktion.

Sylvia Bretschneider, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nichts Neues aus der CDU. Wen wundert es?! Es ist natürlich sehr bedauerlich im Interesse der Betroffenen, dass Sie nicht einmal bereit

sind, sich hier für die Belange der Kinder und Jugendlichen offiziell zu positionieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich bedauere das zutiefst, aber wie gesagt, es ist nichts Neues.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich Ihnen eine Äußerung eines zehnjährigen Kindes vorlese, die neben einer Reihe anderer zu sehen ist in der Ausstellung zu den Kinderrechten auf dem Flur der SPD-Fraktion, die gestern eröffnet wurde.

(Volker Schlotmann, SPD: Genau, laden Sie sie mal ein!)

Ich zitiere: „Ich wohne in Rostock. Kinder müssen zu den Rechten etwas sagen. Kinder dürfen draußen toben, was sie zu Hause nicht können. Ich finde, das muss sich ändern. Und ich finde, dass die Kinder im Ausland nicht mehr so schlecht behandelt werden. Und es soll keinen dritten Weltkrieg geben. Und es soll kein Nikotin und Alkohol mehr geben. Und ich wünsche mir, dass Mutti wieder zurückkommt. Mein letzter Wunsch ist, dass Papa wieder Geld kriegt.“

(Martin Brick, CDU: Das ist aber rührend.)

Ich denke, dass das bemerkenswert ist. Die Äußerungen, die von den CDU-Bänken kommen, bestärken mich in der Auffassung, dass viele Erwachsene überhaupt nicht bereit sind zu realisieren, dass Kinder durchaus – auch in diesen Altersgruppen – sehr anspruchsvolle Vorstellungen vom Leben haben und sehr intensiv das wahrnehmen und über das nachdenken, was sie umgibt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das öffentliche Interesse an der Familie und ihren Lebensbedingungen ist in den letzten Jahren gewachsen und wird auch angesichts der demographischen Entwicklung weiter zunehmen. Familien mit Kindern verdienen zu Recht hohe gesellschaftliche Aufmerksamkeit, denn sie sind die Träger der gemeinsamen Zukunft in Stadt und Land.

In den vergangenen zehn Jahren ist mit der Kinderpolitik ein junges Politikfeld entstanden. Die dabei geführte Diskussion richtete sich vornehmlich auf die Situation von Kindern und Jugendlichen in der Stadt. In vielfältigen Projekten und Aktivitäten wurden Möglichkeiten und Verfahren zur kinderfreundlichen Umgestaltung des städtischen Raumes unter besonderer Betonung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen entwickelt wie in dem bundesweiten Modellprojekt „Stadt für Kinder – Stadt für alle“ des Deutschen Kinderhilfswerkes e.V. in den Jahren 1988 bis 1994.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Europa lebt ein Großteil der Bevölkerung in Städten und Ballungszentren. In allen Städten der Mitgliedsstaaten der EU sind die Bedingungen für Familien, Kinder und Jugendliche schwierig. Es fehlen, trotz vielfältiger Angebote von pädagogischen Institutionen, Begegnungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für Familien, Kinder und Jugendliche. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt daher die Initiative des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union zur Gründung eines

europäischen Netzwerkes „Kinder- und familienfreundliche Städte“.

Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands fand im Juni 1999 in Würzburg die schon angesprochene Expertentagung zur Vorbereitung der Gründung des Netzwerkes statt. Die Vernetzung europäischer Städte kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Familien und Kinder im zusammenwachsenden Europa besser zu fördern und die Entwicklungschancen nachwachsender Generationen zu verbessern. Das Netzwerk soll dem regelmäßigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den zusammengeschlossenen europäischen Städten dienen. Es geht vor allem um Modelle und Projekte zum Schutz und zur aktiven Beteiligung von Familien und Kindern an der Gestaltung ihrer Lebensumwelt. Von deutscher Seite haben an der Tagung in Würzburg sowohl führende wissenschaftliche Institute als auch in der praktischen Umsetzung stehende Kommunal- und Verbandsvertreter teilgenommen und gemeinsam mit den Vertretern europäischer Städte und Partnerländer sowie der europäischen Institutionen die Zielsetzungen, Aufgaben und Rahmenbedingungen des Netzwerkes geklärt.

Meine Damen und Herren! Die Familie ist nach wie vor die zentrale Lebensform der meisten Menschen, wenn auch nicht die alleinige. 80 Prozent aller Deutschen leben in Familienhaushalten. Die Familie ist jedoch nicht nur für jeden Einzelnen von Bedeutung, sondern Familien sind auch wichtige Leistungsträger in unserer Gesellschaft. Neben Bund und Ländern sind auch die Kommunen gefordert, die Rahmenbedingungen für Familien zu verbessern. In den letzten Jahren haben viele Städte und Gemeinden bereits Anstrengungen in dieser Richtung unternommen und auch Prüfverfahren in dieser Richtung zur Familien- und Kinderfreundlichkeit entwickelt, wie zum Beispiel in Rostock.

Mit Hilfe formalisierter Verfahren können Kommunen zum Beispiel bereits innerhalb von Planungsverfahren die Familien- und Kinderfreundlichkeit überprüfen und berücksichtigen. Auf Grundlage bereits existierender Prüfverfahren wurde im Auftrage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Rahmenkonzept „Familienfreundlichkeit in der Kommune“ entwickelt. Dieses Konzept wird in zehn ausgewählten Kommunen zwei Jahre lang praktisch unter wissenschaftlicher Begleitung durch das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung an der Universität Hannover erprobt, wie Frau Lorenz bereits erwähnte. Dabei soll darauf geachtet werden, dass Familien- und Kinderfreundlichkeit nicht als Sonderthema des kommunalen Geschehens behandelt wird, sondern integrativer Bestandteil der gesamten kommunalpolitischen Entwicklung wird. Dies ist ein Ziel des Ihnen heute vorliegenden Antrages.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-geführte Bundesregierung hat eine Erneuerung der Familienpolitik eingeleitet und klare, zunächst fiskalische Weichen gestellt. Das Ziel der Bundesministerin Bergmann sowie der SPD insgesamt ist die Gestaltung einer tatsächlich kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft. Angesichts des großen Nachholbedarfs aus den vergangenen Jahren und der engen finanziellen Spielräume ist dies sowohl für die Bundesregierung als auch für die Länder und Kommunen eine große Herausforderung.

In den letzten Jahren haben sich eine ganze Reihe von Städten und einzelne Stadtteile, aber auch strukturschwache ländliche Regionen zu sozialen Brennpunkten

entwickelt. Diese sind geprägt durch eine Ballung von Problemen und Konflikten, die sich durch ihr Zusammenwirken zusätzlich verstärken. Für Kinder und Jugendliche entstehen durch den Niedergang von Stadtteilen und ländlichen Regionen gravierende Nachteile und schwierige Lebensbedingungen. Es fehlen oft Ausbildungs- und Arbeitsplätze, viele leben von der Sozialhilfe, die Versorgung mit Wohnraum ist unzureichend und die Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten sind eher gering ausgebaut. Gerade Kinder und junge Menschen brauchen aber ein Lebensumfeld, das ihre Entwicklung fördert und ihnen Chancen für die Zukunft eröffnet. Mit dem Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“, das durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiiert wurde, soll gezielt in schwierigen Sozialräumen angesetzt werden. Durch Vernetzung und Bündelung unterschiedlicher jugendpolitischer Maßnahmen sollen Lücken im Angebotsnetz für sozial benachteiligte Jugendliche geschlossen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erachte es als besonders notwendig, dass eine Vernetzung auch initiativenübergreifend wirkt. Man muss über Projekte hinaus in den Ämtern wirken und auch langfristig denken. Gerade dabei kommt den Kommunen, wie auch der Antrag besagt, ein hoher Stellenwert zu. Dabei müssen sie von Bund und Land unterstützt werden. Gerade die Konstituierung von regionalen Zirkeln soll dazu dienen, eine stärkere Vernetzung zu ermöglichen, aus gemachten Erfahrungen zu profitieren und die Diskussion über die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu beleben.

Dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen noch nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen, akzeptiert und berücksichtigt werden, ist uns allen wohl bekannt. Auch in der Anhörung des Sozialausschusses zur UN-Kinderrechtskonvention wurde deutlich, dass noch Handlungsbedarf in Mecklenburg-Vorpommern hinsichtlich der Verbesserung der Rahmenbedingungen im Bereich des Wohnumfeldes gesehen wird.

Der Landeswettbewerb „Familienfreundliche Gemeinde“, der in einem zeitlichen Abstand von vier Jahren durchgeführt werden soll, ist ein weiterer Schritt hin zu kinder- und familienfreundlichen Städten und Gemeinden in unserem Land und dies sollten alle Fraktionen im Landtag unterstützen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Heike Lorenz, PDS)

Wir haben als SPD-Fraktion in der Vergangenheit bereits eine Reihe von Aktivitäten unternommen, um in diesem Bereich wirksam zu werden. Ich erinnere an unsere Initiative zur Novellierung der Kommunalverfassung im Jahr 1997, wo es um die Mitbeteiligungsmöglichkeiten, Mitwirkungsrechte von Kindern und Jugendlichen ging, der von Ihnen, meine Damen und Herren der CDU – Sie erinnern sich – abgelehnt wurde, was damals sehr bedauerlich war. Aber, wie gesagt, wir nehmen uns die Kommunalverfassung ja wieder vor und da wird es dann wieder ein Thema sein.

Wir haben im Jahr 1997 die Gemeinschaftsaktion „Mecklenburg-Vorpommern – ein Land für Kinder“, die von der Landesregierung und vom Deutschen Kinderhilfswerk gemeinsam initiiert und begleitet wurde, hier im Land gehabt und wir haben 1998 im Rahmen der Kinderkarawane die Aktion „Kinder haben Rechte“ – ebenfalls mit

Unterstützung von Bund und Land und dem Deutschen Kinderhilfswerk – hier, denke ich, sehr öffentlichkeitswirksam präsentiert. Unsere Aufgabe muss es sein, Politik für Kinder und Jugendliche zur Querschnittsaufgabe zu machen, Kinder als Subjekte zu akzeptieren und nicht als Objekte zu behandeln. Und, meine Damen und Herren, insbesondere von der CDU – es sind ja nicht alle da –,

(Wolfgang Riemann, CDU: Von den anderen Fraktionen sind auch nicht alle da. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

sagen Sie es weiter an Ihre Kolleginnen und Kollegen! Kommen Sie auf den Flur der SPD-Fraktion! Informieren Sie sich über die Rechte der Kinder und vielleicht wandeln sich dann ja bei einigen von Ihnen doch noch einige Ansätze! – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Müller von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Müller.

Irene Müller, PDS: Wertter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sprechen zu einer Tageszeit über Kinder und Jugendliche – ein sehr positives Thema –, in der diese zum größten Teil in Kindereinrichtungen, in Schulen oder in Berufsfördereinrichtungen sind und gewiss nicht so undiszipliniert aus dem Raum rennen dürfen wie ein großer Teil der Abgeordneten,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

wenn es um wichtige Dinge geht und wenn es, mein Gott, vielleicht auch um Wissenserweiterung geht. Und es ist schon ziemlich frappierend, Herr Glawe, wenn Sie hier in den Raum rufen, dass sich PDS und SPD nur mit Nischenpolitik beschäftigen und Sie deshalb einem Antrag für Kinder, Jugendliche und Familien nicht zustimmen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich gebe ja zu, dass ich nicht alles verstehe, was im politischen Raum zwischendurch hin- und hergerufen wird – muss man vielleicht auch nicht –, aber dass Kinder, Jugendliche und Familien Nischen sind, mit denen wir uns beschäftigen, das ist irgendwie ein Ding,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist ein Skandal.)

damit muss man sich auseinander setzen – ich denke aber, weniger von denen, die den Antrag eingebracht haben, sondern mehr von denen, die ihn ablehnen wollen.

Viele von uns haben vielleicht noch Werbeplakate oder Werbeprospekte von einer Partei im Hinterkopf, auf denen stand, dass wir uns die Welt von Kindern und Jugendlichen nur geborgt haben und wir sie ihnen ordentlich und brauchbar zurückgeben sollten. Das ist ein Wort, denke ich mir, das nicht parteipolitisch ausgeschlachtet werden darf, sondern das ganz einfach der Wahrheit entspricht. Kinder und Jugendliche sind diejenigen, die nach uns diese Welt übernehmen sollen.

(Harry Glawe, CDU: Es geht um die Wahrung der Schöpfung, Frau Müller.)

Dazu müssen sie aber da sein und bereit sein, die Welt übernehmen zu wollen, sich in gesellschaftliche Dinge einbezogen fühlen beziehungsweise sich einmischen dür-

fen. Diese Einbeziehung ist wichtig und sollte eigentlich schon von Kindesbeinen an geprobt und erfahren werden.

Wie sieht es heute oft aus? Eine Kommune hat mit sehr viel Aufwand und Kraft zusammen mit Wohnungswirtschaft und Wohnungsgesellschaften Geld aufgebracht, um einen Spielplatz zu sanieren. Spielplätze sind heutzutage teuer. Der Spielplatz ist neu entstanden. Erst gehen die Kinder mit großer Begeisterung darauf zu, dann nutzen sie die Spielgeräte nicht. Warum nicht? Weil sie irgendwie nicht den nötigen Respekt haben vor den neuen Spielgeräten? Oder ist es vielleicht so, dass der Spielplatz einfach nicht den Wünschen von Kindern entspricht?

Ein anderes Beispiel: Es sind wieder einmal zu wenig Parkplätze in einer Stadt oder in einer Gemeinde. Wir kennen es alle. Ein Spielplatz entspricht nicht mehr den Anforderungen. Im Nu ist er platt gemacht und Parkplatz geworden – wer kennt solche Sachen nicht.

Ein weiteres Beispiel: Überwege sollen geschaffen werden für Fußgänger, damit sie schadlos über die Straße kommen.

(Der Abgeordnete Wolfgang Riemann meldet sich für eine Anfrage.)

Sollte man da nicht auch von vornherein gucken, wo die Überwege gebraucht werden zu Kindereinrichtungen, wo die Kinderströme entlanggehen zur Schule, um vielleicht den Überweg doch noch 100 Meter nach links oder rechts zu verlegen?

Ich unterstelle nicht jedem Menschen böse Absicht, wenn solche Dinge passieren. Es ist Routine, es ist das Maß der Alltagsarbeit, die oftmals ganz einfach vergisst, diejenigen zu fragen, die es betrifft.

Präsident Hinrich Kuessner: Frau Abgeordnete Müller, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Riemann?

Irene Müller, PDS: Oh nein!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Schade.)

Ja, befassen Sie sich erst einmal mit einem Problem wie Kinder.

(Wolfgang Riemann, CDU: So wird Toleranz gegenüber Kindern vorgelebt.)

Sie wollen es ja gar nicht positiv abstimmen.

Diese Beispiele, wie Kinder einzubeziehen sind, sind wichtig für uns und die wollen wir in unserem Antrag, der durch die SPD und die PDS gestellt wird, unterstreichen. Rahmenbedingungen sollen geschaffen werden, die die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche und auch für Familien zum Inhalt haben. Die Gestaltung des Lebens und der Lebensumwelt hat dabei großen Vorrang.

Das Land und der Bund haben sich zu einem Wettbewerb entschieden, um Kommunen, Städte und Gemeinden hier in unserem Land aufzufordern sich einzubringen. Ich denke mir, diese Art der Einbringung ist eine Sache, der sich eigentlich keiner verschließen kann. Gemeinsame Projekte, der Erfahrungsaustausch, eine Vernetzung in Richtung kinder- und familienfreundlich ist eine Sache, die uns alle angeht. Über die Sache, wie sie vom Bundesministerium für Familien nach Deutschland und in unsere Einrichtungen gebracht wurde, ist schon gesprochen worden, das erspare ich mir jetzt.

Es geht bei den Projekten, für die wir uns hier stark machen sollten, um verschiedene Dinge, vor allen Dingen um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um die freundliche Wohnumwelt und um familienfreundliche Wohnungen – familienfreundliche Wohnungen sind wichtig, denn mit Wohnungen kann man Psychen zerschlagen –, bis hin zu einem Verwaltungsablauf, der von denen, die den Verwaltungsablauf benötigen, auch machbar ist.

Es soll ganz einfach – so einfach ist es wahrscheinlich denn doch nicht – ein starkes Bewusstsein für Kinder und Familien in unserem Lande Mecklenburg-Vorpommern ausgeprägt werden, wo es noch nicht ist. Es soll unterstützt werden, wo es schon gemacht wird, beziehungsweise nach vorn getragen werden, um große Projekte auch in die Breite zu bringen, denn immerhin ist ein Kind nicht nur die Privatsache einer Mutter, eines Vaters, sondern ein Kind ist auch Sache des Staates. Er hat dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen dafür geschaffen sind, dass Chancengleichheit für Kinder in kleinen Familien, in großen Familien, begüterten oder weniger begüterten Familien gestaltet werden kann.

Bei dieser Entwicklung für die Familien muss ich noch einmal unterstreichen, dass wir als PDS unter Begriff „Familie“ natürlich die dominante Familie verstehen, die zu 80 Prozent in Deutschland Vorrang hat, nämlich verheiratete Eltern mit einem oder mehreren Kindern. Aber sehr wohl nehmen wir den Familienbegriff in seiner ganzen Vielfalt auf, also sind Familien auch Alleinerziehende, sind Familien auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften, also eheähnliche Verhältnisse, oder auch Emigrantenfamilien oder auch Mehrgenerationsfamilien – so die ganze Vielfalt, wie sich Familie uns darstellt. Und diese Familienvielfalt, die muss auch Einzug finden in die kommunalen und städtischen Entwicklungskonzepte.

Die familienfreundliche Stadt oder die familienfreundliche Kommune ist letztendlich auch ein Werbeaspekt, mit dem unsere Gemeinden und Städte umgehen sollten und auch umgehen können, denn eine familien-, kinder- und jugendfreundliche Stadt zwingt nicht dazu abzuwandern. Das muss man hier mal ganz laut und deutlich sagen. Zur familienfreundlichen Stadt gehören Kindereinrichtungen und Schulen, gehören kurze Wege für kurze Beine, wie gemeinhin so gesagt wird, gehören natürlich Einrichtungen für Jugendliche, damit sie sich wohlfühlen, gehören Einkaufszentren für junge Familien, gehört ein Wohnumfeld, wo auch der ältere Mensch in der Nähe seiner Kinder und Enkelkinder wohnen kann, gehören Freizeitangebote über Altersgrenzen hinaus.

Also ist eine kinder- und familienfreundliche Stadt, eine kinder- und familienfreundliche Gemeinde ein Blick in die Zukunft, ein ganz effektiver Mittelpunkt des Blickes in die Zukunft, der großen Anteil hat bei der Entwicklung unseres Landes. Er ist Maßstab für die Entwicklung unseres Landes und demzufolge müssen wir uns als Landesregierung und als Landesparlament Mecklenburg-Vorpommerns mit diesem Maßstab auch beschäftigen. Neue Erkenntnisse sind das eigentlich nicht, denn schon im Grundgesetz Artikel 6 Absatz 1 wird davon gesprochen, dass die Familie und die Ehe – im Grundgesetz ist es andersrum, da heißt es Ehe und Familie – des Schutzes des Staates bedürfen. Dabei legen wir als PDS-Fraktion den Hauptpunkt auf den Begriff Familie.

(Harry Glawe, CDU: Dafür haben Sie das Landeserziehungsgeld abgeschafft.)

Ich denke mir, unser Jugendhilfegesetz und unsere Verfassung hier in Mecklenburg-Vorpommern geben schon Ansätze, um Familienpolitik gut zu gestalten. Es muss meistens immer nur umgesetzt werden. Während der Befassung mit der Problematik im Sozialausschuss haben wir sehr wohl erfahren, dass Familienpolitik ressortübergreifend ist, dass es eigentlich überhaupt gar kein Ressort gibt, was sich damit nicht beschäftigen muss. Und da haben Sie Recht, Herr Glawe, auch die Wirtschaft gehört in Familienpolitik hinein. Demzufolge kann es sehr wohl möglich sein – das, was ich jetzt sage, ist Zukunftsmusik –, dass wir uns vielleicht, wenn wir uns alle mit der ganzen Problematik befasst haben, doch noch einmal um unsere Verfassung kümmern und dort die Kinder- und Jugendvertretung, also die parlamentarische Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen zur Gestaltung ihrer Zukunft, rechtlich verankern müssen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben SPD und PDS bei mir im Kreis abgelehnt, ganz deutlich abgelehnt haben sie das. – Andreas Bluhm, PDS: Dann war der Antrag auch danach. – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Dann war der Antrag wahrscheinlich nicht gut. Sie sollten ihn sich noch einmal durchlesen.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ein ganz wichtiger Punkt, der in die gute Kinder- und Familienpolitik eingreift, ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in unserem Lande und ich muss bei meinen Ausführungen hier unbedingt darauf zu sprechen kommen. Von 360.000 Kindern in unserem Lande sind 18.000 Kinder Empfänger und Empfängerinnen von Sozialhilfe und, ich denke, das ist ein Ausdruck dessen, dass es auch bei uns im Land Misstände Kindern und Jugendlichen gegenüber gibt. Denn Kinder, die als Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger leben müssen, haben keine gleichen Chancen wie andere Kinder. Von Anfang an sind sie von bestimmten Dingen ausgegrenzt, sind einsam. Das beginnt damit, dass es Schwierigkeiten gibt, das Kind in die Kindertagesstätten zu bringen, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Landeserziehungsgeld abschaffen. – Heike Lorenz, PDS: Sie begreifen das nicht. – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Sie begreifen eh nicht, dass das Kindererziehungsgeld abzuschaffen eine Sache war, um die jungen Muttis eher wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Reinhardt Thomas, CDU: Das kommt mir aber sehr bekannt vor.)

Und weil Sie es nicht begreifen und gar nicht begreifen wollen und nur darüber lachen können, ist es eigentlich sinnlos, es immer wieder hier in den Landtag zu berufen. Es gibt eigentlich bloß, ja, Lachen.

Kinder, die von Sozialhilfe leben, haben keine Möglichkeit, sich so in Freizeitdinge mit einzubringen wie andere Kinder, denn Musikschule kostet Geld, Malzirkel kosten Geld – im Großen und Ganzen. Viele andere Dinge kosten ebenfalls Geld. Auch wenn Jugendliche und Kinder sich in Sportklubs mit einbringen wollen, kostet das Geld. Aber es geht eigentlich schon bei den kleinsten Dingen los. Bestimmte Sachen können sich Kinder, die von Sozialhilfe leben – und damit meine ich Bekleidung – nicht leisten.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Spielzeug wird mit großen Augen bei anderen Kindern betrachtet. Sie können nicht mitfahren auf Reisen von Klassen, weil es zu teuer ist. Auch 200 DM sind dann schon viel Geld. Selbst die Urlaubsreise mit der Familie ist eine Sache, die in weite Ferne gerückt ist oder überhaupt noch nicht erlebt werden durfte. Menschliche Spannungen, die natürlich an Kindern überhaupt nicht vorbeigehen können, denn Kinder sind feinfühlig, sind sehr feinfühlig und merken schon, was bei Mutti, bei Vati oder zwischen beiden vorgeht, weil das Geld fehlt, gibt es in den Familien.

Und weil Sie so von Kindergeld sprachen, ich denke mir, auch die Kindergelddebatte in der Bundesrepublik Deutschland kann einfach noch nicht zu Ende sein. Wir wissen, dass seit dem 01.01. mehr Geld gezahlt wird, dass es Gott sei Dank diesmal auch auf SozialhilfeempfängerInnen durchschlägt. Dass es aber einen Unterhaltszuschuss für Kinder nur bis zum zwölften Lebensjahr gibt, ist eigentlich eine Sache, die sehr widersinnig ist, denn ausgerechnet für die Kinder ab dem zwölften Lebensjahr, wo sie meistens auch in der Höhe keine Kinder mehr sind, sondern sich schon in Erwachsenenhöhen befinden und demzufolge auch bei weitem mehr Geld kosten, gibt es ihn nicht mehr.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, Sie haben Ihre Redezeit ausgeschöpft.

Irene Müller, PDS: Ich danke dafür, dass Sie mich darauf aufmerksam machen, dass das Licht blinkt.

Ich kann dazu nur sagen, wir haben viel zu tun, meine Damen und Herren. Nicht alle Dinge sind für uns von Anfang an machbar. Alle sind gefragt. Packen wir es an!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Reinhard Dankert, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Müller.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1060. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Danke. Der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1060 ist mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

(Peter Ritter, PDS: Eine Enthaltung
bei der CDU. Der familienpolitische
Sprecher der CDU hat sich enthalten. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und eine Stimmenthaltung bei der Fraktion der CDU – trotzdem angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Unterstützung des Landes für den Transrapid, Drucksache 3/1055.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Unterstützung des Landes für den Transrapid
– Drucksache 3/1055 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Seidel von der Fraktion der CDU.

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben ja schon des Öfteren über den Transrapid gesprochen. Dennoch, meine ich, muss man immer wieder darauf hinweisen, dass es sich um eine Technologie handelt, die zwar durchaus neu ist, aber schon 70 Jahre in den Schreibtischen schmort oder, sagen wir besser, sich auf kleinen Anwendungsstrecken im Emsland hin- und herbewegt. Ich will allerdings deutlich sagen, dass jeder, der über ein wenig technischen Sachverstand verfügt, ganz schnell erkennen kann, dass diese Technologie dem Rad-Schiene-System überlegen ist, zum Beispiel aufgrund der Verschleißarmut sowie des günstigeren Verhältnisses von Energie und Nutzen. Und es ist ja auch festzustellen, dass diese Tatsachen von den Gegnern des Transrapid durchaus anerkannt werden. Darüber gibt es eigentlich gar keinen Streit.

Es ist auch richtig – das muss man natürlich an dieser Stelle betonen –, dass vor allem das Projekt, über das wir hier reden, die Transrapidstrecke von Berlin nach Hamburg, mit dem entsprechenden Gerät relativ teuer ist, allerdings wie das eigentlich immer der Fall bei Modellprojekten und bei Prototypen ist, um die es sich ja nach wie vor handelt.

Es ist sicherlich auch richtig, dass eine neue Infrastruktur erforderlich ist, aber ich muss immer wieder betonen, dies war genauso, als seinerzeit die Bahn die Postkutsche ablöste. Wenn ich die Historie noch einigermaßen beherrsche, gab es damals die so genannten Umspannen, das waren die Pferdewechselstationen, es gab die wunderschönen Holperstraßen, über die wir uns zum Teil heute noch freuen, die dann abgelöst wurden durch Schienenwege und Bahnhöfe, wie sie die Eisenbahn dann eben brauchte.

(Heike Lorenz, PDS: Nur, damals war
es eine Erleichterung, und heute soll
es ein Sahnehäubchen sein.)

Meine Damen und Herren, um nun den politischen Willen zur Umsetzung eines solchen Technologiegroßprojektes zu bündeln, beschloss der Bundestag in der letzten Legislaturperiode das Transrapidgesetz. Darin enthalten war oder ist, muss man richtig sagen, auch der Haltepunkt in Schwerin.

(Angelika Gramkow, PDS:
Aber nicht im Gesetz, Herr Seidel.)

Wir waren sehr froh darüber, ...

Der steht drin. Doch, doch, Frau Gramkow.

... weil wir uns ja auch sehr bemüht haben, dass dieser Haltepunkt in das Gesetz aufgenommen wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Angelika Gramkow, PDS:
Haben wir wieder was gelernt.)

Seit nunmehr fast fünf Jahren läuft die Planung der Trasse zwischen Hamburg und Berlin. Wie man jetzt lesen kann, werden die ersten Planfeststellungsbeschlüsse im Jahr 2000 fällig. Es könnte also theoretisch mit den Arbeiten begonnen werden.

Zugegebenermaßen ist das Projekt auch in der Wirtschaft wegen der eben schon genannten relativ hohen Kosten nicht unumstritten. Aber besonders pikant ist natürlich die Haltung der politischen Entscheidungsträger, insbesondere nach den Wahlen im Herbst 1998. Und

das muss ich dann schon noch mal hervorheben: Die Bundesregierung ist ja grundsätzlich für den Transrapid. Der Bundeskanzler vermeidet neuerdings die Festlegung auf die Strecke Hamburg–Berlin. Er sagt, er will den Transrapid lediglich im Inland sehen. Die betroffenen Länder Hamburg, Berlin und Brandenburg setzen sich durchaus für den Transrapid ein. Die Länder Hessen sowie Nordrhein-Westfalen, in denen sich Herstellerfirmen befinden, sind sogar bereit, mit Bürgschaften zu helfen.

(Angelika Gramkow, PDS: Soll das Land auch bürgen, Herr Seidel?)

Ich hab's überhaupt noch nicht gesagt. Warten Sie es doch ab!

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Schleswig-Holstein ist – ich vermute mal, insbesondere auf Druck des grünen Koalitionspartners – mehr oder weniger gegen den Transrapid.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Eher mehr.)

Von mir aus mehr.

Und Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren, lässt nun eine Haltung zu diesem Thema völlig vermissen.

(Peter Ritter, PDS: Es gibt eine klare Haltung.)

Na, das ist aber schwierig, diese klare Haltung auch zu erkennen.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Heike Lorenz, PDS)

Der Präsident der Arbeitgeberverbände Herr Dr. Hundt, der gerade in Schwerin war, fand dafür die Worte, dass die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern auf der Stotterbremse steht und Schlangenlinien fährt.

(Harry Glawe, CDU: Da hat er Recht.)

Im Einzelnen sieht dies nun wie folgt aus und da will ich einmal diese klare Haltung versuchen darzustellen. Sie können mich gerne korrigieren, wenn Sie es anders sehen:

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Erstens, und das meinen Sie wahrscheinlich: Die Koalitionsvereinbarung von SPD und PDS aus dem Jahr 1998 sagt nein zum Transrapid.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS – Peter Ritter, PDS: Das meine ich.)

Zweitens. Der Umweltminister Professor Methling wollte sogar eine Normenkontrollklage gegen das Transrapidgesetz anstrengen, ist aber dann, wenn ich richtig informiert bin, im Kabinett gestoppt worden.

Drittens. Als zum Ende des Jahres 1999 über den Wegfall des Haltepunktes in Schwerin aus Kostengründen diskutiert wurde, gab es einen Aufschrei von zwei SPD-Abgeordneten, und das wegen eines Projektes, zu dem die Koalitionsvereinbarung klar nein sagt.

(Claus Gerloff, SPD: Das sind doch zwei Paar Schuhe. – Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Im Übrigen, Herr Gerloff, wenn man das jetzt konsequent macht, dann müssten Sie ja nur weinen, wenn Sie die Koalitionsvereinbarung durchlesen.

(Zurufe von Angelika Gramkow, PDS, und Peter Ritter, PDS)

Viertens. Der Wirtschaftsminister des Landes fordert nachdrücklich mit seinen ostdeutschen Amtskollegen den Bau der Transrapidstrecke Hamburg–Berlin mit der Begründung, die Magnetschwebebahn sei für die Region unverzichtbar. Und ich glaube, der gehört ja wohl auch zur Koalition.

Fünftens. Der Ministerpräsident kämpft mit seinen norddeutschen Amtskollegen für einen Beschluss, der da ungefähr so lautet, ich musste es aus der Presse entnehmen: Die Mittel für die Transrapidstrecke sollen auf jeden Fall im Norden verbaut werden. Ich vermute mal, das ist nun die beschworene neue Einheit der Ministerpräsidenten des Nordens, nach dem Motto: Alle machen mit, aber jeder, was er will. Denn jeder versteht darunter natürlich etwas anderes: Die Frau Simonis versteht darunter wahrscheinlich die Querung über den Fehmarnbelt,

(Jörg Vierkant, CDU: Richtig.)

der Hamburger Regierungschef Herr Runde vermutlich den Transrapid und der Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern vielleicht die A 20 und die Rügenanbindung.

(Harry Glawe, CDU: Wenn überhaupt.)

Was ist denn nun solch ein Beschluss, meine Damen und Herren, bei Licht besehen wirklich wert?

Meine Damen und Herren, wie wir am Beispiel des Airbus-Projektes in Rostock erfahren mussten, kann das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht so sehr auf die besondere Zuneigung der Bundesregierung hoffen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Wen wundert das?!)

Wenn es aber nun ein Projekt gibt, das gesetzlich fixiert durch das Land Mecklenburg-Vorpommern geführt werden soll, dann meine ich doch, dass man wenigstens auch angesichts der Dimension der in Rede stehenden Infrastrukturleistungen, hauptsächlich Bauleistungen,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

ein klares Bekenntnis zu diesem Projekt erwarten darf.

(Angelika Gramkow, PDS: Nein.)

Meine Damen und Herren, gerade angesichts des dramatischen Abstiegs der Bauwirtschaft – und da haben wir ja noch einiges zu erwarten – fordern wir zum wiederholten Male ein Überdenken der Aussagen im Koalitionsvertrag und ein Hinwenden zum Transrapid.

(Heike Lorenz, PDS: Zu dem Renommierprojekt.)

Und ich will gleich noch einmal zwei Argumente aufnehmen. Es wurde immer gesagt, wir wollen kein eigenes Geld in die Hand nehmen. Das ist nie gefordert worden. Frau Gramkow, da komme ich auf Ihren Einwand zurück, ich habe nie gesagt, dass Mecklenburg-Vorpommern dafür Bürgschaften übernehmen soll.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich eben auch nicht.)

Da kann man auch glaubhaft rüberbringen, dass es vielleicht in Mecklenburg-Vorpommern etwas schwieriger ist, Bürgschaften in die Hand zu nehmen, als meinetwegen in Hessen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ein Glück!)

Das kann man vielleicht überbringen. Deswegen meine ich, trotzdem wäre wenigstens ein verbales Bekenntnis zum Transrapid möglich.

Dann wurde immer gesagt, es ist doch wichtig, das Transrapidgeld für andere Projekte in Mecklenburg-Vorpommern einzusetzen. Ich habe im November gelesen, das stand im „Focus“, aber auch hier in der Schweriner Zeitung, dass Herr Bundesfinanzminister Eichel ganz klar gesagt hat: Wenn das Ding nicht stattfindet, bleibt das Geld in der Bundeskasse. Das ist doch ganz klar.

(Angelika Gramkow, PDS: Vielleicht sind wir uns darüber einig, dass das Steuergelder sind.)

Man kann doch nicht ernsthaft behaupten, ...

Natürlich sind es Steuergelder.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

... dass hier dann eventuell Mittel für andere Projekte zur Verfügung stehen.

Herr Ministerpräsident, wir wollen versuchen, Sie mit unserem Antrag noch einmal zu bewegen, sich in dieser Sache positiv zu betätigen, mit Ihren Kollegen für dieses Projekt zu werben.

(Heike Lorenz, PDS: Ach!)

Und nun will ich auch ganz klipp und klar sagen: Wenn Sie eventuell darauf hoffen, dass die Sache sich mit dem kommenden Sonnabend mehr oder weniger erübrigt haben könnte – da findet ein wahrscheinlich entscheidendes Gespräch beim Bundesverkehrsminister statt –,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

wenn zum Beispiel eventuell eine andere Strecke ins Auge gefasst würde,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

wenn der Transrapid eventuell sogar mit deutschem Geld im Ausland gebaut würde oder wenn er tatsächlich auf das Abstellgleis gerät, dann, meine Damen und Herren, spätestens dann wird deutlich, welchen unrühmlichen Anteil diese Landesregierung

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

und auch Sie persönlich als Ministerpräsident an einer solchen für Mecklenburg-Vorpommern verhängnisvollen Entwicklung haben. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Seidel.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ach, Herr Seidel ist schon raus.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten
der CDU: Nein.)

Ach nein, da ist Herr Seidel. Aber Herr Rehberg ist nicht drin.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Anders als der Wirtschaftsminister. Wo ist denn eigentlich der Wirtschaftsminister?)

Ich habe angesichts Ihrer Besetzung bei diesem für Sie so wichtigen Tagesordnungspunkt den Eindruck, als wenn Sie selbst den Transrapid schon aufs Abstellgleis gestellt haben, Herr Seidel.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wo ist denn eigentlich der Wirtschaftsminister?)

Der Transrapid ist sicherlich eine faszinierende Technik, doch auch Faszinationen müssen im Licht der Realität Bestand haben. Auch Großprojekte wie Transrapidstrecken müssen finanzierbar und rentabel sein.

Und, Herr Seidel, wenn Sie hier anführen, dass das Patent schon vor 70 Jahren angemeldet worden ist, dann ist es müßig, darüber zu philosophieren, weshalb es bisher nicht umgesetzt wurde. Aber eines kann man nicht tun: So tun, als wenn sich in dieser Zeit die Rad-Schiene-Technik nicht entwickelt hätte.

Es ist unser aller Aufgabe, Herr Seidel, mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger verantwortungsvoll umzugehen.

Zur Transrapidstrecke Hamburg–Berlin mit Halt in Schwerin kann man ganz sachlich und nüchtern feststellen: Alle Angaben über Bau-, Betriebskosten, Passagierzahlen oder Rentabilität, die zu Zeiten der damaligen CDU/FDP-Bundesregierung vorgelegt wurden, haben sich leider als falsch erwiesen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben sich den Transrapid schöngeredet.

(Harry Glawe, CDU: Sie setzen sich nicht ordentlich ein.)

Wer Zweifel an der Finanzierbarkeit hatte, hat leider Recht behalten.

Natürlich wäre diese Transrapidstrecke gut für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Unsere Landeshauptstadt Schwerin würde praktisch zu einem Vorort der beiden größten Städte der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg und Berlin, werden. Deshalb kann ich diejenigen verstehen, die sagen, der erste Transrapid soll in Schwerin und nicht in Schanghai halten. Und natürlich gibt es eine enorme Anzahl von Arbeitsplätzen in der Bauphase des Transrapid, wahrscheinlich auch etliche davon in Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen aber, es ist nicht unsere Entscheidung, ob der Transrapid auf der Trasse Hamburg–Berlin oder auf einer anderen Referenzstrecke oder ob er überhaupt gebaut wird. Und wenn Sie heute versuchen, Herr Seidel, wieder den gegenteiligen Eindruck zu erwecken, dann ist das falsch. Das Land hat seine Hausaufgaben gemacht und ist seiner Verpflichtung nachgekommen, am Planfeststellungsverfahren mitzuwirken. Ob wir hier ja oder nein zum Transrapid sagen, ist für die jetzige Entscheidung völlig unerheblich. Nun ist es Sache des Bundes und der Industrie, zügig zu entscheiden, ob der Transrapid hier, anderswo oder gar nicht gebaut wird.

Die Bundesregierung wird übermorgen mit dem Transrapidkonsortium und mit der Deutschen Bahn darüber beraten, ob eine teileinspurige Transrapidstrecke Hamburg–Berlin aus Sicht des Unternehmens sinnvoll ist. Es ist bekannt, dass sowohl die Deutsche Bahn als auch die beteiligten Industrieunternehmen sich bereits im Vorfeld ablehnend geäußert haben. Endgültiges werden wir aber sicherlich erst nach diesem Spitzengespräch wissen. Eines kann man aber schon heute sagen: Die zweispurige Transrapidstrecke Hamburg–Berlin kann nur gebaut werden, wenn zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Und, Herr Seidel, das sage ich auch ganz deutlich: Die Industrie kann Lasten, die sie eigentlich selbst tragen muss – denn der Transrapid wird ja als zukünftiger Exportschlager gepriesen und Sie haben selbst gesagt, dass es ein Pilotprojekt ist –, nicht weiter auf die Bahn oder den Steuerzahler abschieben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat 6,1 Milliarden DM für den Bau einer Referenzstrecke zugesagt. Ich glaube, das ist eine enorme Summe. Die Bundesregierung steht angesichts der kohlschen Erblast von 1,5 Billionen DM, also 1.500 Milliarden DM Schulden vor der Aufgabe, den Weg in den Schuldenstaat zu stoppen und den Haushalt zu konsolidieren, denn nur mit soliden Staatsfinanzen werden wir die Zukunft gestalten und den Aufbau Ost über das Jahr 2004 hinaus finanzieren können. Zudem wird die Bundesregierung die Bürger und die Wirtschaft mit der Steuerreform 2000, einem der größten und weitreichendsten Steuerreformpakete in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, deutlich entlasten und somit eine solide Grundlage für mehr Wachstum und Beschäftigung schaffen. Wer Haushaltskonsolidierung, Steuersenkung und Aufbau Ost will, muss es akzeptieren, wenn die Bundesregierung sagt, dass kein Spielraum mehr für zusätzliche Mittel für den Transrapid besteht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und ich wäre auch nicht ohne weiteres einverstanden damit, dass der Bund zusätzliche Mittel für den Transrapid aus dem Bundesverkehrswegeplan nimmt. Das Risiko wäre nämlich groß, dass dies zu Lasten anderer für das gesamte Land – ich betone, für das gesamte Land – Mecklenburg-Vorpommern unverzichtbarer Verkehrsprojekte geht. Die A 20, die A 241 oder die Rügenanbindung sind für die Entwicklung des gesamten Landes wichtiger als der Transrapid.

(Harry Glawe, CDU: Das hat doch die CDU auf den Weg gebracht, nicht Sie!)

Das ist eine Meinung, die ich immer vertreten habe und die, glaube ich, auch heute noch richtig ist. Deshalb muss es dabei bleiben, dass auch die Bundesregierung diesen eben genannten Projekten absolute Priorität einräumt.

Natürlich kann man die Frage stellen, warum die industriellen Partner angesichts der Finanzlage des Bundes nicht über eine Erhöhung ihres eigenen Finanzanteils nachdenken. Darüber habe ich von Ihnen bisher kein einziges Wort gehört, keine einzige Aufforderung in die Richtung. Wenn der Transrapid wirklich wirtschaftlich so erfolgreich sein wird, wie uns die Industrie sagt, ist es völlig unverständlich, dass sie einen höheren Finanzierungsanteil verweigert, während überall sonst dem Rückzug des Staates das Wort geredet wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Wenn Unternehmergeist gefordert ist, ist in erster Linie die Wirtschaft gefragt und nicht der Staat.

Meine Damen und Herren von der Opposition, über diese Finanzierungsprobleme, an denen sich die Realisierung des Transrapid ausschließlich entscheidet, reden Sie in Ihrem Antrag überhaupt nicht. Sie mogeln sich an dem entscheidenden Problem vorbei. Statt dessen tun Sie so, als sei es nur eine Frage des guten Willens der Bundes- und der Landesregierung, ob der Transrapid durch Mecklenburg-Vorpommern fährt oder nicht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Mir ist völlig klar, was Sie vorhaben, Herr Seidel, und was die CDU-Fraktion vorhat. Falls der Transrapid nicht oder anderswo gebaut wird, wollen Sie uns zum Sündenbock stempeln. Damit, denke ich, werden Sie aber nicht durchkommen,

(Harry Glawe, CDU: Sie kriegen doch nichts hin.)

denn jeder im Land weiß, wenn die Entscheidung gegen die Strecke Hamburg–Schwerin–Berlin fällt, dann liegt das einzig und allein daran,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass die Bundesregierung unter Helmut Kohl statt einer soliden Finanzierung leider nur eine Mogelpackung hinterlassen hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben ein klares Konzept zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur:

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

- Wir werden den Straßenbau mit Hochdruck vorantreiben. Deshalb steigt die Summe der Gesamtinvestitionen für den Straßenbau in Mecklenburg-Vorpommern von 723 Millionen DM im Jahr 1999 auf 737 Millionen DM in diesem Jahr an. Die Bundesfernstraßenmittel, die in dieser Legislaturperiode zur Verfügung stehen, sind fünfmal so hoch wie in der vorausgegangenen Legislaturperiode.
- Wir werden weiterhin die Hafeninfrastuktur ausbauen. Das vergangene Jahr hat gezeigt, es lohnt sich. Die Seehäfen in Mecklenburg-Vorpommern haben das 1999 mit einem Umschlagrekord beendet und sogar die höchste Umschlagsmenge aus DDR-Zeiten überboten.
- Und wir setzen natürlich auf eine Modernisierung der Gleisanlagen bei uns im Land, sei es im Hafen Rostock oder bei der Strecke Lübeck–Hagenow-Land–Stralsund.

Wenn sich wider Erwarten neue Konzepte für eine Transrapidstrecke über Schwerin ergeben sollten, dann werden wir diese Konzepte selbstverständlich gründlich prüfen. Die Reihenfolge aber muss klar sein: Erst müssen Konzepte auf den Tisch, Herr Seidel, dann können wir darüber reden.

(Beifall Siegfried Friese, SPD)

Und wenn die CDU über ungelegte Eier brüten will und dabei kräftig gackert, ist das ihre Sache. Seriöse Politik für unser Land ist das jedenfalls nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der PDS.

Peter Ritter, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will in meinem Redebeitrag nicht darauf eingehen, dass die Opposition den Ministerpräsidenten des Landes auffordert, gegen den Koalitionsvertrag zu verstoßen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ich will eher nochmals versuchen zu begründen, warum die PDS den Bau des Transrapid zwischen Hamburg und Berlin ablehnt,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

obwohl viele Argumente schon bei anderen Debatten zu dieser Problematik von uns geäußert wurden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Katzen gleich scheint der Transrapid sieben Leben zu haben. Den Katzen sollten wir diese Langlebigkeit gönnen, bei der Magnetbahn sollten wir solche Weitherzigkeit endlich beenden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Investiert wurden in diese Technologie bereits 2,2 Milliarden DM. Gestorben sind in den 80er Jahren bereits die Magnetbahnprojekte München–Hamburg, Hannover–Berlin, Düsseldorf–Köln.

Anfang der 90er Jahre wurden gesetzliche Grundlagen für den Bau der Strecke Hamburg–Berlin gelegt. Per Gesetz wurde zum ersten Mal ein Bedarf festgelegt, ob dieser nun besteht oder nicht. Im Magnetschwebbahnbedarfsgesetz heißt es im Paragraphen 1: „Es besteht Bedarf für den Neubau einer Magnetschwebbahnstrecke von Berlin nach Hamburg über Schwerin. Die Feststellung des Bedarfs ist für die Planfeststellung ... verbindlich.“ Ein wahrhaft „demokratisches“ Gesetzgebungsverfahren, meine ich. Um dieses Verfahren herum stiegen die Kosten Jahr für Jahr, bis schließlich die jetzige Bundesregierung sagte: Mehr als 6,1 Milliarden DM gibt es von uns nicht. Um dieses Verfahren herum wurden die Fahrgastprognosen Jahr für Jahr korrigiert. Von zunächst 15 Millionen Fahrgästen ist man in den jetzigen Berechnungen bei 8,5 Millionen Teilnehmern am Schwebverfahren im Jahr angekommen. Um dieses Verfahren herum wurden immer wieder neue Streckenführungen gesucht, mal zweispurig, mal einspurig, mal mit und mal ohne Haltepunkt in Schwerin.

Dieses Hin und Her, meine sehr verehrten Damen und Herren, das nun wahrlich nicht von den Gegnern des Transrapid organisiert wurde, ist nicht nur unsinnig, sondern kostet auch viel Geld.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Seit Regierungsübernahme von SPD und Bündnisgrünen wurde für die Transrapidstrecke in die Bundeshaushalte 1999 und 2000 rund 1 Milliarde DM eingestellt, und das, obwohl SPD und Bündnisgrüne die Fragwürdigkeit dieses Projektes schon einmal erkannt hatten und die Transrapidstrecke Hamburg–Berlin ablehnten. So jedenfalls steht es im Protokoll des Verkehrsausschusses des Bundestages vom 29. April 1998, als die SPD einem ent-

sprechenden Antrag der Bündnisgrünen zustimmte. Das allerdings, meine Damen und Herren, war vor der Wahl, aber es schadet ja nicht, ab und an daran zu erinnern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, anstatt jetzt über alle möglichen Hintertürchen nachzudenken, wie der Transrapid noch zu retten sei, sollte viel eher darauf gedrungen werden, das Magnetschwebbahnbedarfsgesetz aufzuheben, denn dieses Gesetz verpflichtet zum Bau der Strecke Hamburg–Berlin. Es untersagt sogar, wie bereits dargestellt, den Bedarf für diese Strecke zu hinterfragen, und lässt andere Referenzstrecken eigentlich nicht zu. Auch die Gelder werden erst mit Aufhebung dieses Gesetzes frei und könnten für andere auch für unser Land wichtige Infrastrukturvorhaben eingesetzt werden. Es wäre also sinnvoller gewesen, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, Sie hätten den Ministerpräsidenten aufgefordert, sich für die Aufhebung des Magnetschwebbahnbedarfsgesetzes einzusetzen. Dann hätte ich sogar mit Ihnen gestimmt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Antragsbegründung und bei vielen Wortmeldungen von Befürwortern in den letzten Tagen wird auch wieder das Wort „Hochtechnologie“ bemüht. Abgesehen davon, dass diese Hochtechnologie schon ein paar Jahre auf dem Buckel hat, schreibt der Wissenschaftliche Direktor des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung Professor Dr. Kreibich in einem Artikel in der „Zeit“ vom 27. Januar: „Dass das Parlament dem Magnetbahnbedarfsgesetz dennoch zugestimmt hat, lässt sich nur so erklären: Die Regierungsfaktionen CDU/CSU und FDP wollten ihre gescheiterte Innovations- und Beschäftigungspolitik durch Signale einer faszinierenden Technologie ... übertünchen; ... Leider lässt sich aber nicht einmal das Argument halten, dass die Strecke Berlin–Hamburg für den Durchbruch dieser Weltmarkttechnologie gebraucht würde. Es ist ja in all den Jahren nicht gelungen, auch nur eine einzige ernsthafte Kaufoption weltweit ausfindig zu machen.“ Weiter schreibt Professor Dr. Kreibich: „Auf dem Gebiet der Rad-Schiene-Technik liegen in Verbindung mit dem Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken die großen Chancen für wettbewerbsfähige Zukunftsprodukte.“ Darum, so der Herr Professor weiter, „sollten die Milliarden in Produktentwicklungen der Schnittstellen-, Leit-, Steuerungs- und Verladetechniken sowie in neue Logistiksysteme investiert werden. Solche Innovationen können für den Industriestandort Deutschland ein weltweiter Knüller sein.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich ist der Arbeitsplatzaspekt besonders in unserem Land nicht zu vernachlässigen. Aber allein der Bau der Transrapidstrecke Hamburg–Berlin würde bei der Bahn den Abbau von 1.000 Arbeitsplätzen mit sich bringen. Das Geld für andere Verkehrsprojekte eingesetzt, würde zumindest in der Bauphase genauso viele Arbeitsplätze bringen und vielleicht die neuesten Personalabbaupläne des neuen Bahn-Chefs dämpfen.

Der BUND Mecklenburg-Vorpommern legt in seinem „Zukunftsprogramm Schiene“ folgende Zahlen vor: Für 890 Millionen DM könnte die Strecke Berlin–Hagenow–Hamburg für eine Fahrzeit von 100 Minuten ausgerüstet werden. Für 500 Millionen DM könnte das Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit Nummer 1“ auf ein leistungsfähiges Doppelgleis gebracht werden. Für 150 Millionen DM könnte die Karniner Brücke wieder aufgebaut

werden und man könnte in zweieinhalb Stunden von Berlin nach Ahlbeck reisen.

Nun weiß ich sehr wohl, meine sehr verehrten Damen und Herren der CDU, dass Sie den Ausführungen des BUND sehr skeptisch gegenüberstehen. Daher noch einige Zahlen aus anderer Quelle: Im „Parlamentarierbrief“ der Deutschen Bauindustrie vom November 1999 heißt es unter der Überschrift „Verkehr schafft Arbeit“: „Nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung“ – das ist nun sicherlich keine PDS-nahe Stiftung – „schaffen bzw. erhalten 1 Milliarde an Investitionen in die Verkehrswege etwa 12.000 Arbeitsplätze, davon rund 5.800 in der Bauwirtschaft selbst.“ Also nicht nur der Transrapid schafft die dringend benötigten Arbeitsplätze. 1 Milliarde DM in Verkehrswege aller Art investiert, bringt 12.000 Arbeitsplätze. Der Transrapid soll vom Steuerzahler 6 Milliarden DM erhalten. Rechnen Sie nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, selbst aus, wie viel Arbeitsplätze das ausmachen könnte, und ziehen Sie dann Ihren Antrag zurück!

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren: Natürlich darf auch der Aspekt der Verkehrsanbindung, zum Beispiel der Landeshauptstadt Schwerin an Hamburg, nicht vernachlässigt werden. Gegenwärtig ist es aber so, dass auf der Strecke Güstrow–Hamburg über Schwerin täglich 17 Zugpaare fahren, sieben davon ab Bützow als Interregio, einer davon ab Bützow als IC. Im Vergleich zu anderen Regionen ist dies ein relativ gutes Angebot auf dieser Strecke. Stellen wir uns dann vor, dass alle im Jahr Geld für ihre Fahrkarte ausgeben und dann mit dem Trara zwischen Hamburg und Schwerin fahren. Wie viele normale Züge würden dann auf dieser Strecke noch fahren? Ein Aus für den normalen Zugverkehr und die Abbestellung dieser Strecke wären vorprogrammiert. Nun werden aber nicht alle so viel Geld aufbringen, um sich eine Fahrkarte für den Transrapid zu kaufen. Die Folge ist, dass weder der Transrapid noch der normale Zug das notwendige Fahrgastaufkommen mit sich bringen wird. Sinnvoll erscheint es mir also, in die vorhandenen Strecken, Fahrzeuge und Serviceleistungen zu investieren und so die Bahn als Alternative attraktiv zu machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als dieser Tage bekannt wurde, dass der Fahrkartenschalter auf dem Malchiner Bahnhof geschlossen wird, fragte mich eine Bürgerin aus Malchin: Was habe ich dann davon, wenn der Transrapid für viel Geld gebaut wird? Ich wäre Ihnen dankbar, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie diese Frage heute noch beantworten könnten. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Ministerpräsident, mit dieser Art und Weise, mit der Sie sich hier aus der Verantwortung abmelden, stellen Sie Ihrer Landesregierung schlicht ein Armutszeugnis aus und bezeichnend ist, dass nicht mal der Wirtschafts-

minister anwesend ist, wenn ein solches Thema diskutiert wird.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD –
Siegfried Friese, SPD: Geben Sie klare
Antworten, Herr Born, nicht Polemik!
Das ist doch Polemik!)

Offensichtlich darf der Wirtschaftsminister an dieser Debatte nicht teilnehmen, weil er sonst diesen Eiertanz, den Sie hier in den letzten Wochen vorgeführt haben, auch noch vor dem Parlament fortsetzen müsste.

(Siegfried Friese, SPD:
Wir warten auf Ihren Eiertanz.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Friese, Sie verhalten sich schlicht so wie die Bürger von Hagenow vor einhundert Jahren. Sie sind damals dem Bau der Eisenbahn als Teufelswerk entgegengetreten und deshalb ist der Bahnhof heute noch mehrere Kilometer von der Stadtgrenze entfernt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Ja, das ist schlicht so. Mit der einzigartigen, weltweit mit größtem Interesse verfolgten Hochtechnologie, ich erinnere nur an den Besuch des Bundeskanzlers Schröder in China, der Magnetschwebebahn Transrapid, würden nicht nur während der Bauphase rund 7.000 Menschen für mehrere Jahre in Lohn und Brot gebracht,

(Zuruf von Kerstin Kassner, PDS)

durch die Streckenführung Hamburg–Berlin würden nicht nur die beiden großen deutschen Metropolen miteinander im 20-Minuten-Takt verbunden, sondern durch den vorgesehenen Haltepunkt Schwerin würde das Land Mecklenburg-Vorpommern in einzigartiger Weise in diesen Verkehrsstrom hineingenommen.

(Angelika Gramkow, PDS: Und das haben
Sie vom Parchimer Flughafen gesehen.)

Die Impulse für Innovation und Wirtschaftswachstum für den Arbeitsmarkt und die gesamte Entwicklung des Landes sind gar nicht hoch genug einzuschätzen, darauf hat Herr Seidel vorhin hingewiesen. Ein derartiges Projekt kann aber eben nur realisiert werden, wenn die Verantwortlichen in Bund und Land sich ohne Wenn und Aber und ohne kleinkarierte Erbsenzählerei zu ihm bekennen.

(Caterina Muth, PDS:
Mit immer steigenden Kosten.)

Von allein bekommt man solche Dinge eben nicht realisiert, sonst brauchen wir überhaupt keine Landesregierung mehr, wenn Sie selbst bei solchen Zukunftsprojekten meinen, es geht auch alles ohne Sie.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Caterina Muth, PDS: Egal, wie teuer sie sind.)

Doch sowohl rot-rote Landesregierung wie rot-grüne Bundesregierung machen genau das Gegenteil. Sie versuchen mit geradezu an den Haaren herbeigezogenen Kosten-Nutzen-Analysen die angebliche Unwirtschaftlichkeit dieses Zukunftsprojektes zu belegen. Tatsache ist, dass der Bau der Transrapidstrecke keineswegs teurer käme als der Bau einer entsprechenden ICE-Strecke. Dabei muss man allerdings berücksichtigen, dass zwischen Hamburg und Berlin keine Steigungen zu überwinden sind. Sobald das Gelände etwas weniger eben ausfällt, liegen die Herstellungskosten einer ICE-Strecke

deutlich über denen einer Transrapidstrecke. Dass das niemand so deutlich öffentlich sagt, hat einen ganz einfachen Grund: Die Strecke Hamburg–Berlin wäre auch für die Deutsche Bahn AG aufgrund des hohen Fahrgastaufkommens durchaus eine ausgesprochen gewinnbringende Filetstrecke. Die Deutsche Bahn AG ist aber nicht nur Gesellschafter der Magnetschwebbahnplanungsgesellschaft, sondern soll auch nach der bisherigen Konzeption für den Betrieb des Transrapids auf der Strecke Hamburg–Berlin verantwortlich sein.

Während der heutige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG Mehdorn noch im November vergangenen Jahres die zögerlichen Entscheidungsabläufe bei der Realisierung des Transrapids kritisierte – da war er allerdings noch bei einem anderen Unternehmen tätig und meinte, der Airbus würde bis heute noch nicht gebaut, wohlgemerkt der kleine, nicht der A3XX, den Sie auch verspielt haben,

(Ministerin Sigrid Keler:
Oh, jetzt wird's aber schlimmer.)

wenn man entsprechend zügig wie beim Transrapid verfahren wäre –, gebärdet er sich heute neben der roten Landesregierung in Schwerin als der eigentliche Chefbremsen dieser weltweit einzigartigen Zukunftstechnologie.

(Peter Ritter, PDS: Vielleicht hat er auch bloß nachgerechnet.)

Ich freue mich, dass jetzt die Abgeordnete Frau Keler kommt, dann kann sie ja besser zwischenrufen als von der Regierungsbank.

(Sigrid Keler, SPD: Ja, Ihre unmöglichen Reden, die Sie hier halten, kann man nicht mehr unkommentiert lassen. – Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte doch hier auch um Sachlichkeit.

(Sigrid Keler, SPD: Die Sachlichkeit müsste vor allen Dingen von diesem Herrn mal kommen.)

Dr. Ulrich Born, CDU: Dass Sie offensichtlich ...

(Sigrid Keler, SPD: Wir können uns ja mal die Reden ansehen, die er hält. – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Keler, das Wort hat Herr Dr. Born. Bitte, Herr Dr. Born.

(Sigrid Keler, SPD: Wenn Sie sagen, den A3XX verspielt zu haben, dann ist das eine Frechheit! – Lorenz Caffier, CDU: Haben Sie sich denn zu Wort gemeldet? Sie können gern Redezeit haben.)

Herr Dr. Born, Sie haben das Wort.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin, ich werde versuchen fortzufahren. Ich weiß, dass es einigen schwer fällt, andere Meinungen auch nur anzuhören, geschweige denn sich damit auseinander zu setzen, und es ist nun mal eine Tatsache, dass es diese Landesregierung als großen Erfolg ansieht, überall international den Standort Rostock/Laage präsentiert zu haben. Aber ich frage Sie mal, wo der A3XX gebaut wird, vielleicht in Rostock oder woanders. Und dass er hier nicht gebaut wird, das haben Sie und die Bundesregierung ganz entscheidend mit zu verantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Abgesehen davon, dass mit einem Bauvolumen von täglich circa 5 Millionen DM die Realisierung der weltweit ersten Transrapidstrecke zwischen Berlin und Hamburg für mehrere Jahre die größte Einzelbaumaßnahme Deutschlands entstehen würde, wären die Vorteile einer Realisierung dieses Projektes für Umwelt, Wirtschaft und Infrastruktur in Deutschland und Europa gar nicht hoch genug einzuschätzen. Der Energiebedarf des Transrapids beträgt pro beförderter Person nur ein Viertel des Energiebedarfs eines Flugzeuges und die Hälfte des Energiebedarfs eines Pkws.

(Reinhardt Thomas, CDU: Deswegen wurde er auch von den Grünen abgelehnt.)

Die Betriebskosten liegen bei etwa 0,04 DM pro Sitzplatz und Kilometer inklusive Instandhaltung.

Entlang der Strecke gibt es keinerlei Schadstoffmissionen. Die Vorbeifahrgeräusche liegen deutlich niedriger als bei Bahn- und Kfz-Schallmissionen. Bei 250 Kilometern in der Stunde sind sie geringer als bei einer S-Bahn mit circa 80 Kilometern in der Stunde. Aufgrund der vorhandenen Umgebungsgeräusche wird der Transrapid bei der Einfahrt in Städte als Lärmquelle nicht mehr wahrgenommen, ebenso wenig Fahrgeräusche bei Tempo 400 bei der projektierten Trassenanbindung an die Autobahn. Die Fahrwerkführung zerklüftet nicht die Landschaft, sondern passt sich dem Geländeverlauf an und beeinträchtigt so Menschen, Tiere und Natur weitaus geringer als eine ICE-Strecke. Der Flächenbedarf für den Fahrweg ist deutlich geringer als bei anderen Verkehrssystemen, das heißt, es ist damit auch eine geringere Flächenversiegelung verbunden.

Aufgrund der großen Steigfähigkeit von bis zu zehn Prozent und extrem engen Kurvenradien kann auf umfangreiche Sonderbauwerke wie Tunnel und Brücken verzichtet werden. Da das gesamte Tragführungssystem keinerlei mechanisch arbeitende Teile enthält, sondern vielmehr als elektromagnetisches Schwebesystem berührungsfrei ausgelegt ist, gibt es keinerlei mechanische Abnutzungserscheinungen. Damit ist der Transrapid auch das wohl sicherste Verkehrsmittel überhaupt. Der Transrapid ist das ideale Transportmittel für Lang- und Mittelstrecken auf Kontinenten. Den erheblichen Belastungen, die der innereuropäische Flugverkehr insbesondere für die Umwelt bedeutet, enorme Geräusch- und Schadstoffmissionen, schwebt der Transrapid davon.

Eine weitere Verzögerung der Realisierung des Transrapidprojekts ist deshalb im höchsten Maße unverantwortlich. Eine derart fortschrittliche Technologie lässt sich auf Dauer nicht aufhalten, trotz einer solchen Landesregierung.

(Caterina Muth, PDS: Will ja auch gar keiner.)

Nur wenn wir es in Deutschland nicht schaffen, endlich eine leistungsfähige Referenzstrecke zu bauen und zu präsentieren, wird die zwar technologisch weit weniger bestechende,

(Reinhard Dankert, SPD:
Hätte schon längst fertig sein können.)

aber immerhin auch einsatzbereite japanische Schwebetechnologie weltweit das Rennen machen. Damit hätten wir auf Jahrzehnte eine einzigartige Zukunftschance für Deutschland verspielt.

(Peter Ritter, PDS: Mensch, Herr Born, Sie hätten die Strecke ja schon längst bauen können.)

Geradezu grotesk ist es, in diesem Zusammenhang die Frage zu diskutieren, ob sich die Strecke Hamburg–Berlin vom ersten Tag an rundherum wirtschaftlich rechnet. Man stelle sich einmal vor, bei der herkömmlichen Eisenbahn würde ein solcher Maßstab angelegt. Wie viele wirtschaftliche Strecken blieben wohl noch übrig? Selbst wenn man ausschließlich Kosten im Blick hat, spricht alles für den Transrapid. Der Fahrweg Hamburg–Berlin kostet rund 8 Milliarden DM, die ICE-Hochgeschwindigkeitsstrecke, die mit der veralteten Radschiententechnik eine Höchstgeschwindigkeit von gerade mal 300 Kilometern in der Stunde statt 500 Kilometern in der Stunde beim Transrapid erreicht, kostet im Abschnitt Köln–Frankfurt sage und schreibe 10 Milliarden DM. Wenn statt der prognostizierten 14,5 Millionen lediglich 8,5 Millionen Fahrgäste im Jahr transportiert würden, reichte dies aus, um den Transrapid auf der Strecke Hamburg–Berlin bei Betriebskosten in Höhe von 250 Millionen DM jährlich wirtschaftlich zu betreiben.

Übrigens sind von 1970 bis heute rund 2,2 Milliarden DM für Forschungs- und Entwicklungskosten des Transrapid einschließlich der Versuchsanlage im Emsland in Niedersachsen aufgewandt worden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das war einfach weg.)

Auch diese Mittel sollen offenbar schlicht durch den Schornstein gejagt worden sein.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Aber vordergründig und in erster Linie kommt es bei der Realisierung einer ersten Transrapidstrecke nicht darauf an, eine Vielzahl von Personen gewinnbringend zu transportieren, obwohl außer Frage steht, dass auch die Strecke Hamburg–Berlin schon mittelfristig durchaus wirtschaftlich betrieben werden kann. Dringend notwendig ist es, endlich eine Referenzstrecke für eine Zukunftstechnologie auszuweisen und damit den Grundstock für ein weltweites Transrapidnetz zu schaffen. Würde stattdessen die veraltete Radschiententechnik auf einer ICE-Strecke zwischen Hamburg und Berlin zum Einsatz kommen, wäre ganz nebenbei das Land Mecklenburg-Vorpommern im wahren Sinne des Wortes abgehängt. Die dafür vorgesehene Streckenführung würde in einem Abstand von 130 Kilometern das nördliche Bundesland links liegen lassen. Die rückständigen und technologiefeindlichen Kräfte in Bund und Land sind drauf und dran, erneut ein Stück Zukunft unseres Landes zu verspielen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, es dürfte weltweit wohl kein anderes Land geben, das so leichtfertig Zukunftschancen in den Wind schreibt wie rot-rote und rot-grüne Politiker in Deutschland.

(Beifall bei der CDU –
Sigrid Keler, SPD: Ach, ach!)

Und da Sie ja, verehrte Frau Finanzministerin, die Wahrheit so gepachtet haben ...

(Heiterkeit bei Sigrid Keler, SPD:
Ja Sie! Ihre Rede war's doch eben!)

Sehr verehrte Frau Keler, wie viel schallende Ohrfeigen muss sich eine Landesregierung eigentlich öffentlich bei Jahresempfängen von denen, die wirklich Ahnung davon haben,

(Beifall bei der CDU –
Heiterkeit bei Sigrid Keler, SPD: Von
Herrn Liesberg, von Herrn Liesberg?!)

noch verpassen lassen, bis Sie überhaupt mal in der Lage sind zuzuhören, verehrte Frau Keler?

(Peter Ritter, PDS: Die Bundesregierung hätte das Ding doch längst gebaut, wenn es so gut ist.)

Denn Ihre Beiträge bestehen darin, bei ernsthaften Argumenten andere auszulachen. Das ist für eine Ministerin ein sehr bemerkenswertes Verhalten, dass Sie ständig nur lachen, wenn Argumente vorgetragen werden.

(Sigrid Keler, SPD: Wenn Sie die Rede von Herrn Liesberg ansetzen, führen Sie sich selbst ad absurdum.)

Und dann lesen Sie mal das, was heute zehn Industrie- und Handelskammern in Deutschland und in den Niederlanden dazu sagen – zehn Industrie- und Handelskammern! Meinen Sie eigentlich, die sind alle schlicht bescheuert?!

(Sigrid Keler, SPD: Nein, alle nicht.)

Nein? Das ist sehr schön. Dann nehmen Sie das bitte mal zur Kenntnis, was die sagen!

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Die fordern nämlich auf, dass nun endlich diese Strecke gebaut wird, damit europaweit das Transrapidnetz verwirklicht werden kann.

(Gerd Böttger, PDS:
Dann soll er es auch bezahlen.)

Die weisen zu Recht darauf hin, dass sich die Japaner mit einer schlechteren Technologie

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

politisch zehnmal klüger verhalten, als es diese Landesregierung zu tun überhaupt imstande ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Gerloff von der Fraktion der SPD.

Claus Gerloff, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Sie kennen die Mehrheitsposition der SPD-Fraktion zum Bau des Transrapids zwischen Hamburg und Berlin.

(Harry Glawe, CDU: Leider.)

Sie wissen auch, dass einzelne Abgeordnete unserer Fraktion hierzu eine abweichende Meinung haben. Die Einstellung zur Magnetschwebetechnik als eine innovative und faszinierende Verkehrstechnik ist dagegen mehrheitlich positiv. Viele von uns haben die Versuchsanlage in Lathen getestet, von Technikfeindlichkeit also keine Spur.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und PDS ist die Ablehnung des Transrapids formuliert. Diese Vereinbarung zwischen den Koalitionspartnern und die entsprechenden öffentlichen Äußerungen vieler Landespolitiker haben ganz sicher als Signale aus dem Bundesland

Mecklenburg-Vorpommern zur politischen und öffentlichen Meinungsbildung beigetragen. Doch wir sollten unseren Einfluss auch nicht überschätzen. Ich bin sicher, dass zum heutigen Zeitpunkt die Entscheidung über den Transrapid Hamburg–Berlin ohne neuerliche Kommentare aus Mecklenburg-Vorpommern getroffen wird. Ganz im Gegenteil, die noch heute als nahezu unlösbar verbliebenen Probleme zwischen den Akteuren der Erstanwendungsstrecke Hamburg–Berlin, also zwischen Politik, Wirtschaft und Deutsche Bahn AG, waren von vornherein, faktisch als Geburtsfehler des Vorhabens, vorhanden und haben das Vorhaben in einer endlosen kontroversen Diskussion begleitet. Die vereinbarte Mischfinanzierung zwischen dem Bund und privaten Investoren ist inkonsequent. Verkehrsinfrastruktur, also die Errichtung von Straßen, Bahnanlagen, Häfen und Großflughäfen, ist in der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich Sache der öffentlichen Hand. Beim Transrapid dürfte es nicht anders sein. Schließlich ist der Transrapid ein spurgeführtes öffentliches Verkehrsmittel ebenso wie die Eisenbahn. Der Bund hat die Finanzierung des Fahrweges auf 6,1 Milliarden DM begrenzt. Dieser Betrag ist eine aus der Luft gegriffene Größe. Sie wurde vom damaligen Verkehrsminister Wissmann ohne einen ausreichenden Planungsvorlauf fixiert

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

und von der jetzigen Bundesregierung übernommen.

Da eine Anpassung der Finanzierung an den heutigen Erkenntnis- und Kostenstand vom Bund abgelehnt wird, ist der Konflikt unvermeidlich. Dabei ist der Transrapid gar nicht zu teuer. Die bisher in Deutschland gebauten ICE-Strecken haben einen Betrag von 34 bis 47 Millionen DM pro Kilometer vom Bund erhalten. Der Transrapid erhält vom Bund nur 20 Millionen DM pro Kilometer. Da liegt also ein wesentliches Problem dieses Streitpunktes von Anfang an.

Die Wirtschaft und weitere private Investoren finanzieren in Anlehnung an andere Verkehrsträger die verkehrstechnische Komplettierung und die Fahrzeuge, das kann auch nicht anders sein. Betreiber der Magnetschwebbahn Hamburg–Berlin soll die Deutsche Bahn AG sein und das ist der eigentliche Pferdefuß. Die Deutsche Bahn AG befindet sich in Konkurrenz zu ihrer eigenen Bahntrasse zwischen Hamburg und Berlin, deren Fahrgäste, so diese dann nicht anderweitig mobil sind, der DB AG ohnehin ausgeliefert sind. Das größte Problem ist jedoch das Betreiberisiko, also das Risiko für die Verkehrsprognose, die Betriebskosten und damit die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens unter Maßgabe einer vereinbarten Refinanzierung des Fahrweges. Diese Risiken sollen bisher allein der Bahn auferlegt werden und damit schließlich allen Bahnreisenden in Deutschland und letztlich dem Steuerzahler. Das geht so nicht. Hier ist gleichfalls das Herstellerkonsortium, also Thyssen-Krupp, Siemens und Adtranz, gefordert.

Die Wirtschaft stellt sich mit einer hochmodernen Verkehrstechnik auf der Erstanwendungsstrecke Hamburg–Berlin dem weltweiten Wettbewerb. Sie erhält für das Produkt Magnetschwebetechnik von der Entwicklung bis zur Inbetriebsetzung eine weitgehende staatliche Unterstützung. Aber ohne eine eigene Risikobeteiligung durch die Wirtschaft sehe ich den Transrapid für unser Land tatsächlich entschwinden.

(Georg Nolte, CDU: Nach Nordrhein-Westfalen.)

Wir kommen deshalb nicht umhin, über diesen Worst Case nachzudenken. Jahrelang haben wir über die Chance gestritten, ob wir mit der weltweit innovativsten Verkehrstechnologie die westmecklenburgische Region erschließen und an die Metropolen Hamburg und Berlin anbinden wollen oder nicht. Noch gibt es diese Chance, endlich die Fehlentscheidung des Großherzogs aus dem Jahre 1841 wettmachen zu können, der damals in gleicher Relation eine Eisenbahnführung über Schwerin verhindert hat. Vielleicht war sogar er insgeheim vom neuen dampfschnaubenden Stahlross begeistert, aber seinen geruhsamen Kreisen sollte sich diese Entwicklung lieber nicht nähern. Auch heute besteht die Gefahr, Hightech an Bahntechnik zu verpassen und bei dritt- oder viertklassigen Bahnen zu landen – kein Transrapid im Land, kein ICE, kein IC. Was wir bis jetzt haben, sind Mogelpackungen auf dieser Strecke. Uns bleiben einige wenige Interregioverbindungen.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Nach der Konzeption der Deutschen Bahn AG sollen diese auch abgebaut werden, ansonsten also nur Schienenpersonennahverkehrsangebote in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist keine Schwarzmalerei. Fast täglich lesen oder hören wir Kritik an den unzureichenden durchgehenden Verbindungen auf den wichtigsten Fernstrecken unseres Landes, ob das nun die Verbindung Rostock–Berlin ist, Schwerin–Berlin oder andere. Wir müssen uns klarmachen, dass nach der Unternehmensstrategie der Deutschen Bahn AG Mecklenburg-Vorpommern im Fernverkehr nicht interessant ist. Es fehlen die Menschen, also Fahrgastzahlen entsprechender Größenordnung. Aber darauf abgestimmte kapazitätsflexible Angebote gibt es seitens der DB AG auch nicht.

Anstelle des Transrapids Hamburg–Berlin wird oft von einer ICE-Lösung gesprochen. Aus unserer Sicht müsste dies zumindest die Strecke Hamburg–Ludwigslust–Wittenberge–Berlin sein und nicht etwa die Trasse über Uelzen–Stendal. In Ludwigslust werden wir einen Regelhalt für ICT-Züge – das sind diese hochmodernen Züge in Weiterentwicklung der bisherigen IC-Traktion –, die bis zu 230 Kilometer pro Stunde fahren, kaum durchsetzen können. Eine direkte Einbindung der Landeshauptstadt Schwerin in die Relation Hamburg–Berlin wäre ohnehin passé.

Auf das Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit Nummer 1“, die Eisenbahnstrecke Lübeck–Hagenow–Land–Rostock–Stralsund, möchte ich heute nicht eingehen. Unsere Position hierzu ist bekannt.

Eine weitere berechtigte Forderung besteht aber darin, die Ertüchtigung folgender Strecken für Geschwindigkeiten von 160 Kilometern pro Stunde in den nächsten Bundesverkehrswegeplan verbindlich aufzunehmen. Ich meine die Strecken Berlin–Neustrelitz–Rostock und Berlin–Pasewalk–Stralsund. Diese beiden Trassen können in Fortführung nach Skandinavien zu einer wettbewerbsfähigen Alternative zum Konzept einer festen Landverbindung über den Fehmarnbelt entwickelt werden.

(Reinhard Dankert, SPD: Sehr richtig.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, uns bleibt also über die Entscheidung zum Transrapid hinaus sehr viel für die Verkehrsinfrastruktur in unserem Land zu erstreiten.

Doch jetzt zum vorliegenden CDU-Antrag auf Drucksache 3/1055. Die SPD-Fraktion wird bis auf wenige Ausnahmen diesem Antrag die Zustimmung verweigern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Gerloff.

Das Wort hat jetzt noch mal der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Born hat mich gereizt, hier noch einmal in die Bütt zu treten. Er hat ja praktisch wie ein religiöser Eiferer hier gesprochen

(Siegfried Friese, SPD: Ja, so ist er halt nun mal.)

für den Transrapid. Unter Umständen, das ist ja auch möglich, ist vielleicht die Gesellschaft Ihr Mandatar, dann verstehe ich dieses leidenschaftliche Plädoyer auch. Aber, Herr Dr. Born, Sie haben eine Frage nicht beantwortet, die ich an Sie, an die CDU, gerichtet habe. Diese Frage lautete: Was halten Sie davon, wenn diese ganzen Vorzüge da sind, die Sie beschrieben haben, wenn Sie auch wieder Äpfel mit Birnen verglichen haben? Man kann den Bau eines Streckenkilometers im dichtbesiedelten Ruhrgebiet natürlich nicht mit den Baukosten eines Streckenkilometers im dünnbesiedelten Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg vergleichen. Einer Frage sind Sie ausgewichen: Welche Verpflichtungen hätte die Industrie, wenn es das Zukunftsprojekt

(Reinhardt Thomas, CDU: Wozu haben wir dann eine Regierung, die das beantwortet?)

das Industrieprojekt ist, das es überhaupt gibt? Wenn die Vorteile so sind, wie Sie sie nennen, Herr Dr. Born, dann würde doch jeder Konzern sagen, wir machen das, obwohl die Politiker nicht bereit sind, mehr Geld als die 6,1 Milliarden DM zu geben.

Und einen interessanten Aspekt hatte Ihre Rede noch: Sie haben gesagt, es kommt auf die Wirtschaftlichkeit bei einem so modernen Projekt überhaupt nicht an.

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler: Ja. – Dr. Ulrich Born, CDU: Im ersten Jahr.)

Sie haben gesagt, es kommt überhaupt nicht drauf an. Das ist ein Pilotprojekt, davon wurde auch von Ihrer Seite gesprochen. Ich frage Sie aber: Warum hat sich die CDU-geführte Bundesregierung denn immer so viel Mühe gegeben, dieses Projekt als wirtschaftlich hinzustellen, und warum haben Sie mit Zahlen operiert, die der Realität nicht standhalten? Wer einmal lügt – da gibt es so ein gewisses Sprichwort, Herr Dr. Born –, dem traut man nicht mehr so sehr. Können wir dem denn trauen, was Sie hier vorgetragen haben, wenn Sie sich ursprünglich so viel Mühe gegeben haben, die Wirtschaftlichkeit dieses Projektes vorzurechnen? Ich denke, hier sind noch einige Fragen offen und Sie sollten etwas solider und sachlicher mit dem Thema umgehen. Es ehrt uns im Übrigen, wenn Sie der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern so viel Einfluss auf Industrie und Politik in Europa zuschreiben, dass wir auch letzten Endes entscheiden, wie ein Konsortium, beispielsweise das Airbus-Konsortium, zu entscheiden hat. Es ehrt uns. Machen Sie weiter so, dass Sie uns so viel Einfluss zutrauen, Herr Dr. Born.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Seidel?

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Ja gern, Herr Seidel.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Seidel.

Jürgen Seidel, CDU: Herr Ministerpräsident, ich will ja gern gestehen, dass es Fragen gibt, die man auch diskutieren muss, aber jetzt bitte ich Sie mal, sich zu fragen,

(Reinhard Dankert, SPD:
Nein, Sie sollen ihn fragen.)

ob Sie sich vorstellen können ... oder ich würde fragen, so ist es ja richtig. Jetzt will ich Sie fragen, ob Sie sich vorstellen können, dass es vielleicht auch wenig Spaß macht, mit jemandem über ein Projekt zu diskutieren, das er definitiv in einer Koalitionsvereinbarung ablehnt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. So ist es.)

ein Projekt, was ja nicht irgendetwas ist, sondern was in Mecklenburg-Vorpommern in Größenordnungen Leistungsanteile bringen könnte. Können Sie sich vorstellen, dass es da auch wirklich nicht viel Spaß macht zu diskutieren?

(Reinhard Dankert, SPD: Ja, Ihnen scheint es ja Spaß zu machen.)

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Herr Abgeordneter Seidel, ich habe Ihnen klargemacht, welche Aufgaben das Land hatte und welche Aufgaben das Land erfüllt hat. Ich habe immer wieder deutlich gemacht, dass für die Entwicklung des gesamten Landes andere Verkehrsprojekte wichtiger sind als der Transrapid. Der Transrapid, das habe ich auch schon öfter gesagt, hat zweifellos eine große Bedeutung für die Region Schwerin, obwohl ich die Zahlen der Passagiere, die von hier aus einsteigen und fahren, nach wie vor bezweifle, die man genannt hat.

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Ja, ja, 14.000 am Tag. Das war die Zahl und bei den ersten Zahlen, die vorgelegt wurden, hat der Sohn eines Staatssekretärs, der noch in die Schule ging, ausgerechnet, dass der Transrapid weit über 400 Tage im Jahr voll besetzt fahren müsste, um die angegebene Passagiermenge zu befördern. Also solche simplen Fehler waren da gemacht worden.

Also, Herr Seidel, glauben Sie mir, Schleswig-Holstein hat geklagt gegen dieses Projekt und die Planungen sind gelaufen. Glauben Sie nicht, dass Mecklenburg-Vorpommern das entscheidende Rädchen bei diesem Transrapid war?

(Wolfgang Riemann, CDU:
Aber ein Rädchen, ein Rädchen!)

Die Tendenzen im Konsortium waren seit langem ziemlich klar. Man sucht nur den schwarzen Peter, um seinen Rückzug begründen zu können. Und wir können einfach nicht so verantwortungslos mit Geld umgehen, wie es einige tun, denen die Herkunft des Geldes völlig egal ist, wenn sie praktisch ihre Vorstellungen realisieren können. Wir haben verantwortungsbewusst auch mit Geldern oder gerade mit den Geldern des Steuerzahlers umzugehen und ich bitte Sie, Herr Seidel, noch mal an die Industrie zu appellieren, angesichts dieses Jahrtausendprojektes, wie es hingestellt wurde von Dr. Born, dann doch etwas mehr für die Finanzierung zu tun, als sie bisher bereit ist zu tun.

Im Übrigen wird in allen anderen Bereichen für einen Rückzug des Staates plädiert. Wir reden auch über Privatisierung von Autobahnen, wir haben das erste privat finanzierte Verkehrsprojekt von Mecklenburg-Vorpommern in Rostock. Und ausgerechnet hier, bei dem Projekt, das so viel Profit verspricht nach allen Aussagen, die wir hören, wird nach mehr Geld des Steuerzahlers verlangt. Ich glaube, hier sollte man etwas redlicher sein in der Diskussion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt noch mal der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Muss das sein?)

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Bretschneider stellt die Frage: Muss das sein? Frau Bretschneider, wir sind im Parlament, und das zeichnet sich durch Rede und Gegenrede aus.

Herr Dr. Ringstorff, gestatten Sie mir zunächst eine persönliche Bemerkung. Ich schätze es durchaus, wenn Sie sich als Abgeordneter auch scharfzüngig und polemisch mit der Opposition auseinandersetzen. Nur wenn Sie als Ministerpräsident sprechen, dann bitte ich Sie doch zu überlegen, ob es wirklich angemessen ist, einem Abgeordneten dieses Hauses zu unterstellen, dass er möglicherweise wirtschaftliche Interessen hat, wenn er sich hier für ein Projekt einsetzt. Sie hatten ja gesagt, vielleicht Mandatar.

(Zuruf von Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff)

Oder wenn Sie auch in diesem Zusammenhang das Wort Lüge gebrauchen und es ebenfalls so in den Raum stellen, dass möglicherweise das, was man hier sagt, nicht der eigenen Überzeugung entspricht – ich denke, Herr Ministerpräsident, Sie sollten nicht Ihre eigenen Argumente durch solche Unterstellungen entwerten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich will Ihnen das noch mal zitieren, was ich eben genau zu dem Punkt der Wirtschaftlichkeit gesagt habe. Ich habe gesagt, vordergründig und in erster Linie kommt es bei der Realisierung einer ersten Transrapidstrecke nicht darauf an, eine Vielzahl von Personen Gewinn bringend zu transportieren, obwohl außer Frage steht, dass auch die Strecke Hamburg–Berlin schon mittelfristig durchaus wirtschaftlich betrieben werden kann. Ich habe Ihnen dann auch die Zahlen im Einzelnen genannt.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Und, Herr Ministerpräsident, wenn es Ihnen schwer fällt, was ich auch nachvollziehen kann, dass Sie Argumente der Opposition, noch dazu in öffentlicher Debatte, aufgreifen, und vielleicht auch noch sagen, wir sollten doch noch mal das eine oder andere überdenken, dann meine ich, wäre es aber doch angemessen, dass Sie nach einer Rede wie von Ihrem Fraktionskollegen Gerloff, der ja nun wirklich über Sachverstand im Zusammenhang mit Verkehrsfragen verfügt, überlegen, ob das wirklich nur alles Unfug ist, was von einem solchen Kollegen vorgebracht wird oder was Ihr eigener Wirtschaftsminister dazu öffentlich erklärt, heute in der Debatte bezeichnenderweise nicht.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie dann sagen, wir sind ein so kleines Rädchen – so bescheiden kenne ich Sie übrigens sonst gar nicht, wie Sie jetzt hier gerade tun –

(Siegfried Friese, SPD: Ist er auch nicht, ist er auch nicht!)

dass wir das nicht beeinflussen können, dann muss ich Ihnen sagen, Herr Ministerpräsident, schauen Sie doch mal in den Kreis Ihrer sozialdemokratischen Kollegen! Da gibt es fast alle sozialdemokratischen Kollegen, die die Chancen des Transrapid erkannt haben und sich jetzt intensiv bemühen dafür zu sorgen, dass dieses Projekt eben nicht unter Einbindung des Landes Mecklenburg-Vorpommern realisiert wird, sondern auf anderen Strecken. Glauben Sie, die tun das nur, weil das eine verrückte Idee ist, oder meinen Sie nicht, dass die das tun, weil sie aus Verantwortung für Ihr Land sehen, welche Zukunftschancen sich mit einer solchen Technologie verbinden?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig!)

Ich zitiere Ihnen eine dpa-Meldung von 11.07 Uhr: Insgesamt zehn deutsche und niederländische Industrie- und Handelskammern haben sich für den Bau einer Transrapidverbindung zwischen Amsterdam und Berlin über Oldenburg und Bremen ausgesprochen. In einer am Donnerstag veröffentlichten gemeinsamen Erklärung heißt es: Nach niederländischen Planungen solle zwischen Amsterdam und Groningen eine Hochgeschwindigkeitsstrecke mit dem Transrapid entstehen. Es sei daher sinnvoll, die Transrapidverbindung nach Hamburg weiterzuführen und sie dort an die geplante Verbindung Hamburg–Berlin anzuknüpfen. Ein Vorschlag des niederländischen Regierungschefs Sigmar Gabriel – nun frage ich mich, ob der nun Ministerpräsident unseres Landes ist oder Sie – findet die Unterstützung der deutschen und niederländischen Wirtschaftsorganisation, heißt es. Unterzeichnet ist die Erklärung auf holländischer Seite von den Kammern in Amsterdam, Flevoland, Friesland und Groningen, auf deutscher Seite von den Kammern in Bremen, Bremerhaven, Emden, Hamburg, Oldenburg und Stade.

Verehrter Herr Ministerpräsident, vielleicht, wenn Sie es hier auch nicht öffentlich tun, gehen Sie doch noch mal in sich und setzen sich mit diesen Argumenten auseinander! Ich denke, das sind alles Leute, die es verdient haben, dass sie ernst genommen werden, auch von dem Ministerpräsidenten eines Landes, das nun nicht gerade sehr strukturstark ist

(Sylvia Bretschneider, SPD: Machen Sie doch nicht wieder solche Unterstellungen, Herr Born!)

und dringend auf Unterstützung von außen angewiesen ist und dringend darauf angewiesen ist, dass hier ein Projekt realisiert wird, was wirklich Zukunftschancen für das Land bringt. Und, Herr Ministerpräsident, ich denke, es wäre in der Tat sinnvoll, nicht nur zu sagen, wir können daran nichts ändern wie es läuft, sondern dass Sie auch mal Ihre internen Kontakte nutzen, um die Bundesregierung dazu zu bringen, hier über ihren Schatten zu springen.

Ich will auf zwei Punkte nur noch ganz kurz hinweisen: Das eine ist, was Kollege Gerloff deutlich gemacht hat, dass jede ICE-Strecke wesentlich stärker öffentlich gefördert wird,

(Reinhard Dankert, SPD: Ja, warum denn nicht?)

als es beim Transrapid der Fall ist. Und das Zweite, da gebe ich Ihnen gern Recht, ich habe damit kein Problem im Gegensatz zu Ihnen, ist, dass natürlich die Wirtschaft, nachdem der Poker bald am Ende ist, wenn es dann wirklich darauf ankommt, etwas drauflegen muss. Das sehe ich ganz genauso, das sehe ich ganz genauso. Aber das geht eben nur, wenn von der politischen Seite deutlich gemacht wird, dass sie auch wirklich ernsthaft die Verwirklichung will.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Sonst ist es doch nicht möglich, dass die Wirtschaft etwas draufpackt. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Reinhard Dankert, SPD: Sie haben
doch deutlich gesagt, dass es nicht
mehr als 6,1 Milliarden sind.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Born.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1055. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1055 ist bei Zustimmung der Fraktion der CDU, zwei Stimmen der Fraktion der SPD und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Herr Dr. Born, zur Geschäftsordnung, bitte.

Dr. Ulrich Born, CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, ich bitte namens der CDU-Fraktion im Protokoll festzuhalten, dass der Wirtschaftsminister des Landes sich an dieser Abstimmung nicht beteiligt hat, obwohl er anwesend war.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Volker Schlotmann, SPD: Was soll
denn das? Das ist ja ganz was Eigenes.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Wir nehmen diesen Zusatz ins Protokoll.

(Reinhard Dankert, SPD: Das ist
von Ihnen nicht festgeschrieben.)

Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 13.05 Uhr fortgesetzt.

Unterbrechung: 12.07 Uhr

Wiederbeginn: 13.07 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Bevor wir unsere Beratungen fortsetzen, gestatten Sie mir noch einen Hinweis: Die Fraktion der CDU hat ihren Antrag „Zusammenarbeit der Landesversicherungsanstalt mit den Rehabilitationskliniken des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ auf Drucksache 3/1051 zurückgezogen. Damit entfällt die Beratung des Tagesordnungspunktes 19.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Zukunft der Wirt-

schaftsförderung in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1052.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Zukunft der Wirtschaftsförderung
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/1052 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Seidel von der Fraktion der CDU.

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Anfang dieses Jahres erreichten uns Schlagzeilen wie „Die PDS will Wirtschaftstöpfe für den Arbeitsmarkt anzapfen“ oder „Die PDS will Trendwende und an die Geldtöpfe des Wirtschaftsministers“.

(Zuruf von Erhard Bräunig, SPD)

Da stand sogar etwas von 3 Milliarden DM, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, in der „Schweriner Volkszeitung“. Ich weiß nicht, wie das zustande kommt, aber lassen wir das mal so. Diese Aussagen resultierten aus einem Interview des Abgeordneten Herrn Dr. Schoenburg von der PDS-Fraktion, und zwar, wenn ich das richtig rekapituliere, nach der Klausurtagung der Fraktion. Im Wesentlichen wurden dabei zwei Thesen vertreten.

These 1: Die gegenwärtige Investitionsförderung geht zu oft in Rationalisierungsinvestitionen. Dies führt nicht zu mehr, sondern zu weniger Arbeitsplätzen und darf demzufolge auch nicht unterstützt werden. So sagt die PDS.

(Barbara Borchardt, PDS: Nein, das stimmt nicht.)

These 2: Da in der Wirtschaft sowieso kaum noch Arbeitsplätze entstehen, muss die Förderung umgelenkt werden in Bereiche wie Kultur, Soziales, Umweltschutz, Landschaftspflege.

(Barbara Borchardt, PDS:
Das ist aber auch Wirtschaft.)

Das sind Bereiche, die dort genannt wurden, und ich bin jetzt geneigt zu ergänzen: und dann über den ÖBS finanziert werden, sprich über den Steuerzahler.

(Reinhard Dankert, SPD: Lassen Sie doch
mal den Kampfbegriff weg! Das ist seriöser.)

Also das habe ich noch gar nicht gewusst, dass das in Ihren Augen ein Kampfbegriff ist. Aber ich lerne ja jeden Tag etwas Neues.

(Reinhard Dankert, SPD:
In Ihren Augen ist das einer.)

Nein, das ist für mich überhaupt kein Kampfbegriff.

(Reinhard Dankert, SPD:
Nein, für Sie persönlich nicht.)

Das ist für mich eine Formulierung, eine Art und Weise zu versuchen, Arbeit zu finanzieren, die ich für falsch halte, und darüber können wir auch gerne immer wieder streiten. Ich glaube, ich komme auch noch darauf zurück.

Meine Damen und Herren! Wenn ich diese zwei Thesen hier erwähne, dann kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier erneut für meine Begriffe der kardinale Denkfehler der PDS zum Ausdruck kommt, der dann auch ein bisschen darin gipfelt – und jetzt bitte nicht gleich aufschreiben,

(Barbara Borchardt, PDS:
Ach, lassen Sie uns doch!)

weil man das ja immer etwas überziehen muss –, dass die private Wirtschaft ein lästiges Übel ist. Man muss sie zwar entwickeln, aber bitte nur soviel wie unbedingt erforderlich. Wenn man ein paar Jahre zurückdenkt, kannten wir das ja auch.

(Barbara Borchardt, PDS:
Schlimme Unterstellung.)

Da gab es mal Zeiten, wo das Handwerk ein bisschen kommen durfte, weil man spürte, dass es doch nicht so ganz funktioniert, wie man es sich vorstellte.

Meine Damen und Herren! Dabei wird für meine Begriffe einfach negiert, dass wirklich zukunftsfähige Arbeitsplätze eben nur in Unternehmen der privaten Wirtschaft und auf dem ersten Arbeitsmarkt entstehen können und dass der Staat – egal ob Bund, Land oder Kommune – die dafür notwendigen Rahmenbedingungen auszugestalten hat. Und das ändert sich auch nicht dadurch, dass vielleicht gerne Leute im öffentlichen Dienst arbeiten möchten, das weiß ich sehr wohl. Trotzdem, meine ich, bleibt diese Tatsache richtig.

Ich will auch deutlich sagen, es trifft doch einfach nicht zu – These 1, ich komme darauf zurück –, dass in der Wirtschaft keine Arbeitsplätze oder zu wenig Arbeitsplätze entstehen, wenn die Rahmenbedingungen richtig gesetzt sind, wenn sie sozusagen stimmen. Und wenn diese Situation vielleicht in Deutschland so ist, dann heißt das aber doch noch lange nicht, dass damit eine Gesetzmäßigkeit begründet würde. Nehmen wir doch mal die Beispiele, die wir ja auch alle kennen. Nehmen wir mal die USA. Die wollen wir immer nicht gerne nehmen, weil wir Deutschen meinen, das ist uns alles so ein bisschen abstrus. Aber okay, nehmen wir zunächst mal die USA. Wir könnten auch nach Großbritannien gehen, wir könnten auch nach Irland gehen, wir könnten auch nach Holland gehen, wenn uns das denn besser gefällt.

Ich will nur mal sagen, weil mir gerade ein Artikel in die Hände gefallen ist, Ronald Reagan reduzierte seinerzeit die höchsten Einkommenssteuersätze des Bundes von 70 auf 28 Prozent – von 70 auf 28 Prozent! – und die Unternehmenssteuern von 48 auf 32 Prozent. Und ähnlich waren die Entscheidungen in der Zeit der Eisernen Lady in Großbritannien. Die Folge ist heute, dass sich die Arbeitslosenquoten in 1999 wie folgt darstellen: USA 4,1 Prozent – übrigens von 9,7 Prozent aus dem Jahr 1982 herunter gekommen –, Großbritannien 5,9 Prozent und Deutschland 10,5 Prozent. Unsere eigene kennen wir alle miteinander. Der heutige amerikanische Präsident Clinton und der heutige Premier Blair verwalten Haushaltsüberschüsse, also einen Zustand, von dem wir eigentlich nur träumen können, der aber dort eingetreten ist.

Meine Damen und Herren! Ich breche mir überhaupt keinen Zacken aus der Krone, wenn ich sage, dass die Bundesregierung – allerdings ganz vorsichtig, vielleicht auch ein bisschen zu vorsichtig – mit der vorgelegten Steuerreform durchaus in die richtige Richtung geht. Natürlich wollen auch wir Soziales, Kultur, Forschung, Wissenschaft, Umwelt fördern und im Lande entwickeln. Im übrigen haben wir dies auch in den letzten Jahren getan. Es wäre ein bisschen stark, wenn man meinte, dies wäre nicht geschehen.

(Barbara Borchardt, PDS: Aber vielleicht zu wenig. – Kerstin Kassner, PDS:
Genau das ist die Frage, die Effizienz.)

Man kann immer streiten, wie die Effizienz ist. Ja, das ist ein Thema, darüber wird man immer streiten. Aber ich denke, zumindest sollten Sie uns zugestehen, dass auch wir es wollten und auch dafür etwas getan haben.

Ich will jetzt nur darauf verweisen, dass ich gerade im Namen des Tourismusverbandes an einer Repräsentation des Musiklandes Mecklenburg-Vorpommern in Stuttgart mitgewirkt habe. Der Präsident, der jetzt gerade leider nicht hier ist, hat das Gleiche in Zürich gemacht. Also wir können da schon ein bisschen was vorzeigen heute. Es ist nicht mehr so, dass wir uns damit verstecken müssten. Der Unterschied ist doch wirklich nur der, dass wir meinen, dass die genannten Bereiche eben nicht zu Lasten oder vielleicht sogar anstelle von Investitionsförderung unterstützt werden müssten. Und dabei weiß ich sehr wohl um die Bedeutung dieser sogenannten weichen Standortfaktoren, um das mal wirtschaftlich auszu-drücken.

Meine Damen und Herren! Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass man die Ergebnisse bisheriger Investitionsförderung analysieren will. Ich denke, das hat auch eine gewisse Berechtigung. Zehn Jahre sind da ins Land gegangen. Man muss schauen, was ist gut gelaufen, was ist vielleicht auch nicht so gut gelaufen. Aber ich bitte dann wirklich, nicht ideologische Schlussfolgerungen zu ziehen.

Meine Damen und Herren! Wir, und das will ich jetzt einmal für die CDU-Fraktion darstellen, stehen zu folgenden Grundsätzen, die ich in sieben Punkten zusammenfassen möchte:

Erstens. Für uns bleibt es grundsätzlich richtig, dass durch Investitionen mehr Arbeitsplätze entstehen beziehungsweise diese gesichert werden. Daraus resultiert, wenn man das erkennt, auch ein Vorrang für die Förderung von Investitionen. Und bei den ohnehin durch den Bund laufend zurückgeführten Mitteln für die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur, also das wichtigste Investitionsförderprogramm, müssen wir unsererseits alle Kraft aufwenden, die vorhandenen Mittel zu komplementieren mit den entsprechenden Landesmitteln.

Zweitens. Es ist sicherlich auch richtig, dass neben der gewerblichen Förderung ein deutlicher Schwerpunkt auf die Förderung der noch fehlenden Infrastruktur zu setzen ist, wie dies im Übrigen ja auch alle – ich glaube, alle – wirtschaftswissenschaftlichen Institute übereinstimmend fordern.

Drittens. Nicht zuletzt auch aufgrund unserer historischen Entwicklung – da meine ich mal die Entwicklung, die aus der DDR kommt – ist die Förderung von Existenzgründungen wichtig. Man muss ihr weiterhin große Aufmerksamkeit zuwenden. Aber es muss jetzt mehr differenziert werden in den jeweiligen Branchen. Wenn wir allgemein und miteinander feststellen, dass die Handwerksdichte – das ist immer kein gutes Wort, aber mir fällt auch nichts Besseres ein – im Lande inzwischen erreicht ist im Vergleich zu den anderen Ländern, dann macht es eigentlich keinen Sinn, in den klassischen Handwerksberufen Existenzgründungen zu fördern. Dass es sie geben wird, ist in Ordnung, aber sie noch groß staatlich zu fördern, macht da eigentlich keinen großen Sinn mehr.

(Barbara Borchardt, PDS:
Darüber wollen wir nachdenken.)

Viertens. Technologieorientierte Unternehmen und die Entwicklung von neuen Produkten und Technologien sind besonders förderwürdig, weil wir uns hier Arbeitsplätze für die Zukunft versprechen. Dabei spielen auch die Technologiezentren eine wichtige Rolle. Allerdings müssen die Technologiezentren daran gemessen werden, wie viel Unternehmen aus diesen Zentren herausgehen, und nicht daran, wie viel Unternehmen in diesen Zentren drin sind. Man erlebt das immer wieder, wenn man mit Geschäftsführern spricht. Sie versuchen einem darzustellen, wie schön und voll die Büros alle sind. Das ist nicht die entscheidende Frage, sondern die entscheidende Frage ist, wie viel Unternehmen gehen sozusagen in den frischen Wind der Marktwirtschaft aus diesen Zentren heraus. Dennoch will ich natürlich klar sagen, sie haben eine wichtige Funktion.

Meine Damen und Herren, wir begrüßen auch den 50-Millionen-Beteiligungs- und Wachstumsfonds des Wirtschaftsministers. Allerdings – und das möchte ich jetzt mal so in meiner eigenen Sache als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses sagen – hätte ich mir gewünscht, Herr Minister, dass Sie von Ihrer Seite schon mal gekommen wären und im Wirtschaftsausschuss dieses Programm erläutert hätten. Wir werden Sie jetzt darum bitten. Vielleicht sollten wir zukünftig das auch ein bisschen so handhaben. Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass man das erst mal der Presse sagt. Das ist üblich. Aber dass man es dann, denke ich, im Ausschuss mal erklärt, das gehört auch dazu.

Nun lesen wir von einem Zukunftsfonds. Auch da wüsste ich natürlich mal gern, was denn nun dieses neue innovative Element in der Wirtschaftsförderung zu bedeuten hat.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Fünftens. Auch zukünftig sollten Konsolidierungshilfen und Bürgschaften da gewährt werden, wo nachvollziehbare Sanierungskonzepte vorliegen. Übrigens nicht wie im Fall Holzmann, denn da war ich ja auch erstaunt, als ich kurz nach dem bedeutenden Ereignis im Fernsehen hören durfte – ich glaube, von Vertretern der Commerzbank –, dass ein Sanierungskonzept bei der Entscheidung über die 250 Millionen DM, also Bürgschaft und Darlehen, nicht vorgelegen hätte. Wissen Sie, das fand ich ganz interessant. Also in diesem Land wäre ich

(Kerstin Kassner, PDS: ... überall rausgeflogen.)

mit einem großen Problem konfrontiert worden, ich hätte nämlich gegen das Haushaltsrecht verstoßen, wenn ich so vorgegangen wäre, wie das dort passiert ist, denn es hat offensichtlich zumindest zu dem Zeitpunkt kein belastbares Sanierungskonzept vorgelegen.

(Reinhard Dankert, SPD:

Dem hessischen Ministerpräsidenten ist das aber auch nicht aufgefallen.)

Allerdings will ich auch ein Thema mal loswerden, das fällt mir jetzt vielleicht ein bisschen leichter, und zwar was die Bürgschaften betrifft. So bleibe ich bei meiner Meinung, dass wir es hier mit einem Geburtsfehler zu tun haben im Hinblick auf die Federführung dieses Programms. Es liegt ja beim Finanzministerium. Das hat überhaupt nichts mit handelnden Personen zu tun, aber es macht dieses Programm ganz schwer händelbar. Ich bitte Sie nur zu bedenken, es wird da eingesetzt, wo sich Probleme abzeichnen – nicht nur, aber auch da – und allein

der Zeitraum, der ins Land geht, bevor man sich für eine Bürgschaft ausspricht oder sie ablehnt, ist für meine Begriffe zu lang. Und das ist ein Thema, finde ich, was auch noch mal diskutiert werden müsste.

Sechstens. Ich möchte anregen, dass eine stärkere Branchenorientierung bei der Förderung überlegt werden muss. Zu einem Teil geschieht es schon, das will ich gar nicht verkennen, ich denke, dies muss aber noch intensiver erfolgen. Das setzt aber voraus, dass wir uns in Mecklenburg-Vorpommern über prioritäre Wirtschaftsbereiche verständigen. Sie werden es mir nachsehen, dass ich mich hier ganz besonders für die touristischen Dienstleistungen ins Zeug legen möchte, weil ich glaube, dass hier in der Tat Zuwächse in der kommenden Zeit möglich sind. Da ist für mich zum Beispiel auch immer das Stichwort mit den Souvenirs – Merchandising haben wir vorhin beim Mittag gesagt, das kann man ja auch erzählen –, wo ich schon mal bitte, ernsthaft darüber nachzudenken, wie man diesen Bereich im Lande Mecklenburg-Vorpommern etwas stärker anreizen kann, von mir aus degressiv anreizen, damit das in Schwung kommt.

(Barbara Borchardt, PDS: Sehen Sie, und das ist unser Ansinnen zum ÖBS.)

Es ist zum Teil beschämend, was dort bisher eben nicht passiert im Lande Mecklenburg-Vorpommern.

Siebtens. Ich will nochmals betonen, dass Soziales, Kultur und Umwelt uns genauso am Herzen liegen. Jedoch treten wir dafür ein, dass eine Förderung in besonderen Haushalten und nicht zu Lasten der Investitionsförderung durchgeführt wird.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass dieses Thema wirklich einen sachlichen Dialog erfordert. Und so gesehen ist es eben wichtig, dass die Landesregierung auch hier ihre Position darstellt. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Seidel.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Wirtschaftsminister Herr Professor Eggert.

Minister Dr. Rolf Eggert: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man über die Zukunft der Wirtschaftsförderung Mecklenburg-Vorpommerns sprechen will, dann ist natürlich wenigstens eine kurze Einschätzung der gegenwärtigen Situation in unserem Lande wichtig. Ich meine, die Wirtschaftssituation in unserem Lande ist nach wie vor gekennzeichnet durch ein insgesamt zu schwaches Wirtschaftswachstum, durch eine nach wie vor unzureichende industrielle und wenig exportorientierte Basis sowie enge finanzielle Spielräume. Deshalb sind Entscheidungen für eine zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung jetzt natürlich notwendiger denn je. Und es ist wichtig, jetzt der Wirtschaft die notwendigen Investitionsimpulse zu geben.

Nicht nur die konjunkturelle, sondern insbesondere die strukturelle Schwäche der Wirtschaft im Land muss überwunden werden. Diese sind im Übrigen kennzeichnend für die vergangenen 200 Jahre in den Regionen unseres Lan-

des, wenn man einmal zurückblickt. Der Kollege Gerloff hat es ja heute schon einmal getan. Er ist auf den Anfang des 19. Jahrhunderts zurückgegangen. Auch da hat das Land darunter gelitten, dass wir zum Beispiel eine unterentwickelte Infrastruktur hatten. Daraus wird natürlich deutlich, wie wichtig heute klare Prioritätensetzungen für eine zukunftsorientierte Politik sind, um ein solides und stabiles Fundament und nachhaltige Veränderungen für die wirtschaftliche Gesundung des Landes zu realisieren. Vor allem ist dabei die Verringerung der Arbeitslosigkeit das wichtigste Ziel. Vorrangige Aufgabe ist es deshalb, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, und ich betone das hier noch einmal, für Investitionen zu verbessern.

Meine Damen und Herren! Zur Zukunft der Wirtschaftsförderung in Mecklenburg-Vorpommern lässt sich Folgendes sagen:

Die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ steht nach wie vor als ein zentrales Instrument der Wirtschaftsförderung an erster Stelle. Ich leugne nicht, Herr Seidel, dass es natürlich wichtige andere Faktoren der Wirtschaftsförderung gibt, wie die Entlastung des Faktors Arbeit. Aber das wichtigste Landesmittel ist nach wie vor die Gemeinschaftsaufgabe. Und Sie wissen, die Koalitionäre haben vereinbart, dass alle Mittel kofinanziert werden, im Gegensatz zu anderen östlichen Bundesländern, die das nicht mehr hundertprozentig tun.

Förderziel der Gemeinschaftsaufgabe ist, das wissen Sie, die Unterstützung der regionalen Investitionstätigkeit, um Einkommen und Beschäftigung vor Ort zu erhöhen. Dazu gibt die Gemeinschaftsaufgabe, auch das ist nicht neu, direkte Zuschüsse zu den Investitionskosten privater Unternehmen und zu kommunalen wirtschaftsnahen Infrastrukturprojekten.

Meiner Meinung nach sind Infrastrukturförderung und Investitionskostenzuschüsse für die gewerbliche Wirtschaft ein komplementäres Förderangebot zur Schaffung von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen. Wir müssen auch stärker darauf eingehen, dass dort, wo schon Wirtschaftsentwicklung stattgefunden hat, aber die Infrastruktur zurückhängt, natürlich die Infrastruktur entsprechend ausgebaut werden muss und umgekehrt. Das, denke ich, ist eine wichtige Aufgabe.

Es ist ebenfalls, wie ich finde, durchaus im Sinne der Gemeinschaftsaufgabe, dass wir Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Zukunft noch enger als bisher miteinander verknüpfen. Dabei wird das Wirtschaftsministerium das Arbeitsministerium dahingehend unterstützen, wenn es beispielsweise darum geht, über konkrete Wünsche der Unternehmen im Bereich der beruflichen Qualifizierung und der Einstellungsförderung zu informieren. Wir haben hier einzelne Beispiele im Lande, wie es funktionieren kann. Und ich meine, hier haben wir noch erhebliche Reserven, um das besser auszubauen.

Dass der gewerblichen Wirtschaftsförderung hier weiterhin ein hoher Stellenwert zugeschrieben wird, ergibt sich bereits aus dem eingangs genannten Ziel der Gemeinschaftsaufgabe. Welche einzelnen Maßnahmen aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gefördert werden, wird, wie Ihnen ja allen bekannt ist, jährlich im regionalen Förderprogramm festgelegt. Die Landesregierung hat das regionale Förderprogramm Mecklenburg-Vorpommern für

2000 am 16. November 1999 beschlossen und Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordneten, zugeleitet.

Meines Erachtens würde es jetzt zu weit führen, alle dort beschriebenen Details hier noch mal auszuführen und zu wiederholen. Lassen Sie mich jedoch an dieser Stelle aufs Neue die grundlegende Ausrichtung des Handelns erklären:

Erstens. Das erklärte Ziel ist die Schaffung neuer zusätzlicher Arbeitsplätze. Darauf ist die Förderung im Jahr 2000 und in den Folgejahren ausgerichtet.

Zweitens. Unternehmen, die mit ihren Investitionsvorhaben neue Arbeitsplätze schaffen, können im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe die Höchsthilfe erhalten. In diesem Zusammenhang will ich darauf verweisen, dass zukünftig neben der Frage nach der Förderfähigkeit der Frage der Förderwürdigkeit von Investitionsvorhaben eine noch viel stärkere Bedeutung beigemessen wird. Ich will das an dieser Stelle noch mal ganz klar betonen. Das heißt nicht, dass wir nicht auch Rationalisierungsinvestitionen fördern werden. Natürlich ist das notwendig, Herr Seidel, in dem einen oder anderen Betrieb, aber nicht mehr mit Höchsthilfe. Und hier wird auch die Frage der Beschäftigungswirksamkeit von Investitionsvorhaben zu prüfen sein, die selbstverständlich auch mit der Überwindung struktureller Probleme dieses Landes verbunden ist, meine Damen und Herren.

Drittens. Der Schwerpunkt der Förderung liegt deshalb auf Investitionsvorhaben des verarbeitenden Gewerbes, des förderfähigen Handwerks, nicht des Handwerks im allgemeinen, Herr Seidel. Das LAP, was das gemacht hat, läuft aus und wird auch nicht wieder neu aufgelegt und Existenzgründungen werden von uns aus in diesem Bereich nicht gefördert. Natürlich muss man aber darüber nachdenken, gerade im Jahr des Handwerks, was wir in diesem Jahr hier haben, wie man dem Handwerk auf anderer Ebene, wie zum Beispiel bei der Förderung der überbetrieblichen Ausbildung und so weiter, helfen kann.

Viertens. Im Tourismusbereich – auch den haben Sie angesprochen, Herr Seidel – war die Förderung bislang insbesondere auf die touristischen Schwerpunkträume gerichtet. Und die positive Entwicklung der Tourismusbranche zeigt, dass das auch richtig war. Aber gleichwohl besteht in vielen Punkten Nachholbedarf. Sie haben einen genannt, Herr Seidel. Ich denke, auch bei den Infrastrukturen für Gesundheit, Kultur, für den Sport- und Natururlaub punktuell gibt es Ergänzungsbedarf, um das vorhandene Gesamtangebot abzurunden, vor allen Dingen auch in den Segmenten Radwandern und maritimer Tourismus. Dieses werden wir natürlich aktuell berücksichtigen.

Fünftens. Neben der Förderung aus der Gemeinschaftsaufgabe stehen zur Unterstützung der gewerblichen Wirtschaft ergänzende Landesprogramme auch weiterhin zur Verfügung. Sie umfassen Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründung und -beratung, von Ausbildung, Technologie, Innovation, Absatz- und Exporthilfe, von erneuerbaren Energien sowie die Konsolidierung und Stärkung der Eigenkapitalausstattung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun auf einige neue Aspekte in der Ausrichtung der Förderung eingehen.

Herr Seidel, eins will ich noch einflechten: Sie hatten die Technologiezentren angesprochen, dass die Firmen es sich in diesen Technologiezentren praktisch nicht nur

warm und bequem machen dürfen, sondern dass es Ziel ist, Unternehmensausgründungen zu betreiben. Da haben Sie völlig Recht, aber wir haben hier im Lande – das wissen Sie auch – inzwischen über 170 Ausgründungen, und davon sind auch noch nahezu alle Unternehmen am Markt. Es gibt, glaube ich, nur drei, die bisher das Handtuch werfen mussten. Wir haben gerade jüngst wieder zwei Firmen, die sich ausgegründet haben, morgen wird es eine weitere aus dem Technologie- und Gewerbepark in Warnemünde tun. Das ist einmal die Firma TERA-KLIN, die bereits dabei ist, ihr Produktionsgebäude dort zu errichten, und morgen wird die Firma Cortronik ebenfalls ein neues Gebäude dort errichten. Allerdings, eins muss man bei dieser Kritik bedenken: Gerade Firmen der Medizintechnik und der Biotechnologien müssen einen langen steinigen Weg zurücklegen, bevor sie erst einmal das Produkt entwickelt haben, sich am Markt etabliert haben – dazu gehört die Zertifizierung zum Teil im Ausland – et cetera. Ich will das hier nur andeuten. Das sind alles Schritte, die diese Unternehmen zurückzulegen haben, bis sie ihr Fertigungsgebäude vor dem Technologiezentrum errichten, dann natürlich auch in die Produktion gehen und damit Wertschöpfung und Arbeitsplätze hier im Lande realisieren.

Erstens. In der Technologieförderung wurden seit Anfang dieses Jahres die Einstellungsbeihilfen – das ist, glaube ich, auch ein wichtiger Punkt – auf die Hochschulabsolventen wirtschaftsnaher Studiengänge ausgeweitet und der Förderzeitraum von einem Jahr auf zwei Jahre verlängert.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Dafür sprechen, wie ich finde, zwei Dinge: Zum einen soll den Unternehmen geholfen werden, dringend benötigtes Fachpersonal und Know-how zu gewinnen, und zum anderen sollen kreative, hochqualifizierte junge Menschen im Land entsprechende Arbeitsplätze erhalten und nicht abwandern.

Zweitens. Ein zusätzlicher Beitrag zur direkten Unterstützung der Wirtschaft und somit zum Erhalt von Arbeitsplätzen wird durch das neue Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm geleistet.

Herr Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, ich nehme die Kritik auf. Natürlich werde ich Sie darüber informieren. Ich hatte nur gehofft, dass wir ein weiteres Förderprogramm für den Mittelstand mit vorstellen könnten. Das wird jetzt erst im März unter Umständen fertig sein. Vielleicht können wir es sogar so vereinbaren, dass ich dann auch über dieses neue Programm gemeinsam mit dem Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm informiere.

Hiermit wollen wir vorwiegend wachstumsorientierte, aber natürlich auch eigenkapitalschwache kleine und mittlere Unternehmen im Land mit Kapital und externem Management unterstützen.

Lassen Sie mich noch eins einfügen: Die mittelständische Beteiligungsgesellschaft hat kumuliert bis letztes Jahr bei KMU-Beteiligungen – das ist ja auch ein Stück Wirtschaftsförderung – mit der Anschubfinanzierung des Landes, die wir schon über mehrere Jahre geleistet haben, eine Investition von nahezu 660 Millionen DM ausgelöst. Und wir werden auch hier die Stärkung dieser mittelständischen Beteiligungsgesellschaft unterstützen.

Drittens. Im Rahmen des Bündnisses für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommern haben sich Landesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften auf eine langfristig angelegte Lehrstelleninitiative bis 2005 für Mecklenburg-Vorpommern verständigt. Ziel dieser Initiative ist es, die hohe Bereitschaft, betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen, beizubehalten. Jeder Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern, der will und kann, soll einen Ausbildungsplatz erhalten. Das haben wir 1999 geschafft und so soll es auch in Zukunft sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die Nachfrage nach Lehrstellen wird in den kommenden Jahren auf dem gegenwärtigen Niveau verbleiben. Deshalb ist davon auszugehen, dass auch in den nächsten Jahren die Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen das verfügbare Angebot übersteigen wird, sofern sich das Ausbildungsverhalten nicht wesentlich ändert.

Im Rahmen des Ausbildungspaktes „2000 Plus“ wurde vereinbart, dass das Wirtschaftsministerium die Förderprogramme – auch darüber haben wir hier im Landtag schon mal gesprochen – der beruflichen Bildung evaluieren lässt und eine Neuausrichtung der Ausbildungsplatzförderung ab dem Jahre 2000 erfolgt. Ergebnisse der Evaluierung werden voraussichtlich Ende März 2000 vorliegen. Ich werde Sie dann selbstverständlich auch darüber informieren.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich noch etwas zur neuen Förderperiode der Europäischen Union von 2000 bis 2006 sagen. Alle Programme der Wirtschaftsförderung werden aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung verstärkt beziehungsweise kofinanziert. Die Förderschwerpunkte des EFRE und der übrigen Strukturfonds sind

1. die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, speziell der kleinen und mittelständischen Unternehmen, zum Beispiel durch Maßnahmen in den Bereichen produktive Investitionen, Forschung und technologische Entwicklung, Stärkung unternehmerischer Potentiale der kleinen und mittelständischen Unternehmen,
2. der weitere Ausbau der Infrastruktur und
3. die stärkere Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes durch eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Meine Damen und Herren, ich denke, ich konnte Ihnen ein schlüssiges Konzept der Wirtschaftsförderung vermitteln, in dem die Förderung der gewerblichen Wirtschaft nach wie vor den höchsten Stellenwert einnimmt. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Kerstin Kassner, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Kassner von der Fraktion der PDS.

Kerstin Kassner, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir können eigentlich nur unserem Kollegen Arnold Schoenenburg dankbar sein, dass er die Ergebnisse unserer Klausurtagung in die Öffentlichkeit gebracht hat, dabei ein wenig die Intention, die wir hatten, verschoben hat

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

und wir dadurch die Gelegenheit haben, hier darüber zu sprechen, wie wir uns die Wirtschaftsförderung für unser Land vorstellen. Ich denke, das ist ein gutes Thema. Es lohnt sich, darüber zu diskutieren, denn wir brauchen schon Optimismus, wenn wir uns den Berg von Aufgaben ansehen, der vor uns steht. Und ich sage es hier ganz deutlich: Die Koalition hat sich vorgenommen, den Spagat zu wagen, natürlich Arbeitsplätze zu schaffen, die Wirtschaft zu entwickeln, dabei aber auch an Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Chancengleichheit zu denken.

Genau diesen Aufgaben muss die Förderpolitik unseres Landes entsprechen. Das heißt, sie muss in allen Punkten auf all diese Ziele ausgerichtet sein. Und da spreche ich ganz bewusst von der Förderpolitik des Landes und nicht nur losgelöst von der Förderpolitik des Wirtschaftsministers.

Die Effizienz der einzelnen Fördertatbestände muss überprüft werden. Ich denke, es ist an der Zeit. Wir wollen dabei die Schwachstellen herausfiltern, um einfach notwendige Veränderungen einleiten zu können. Wenn also in Vorbereitung des Haushaltsjahres 2001 und der Folgejahre die Aufgabe angegangen wird, das zu tun, dann werden hier auch ganz schnell die unterschiedlichen Standpunkte einzelner Abgeordneter natürlich, aber auch der Fraktionen sichtbar. Angesichts der knapper werdenden Mittel muss gründlich überlegt werden, was weiterhin mit welchem Effekt gefördert werden kann, und das trifft natürlich in besonderem Maße auch auf die Wirtschaftsförderung zu.

Wie Sie wissen, wurden beispielsweise für die Gemeinschaftsaufgabe in diesem Jahr 724 Millionen DM eingestellt. Das sind zwar 76 Millionen DM weniger als im Vorjahr, ist aber eindeutig darauf zurückzuführen, dass die Bundesregierung ebenfalls ihre Zuweisungen zurückgefahren hat.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Aber, ich sage es ganz deutlich, alle Zuweisungen wurden wie in den Jahren zuvor auch in unserem Land kofinanziert.

Wenn wir jetzt die Effizienz prüfen, so ist für uns eins der Kriterien, nach denen wir prüfen, die Beschäftigungswirksamkeit. Im Zeitraum 1993 bis 1998 ist das Bruttoinlandprodukt von 36 Milliarden DM auf 48,4 Milliarden DM gestiegen. Das ist nicht zu verachten, das sind über 34 Prozent. Im gleichen Zeitraum sank aber die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 627.000 auf nur noch 606.000. Das heißt, ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 6 Prozent pro Jahr hat in unserem Land nicht zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen geführt. Im Gegenteil, gucken wir uns die Details an, so stellen wir beispielsweise fest, in den Gebietskörperschaften wurden die Leistungen von 10 auf 11 Milliarden DM erhöht, aber die Zahl der Beschäftigten von 90.700 auf 63.100 abgebaut. Das heißt, heute sind 30 Prozent weniger in diesem Bereich beschäftigt als 1993. Und gucken wir uns an, worüber wir tagtäglich reden, wie es in den Kreisen aussieht – diese Tendenz wird anhalten.

Genauso das Bauwesen – ein Thema, mit dem wir uns beschäftigen. Es erhält zwar keine Direktmittel aus der Gemeinschaftsaufgabe, ist aber von allen Mitteln für In-

vestitionen direkt abhängig. Interessanterweise haben sich im Bauwesen in dem von mir betrachteten Zeitraum von 1993 bis 1998 kaum Veränderungen ergeben. Diese werden aber im Jahr 1999/2000 sichtbar werden.

Sehr interessant sind meiner Meinung nach auch Vergleiche im verarbeitenden und im Dienstleistungsgewerbe. Das verarbeitende Gewerbe erhöhte im Zeitraum von 1993 bis 1998 seinen Beitrag zum Bruttoinlandprodukt von 3,6 auf 5,4 Milliarden DM, das heißt um 48 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten sank aber im gleichen Zeitraum um 6,2 Prozent. Es sind jetzt nur noch 89.000.

(Georg Nolte, CDU: Fragen Sie doch mal die Gewerkschaften, warum!)

Das heißt, bisher in diesen Bereich fließende Fördermittel – darüber reden wir doch hier, und das ist kein unbedeutender Teil – haben zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, jedoch auch gleichzeitig zur Senkung der Arbeitsplätze beigetragen. Es sind natürlich – das wissen wir alle – eine Reihe von neuen Unternehmen entstanden. Das ist ja auch gut so. Aber die Rationalisierungseffekte haben sich bei den anderen Vorhaben, bei bereits bestehenden, so ausgewirkt, dass dabei Arbeitsplätze verloren gegangen sind.

Im Dienstleistungsgewerbe ist jedoch eine andere Situation zu verzeichnen, und das halte ich für interessant. Das Bruttoinlandprodukt – der Beitrag dazu – ist um 61 Prozent gesteigert worden und es haben auch 20 Prozent mehr Beschäftigte Arbeit in diesem Bereich gefunden. Es sind inzwischen 185.000 Beschäftigte in diesem Bereich.

Sie sehen, es gibt also gute Gründe, bei der Gemeinschaftsaufgabe genauer hinzusehen und darüber nachzudenken, wie diese Beschäftigungseffekte entstehen können und welche Rahmenbedingungen dafür wie gesetzt werden müssen.

In unserem Land vollzieht sich noch immer ein wesentlicher Strukturwandel vom produzierenden Gewerbe zum Dienstleistungssektor. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes hat dieser Strukturwandel nur in geringem Maße stattgefunden, denn Schiffbau, Nahrungsgüterwirtschaft und Holzverarbeitung hat es schon immer in Mecklenburg-Vorpommern gegeben, heute natürlich auf einem ganz anderen technischen und technologischen Niveau, was außerordentlich zu begrüßen ist. Den Strukturwandel in unserem Lande erwarte ich aus den kleinen technologischen Unternehmen, an deren Entwicklung meine Fraktion ein außerordentliches Interesse hat. Deshalb werden wir auch zukünftig dafür sorgen, dass in diesem Bereich entsprechende Fördermittel eingesetzt werden. Das hält uns aber nicht davon ab zu prüfen, wie Fördermittel der EU, des Bundes und eben unseres Landes besser aufeinander abgestimmt werden können.

Ein weiterer Schwerpunkt ist nach wie vor die Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen, insbesondere der kleinen und mittelständischen. Immer öfter werden Forderungen an mich herangetragen zu prüfen, ob die bisherigen Kreditverträge der kleinen Unternehmen aus dem Eigenkapitalhilfeprogramm den jetzigen wirtschaftlichen Situationen der Unternehmer angepasst werden könnten. Hier müssen wir aktiv werden, um die Konkurse kleiner Unternehmen abwenden zu können. Dafür würden nun keine Landesmittel notwendig sein. Aber in einem anderen Fall, wenn wir Unternehmen unterstützen wollen, die nur kleine Kreditbeträge benötigen, gibt es da Probleme.

me. Für sie trifft nämlich nicht das Bundesprogramm, über das Herr Seidel und der Herr Wirtschaftsminister gesprochen haben, zu. Für die kleinen Unternehmen ist es wieder nicht zutreffend, weil es da Probleme gibt. Hier, finde ich, muss unser Land eingreifen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist deutlich geworden, wir haben genügend Gründe, die Effizienz unserer Förderprogramme kritisch zu hinterfragen. Die Ergebnisse, die wir im Bereich der Wirtschaftsentwicklung in unserem Land erreicht haben, sind bei weitem noch nicht so, dass wir uns zurücklehnen könnten. Nein, wir brauchen hier kreative Lösungen, und die sollten wir gemeinsam suchen. – Vielen Dank.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznapel: Danke schön, Frau Kassner.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Bräunig von der Fraktion der SPD.

(Heidemarie Beyer, SPD: Nee, ich.)

Dann hat das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt werde ich versuchen, so zu reden, dass der Kollege Bräunig sich mit eingebunden fühlt. Ich hoffe, das gelingt.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Andreas Bluhm, PDS: Oh, oh, oh!)

Ich habe ja gesagt, ich werde es versuchen, Kollege Bluhm.

(Barbara Borchardt, PDS: Dürfen wir nachher einschätzen, ob das gelungen ist?)

Das ist ja nicht so ganz einfach, aber, ich verstehe, bei der Wirtschaftspolitik tritt bei manchen nach einiger Zeit doch eine gewisse Sprachlosigkeit ein. Das ist auch verständlich, wenn man sich vor Augen hält, wie die ursprünglichen Ankündigungen lauteten. Ich erinnere mal an 1998, wir konnten es alle lesen auf den Plakaten „Mehr Gerechtigkeit besonders im Osten“, „Mehr Arbeit besonders im Osten“. Natürlich, es stand damals nicht auf den Plakaten, wie es dazu kommen soll, wie man das umsetzen will, aber – und das konnten wir eben ja auch aus dem Beitrag des Wirtschaftsministers deutlich vernehmen – es ist ganz objektiv so, die Bilanz ist leider, das muss man aus der Sicht des Landes sagen, ernüchternd. Das Bündnis für Arbeit dümpelt vor sich hin und ist erfolglos, und zwar so erfolglos, dass alle – von Gewerkschaften bis hin zu Arbeitgeberverbänden – Missmut ausdrücken. Der ÖBS will und will nicht gelingen, also das Ziehkind der PDS kränkelt vor sich hin.

Und das Schlimme daran ist, der Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern wird damit keine wirksame Abhilfe geleistet. Vielmehr ging in all den Gesprächsrunden und Strategietreffen zu ÖBS und Co offenkundig verloren, dass es ja auch schon vor Rot-Rot Arbeitsmarktpolitik gegeben hat. Aber ABM und SAM – Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen – dienten damals Ihnen, Herr Ministerpräsident, vor allem zur Profilierung und Diskreditierung der Union, vor allen Dingen als Sie noch in anderer Funktion waren. Zunächst ja nachvollziehbar. Alles Wahl-ABM, tönnte es allerdings

noch Mitte 1999 aus der Staatskanzlei. Damit wurde ein Instrumentarium diskreditiert, das unbestritten eine hohe Bedeutung in der Arbeitsmarktpolitik hat, und zwar zu Recht. Inzwischen haben Sie das ja offensichtlich erkannt und schwenken langsam um. Und ich sage hier ausdrücklich, auch wenn es ungewöhnlich ist im Parlament: Die Opposition, die CDU-Fraktion, begrüßt es sehr, wenn Sie zu neuen richtigen Einsichten kommen, genauso wie wir es natürlich uneingeschränkt begrüßen, wenn das beim Justizminister der Fall ist. Also hier keine Kritik von Seiten der CDU-Fraktion, sondern wir sind der Meinung, es steht auch einem Regierungschef zu, dass er nach einer gewissen Zeit Bilanz zieht und dann Dinge korrigiert, die offensichtlich nicht so gut waren. Dann haben wir auch keine Veranlassung, das zu kritisieren.

Aber die beste Arbeitsmarktpolitik – und hier schließt sich der Bogen zu unserem Antrag und auch zu dem, was der Wirtschaftsminister ausgeführt hat – ist und bleibt, die Wirtschaft im Lande zu stärken. Gerade jedoch bei der Förderung der Wirtschaft – so unser fraglos nicht gerade neuer, aber deswegen leider ja nicht weniger richtiger Vorwurf – bewegt sich bei dieser Landesregierung und durch diese Landesregierung zu wenig. Und so kann und wird es auch schwerlich etwas werden mit durchschlagenden Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt.

Haushaltskonsolidierung ist gut, aber das erreicht man eben auch nicht nur durch Sparen, sondern vor allem durch die Schaffung von Rahmenbedingungen, die die Wirtschaft in Fahrt bringen. Kollege Seidel hat vorhin – ich glaube, sehr eindrucksvoll – auf das Beispiel USA verwiesen, wo es ja tatsächlich gelungen ist, die öffentlichen Haushalte so zu sanieren ...

(Zuruf von der Regierungsbank)

Ich höre von der Regierungsbank – das ist immer etwas schwierig – schon Kommentare, dass das nicht mit Mecklenburg-Vorpommern zu vergleichen sei. Ich kann nur sagen, wir sollten uns wirklich nicht scheuen, überall dort unsere Augen und Ohren offen zu halten, wo es etwas zu lernen gibt. Und es ist völlig egal, ob es ein Land ist, das weit entfernt ist, das viel größer ist, oder ob es ein anderes Bundesland ist. Man sollte sich die Instrumentarien dort angucken und sich dann mal fragen, wie haben die das eigentlich hingekriegt. Und da geht es um die Mechanismen und nicht darum, ob das eine Land größer ist als das andere, sondern es geht darum, wie hat man das eigentlich geschafft. Denn da ist es jahrzehntelang auch anders gelaufen, man hat es nicht hinbekommen. Und man hat dann tatsächlich innerhalb weniger Jahre etwas zustande gebracht – das hat Kollege Seidel ja gesagt –, was die meisten Experten vorher für unmöglich gehalten hätten.

Aber, ich sage noch einmal, entscheidend ist es, die Wirtschaft in Fahrt zu bringen durch entsprechende Rahmenbedingungen. Wir stellen statt dessen in unserem Land fest, die Investitionsquote sinkt und sinkt. Die EFRE-Mittel ersetzen in dreistelliger Millionenhöhe Landesmittel und werden somit verschenkt, verschenkt als Instrumentarium, zusätzliche Effekte im Land zu bewirken, und die Betonung liegt hier auf „zusätzlich“. Natürlich, das werden Sie mir jetzt wieder vorhalten, das stimmt so alles nicht. Aber die Statistiken, die eben dies ausweisen, stammen beileibe nicht von mir, sonst würde ich Ihnen das ja auch gerne nachsehen.

Wenn unsere Investitionsquote von 27,5 Prozent im Jahre 1996 auf 23,1 Prozent im Jahr 2000 sinkt, so ist das

eben auch ein Ausweis einer politischen Einstellung, die wir für falsch halten. Wir erwarten von der Landesregierung klare Aussagen, wie sie die Wirtschaft in den nächsten Jahren fördern will, welche Schwerpunkte sie setzen will. Der Wirtschaftsminister hat vorhin schon einiges dazu ausgeführt, aber das muss entsprechend untersetzt werden. Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses hat ja darauf hingewiesen, dass wir vor allem im Wirtschaftsausschuss dieses im Detail besprechen müssen.

Meine Fraktion hat in den Haushaltsberatungen bereits sehr deutlich gemacht, dass sie die Absenkung der Investitionshaushalte um eine halbe Milliarde Mark gegenüber 1998 für verfehlt hält, ebenso wie die Arbeitsmarktpolitik dieser Landesregierung. Was wir erwarten, sind klare Aussagen und Konzepte, wie die Wirtschaftsentwicklung und wie das Wirtschaftswachstum in Mecklenburg-Vorpommern vorangebracht werden können und sollen. Es reicht natürlich nicht aus – so schön das auch ist für den jeweiligen Amtsinhaber –, bei Unternehmensgründungen und -ansiedlungen, auch wenn man sie selber nicht auf den Weg gebracht hat, dabei zu sein und eine Festrede zu halten. Das ist eben nicht ausreichend, um unser Land voranzubringen.

Auch Vorwürfe, meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU betreibe Schwarzmalerei, kann ich nicht gelten lassen. Ich konfrontiere Sie hier mit einigen Zahlen: Das Wirtschaftswachstum in Mecklenburg-Vorpommern betrug im ersten Halbjahr 1999 magere 0,4 Prozent. Die Wachstumsraten in diesem Jahr werden nach allen Prognosen wieder deutlich hinter denen der alten Länder zurückbleiben. In den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres ist der Export in unserem Land um 3,7 Prozent gesunken. Mecklenburg-Vorpommern exportiert pro Kopf nur etwa 12 Prozent des Bundesdurchschnitts, partizipiert also vom viel gerühmten exportorientierten Aufschwung nicht.

Im Baugewerbe hält der dramatische Trend beim Umsatz- und Beschäftigungsabbau an. Allein im Ausbaugewerbe sank der Umsatz um 8,2 und die Beschäftigung um 13,2 Prozent. Da muss sich doch der Arbeits- und Bauminister fragen lassen, ob es der Beschäftigung im Land nicht dienlicher gewesen wäre, die Bauförderung auf einem hohen Niveau fortzusetzen. Wir fabulieren hier nicht über abstruse Ideen, sondern über politisch getroffene Willensentscheidungen. Und die müssen Sie im Land und vor der Bauwirtschaft schon begründen. Warum beispielsweise in der Städtebauförderung nicht mehr getan wird, wo nachweislich eine Mark öffentlicher Förderung sechs bis neun Mark privater Förderung nach sich zieht, das müssen Sie, Herr Minister, den Betroffenen schon klarmachen. Ich sage Ihnen deutlich: Statt dessen Privatisierung der Platte, Wertschöpfung gleich null – das bringt das Land nicht voran.

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Bitte schön?

(Barbara Borchardt, PDS:
Nichts, das sage ich Ihnen nachher.)

Danke. Das war hier leider nicht zu verstehen, sonst wäre ich gern darauf eingegangen.

Für mich persönlich ist es sowieso schleierhaft, weshalb man eine sicher notwendige strukturelle Anpassung in der Bauwirtschaft nicht abzufedern versucht, indem man dringend notwendige Baumaßnahmen von Seiten

des Landes unterstützt, in dem Maße, wie man es könnte, wenn man insbesondere stärker privat finanzierte Modelle präferieren würde. Aber dies ist offensichtlich nicht gewollt. Das wäre aber Wirtschaftsförderung in einem konstruktiven und produktiven Sinne.

Weitere Zahlen sprechen Bände. Schauen Sie sich beispielsweise die unternehmerische Basis im Land an. Das Landesamt für Statistik hat am 11. Januar diesen Jahres mitgeteilt, dass es 1998 im Land 48.420 Unternehmen gab, die einen steuerbaren Umsatz von 63 Milliarden DM erwirtschafteten. Daraus ergibt sich dann eine Steuerschuld von 1,6 Milliarden DM. Wenn man sich allein das Volumen des Landeshaushaltes vor Augen hält, wird deutlich, welche Problemlage sich hinter diesen so schlichten Zahlen verbirgt. Bekanntermaßen sind ja die Steuern auf den Umsatz eine der wichtigsten Einnahmequellen der öffentlichen Hand überhaupt.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner
übernimmt den Vorsitz.)

Wie sehen zum Beispiel vergleichbare Zahlen in anderen Ländern aus? Ein Vergleich – nein, nicht mit Bayern, sondern mit Sachsen und Brandenburg – verdeutlicht, wo wir stehen. Dort weist die Statistik die Zahlen für 1997 so aus: In Brandenburg gab es 72.485 Unternehmen, die einen steuerbaren Umsatz von 97,8 Milliarden DM erwirtschafteten. In Sachsen waren es 1997 gar 127.117 Unternehmen mit einem steuerbaren Umsatz von 159,6 Milliarden DM. Das sind die Zahlen.

Es hilft da auch wenig, wenn der Ministerpräsident des Landes hier ein paar positive Zahlen zusammenstellen lässt und diese dann in eine Erfolgsstory ummünzt. Die Zahlen sprechen leider eine andere Sprache. Das nüchtern festzustellen, erst mal eine Bestandsaufnahme zu machen, Herr Ministerpräsident, das hat nichts mit der von Ihnen so gern gebrauchten Vokabel des Schlechtrebens zu tun. Das ist eigentlich der Versuch der Landesregierung, sich jeglicher kritischer Bestandsaufnahme zu entziehen, geschweige denn einer Kritik. Und das ist das falscheste Rezept, was man anwenden kann, um voranzukommen. Man muss krachnüchtern erst mal sehen, wo sind die Schwachpunkte. Nur dann hat man die Chance anzusetzen. Und wenn man jeden, der auf solche Schwachpunkte hinweist, gleich als Schwarzmalerei bezeichnet oder sagt, er wolle das Land schlecht reden, dann darf man sich nicht wundern, wenn man selbst auch keine neuen Ansätze findet, weil man dann überhaupt gar nicht in der Lage ist, auch aufzunehmen, wie andere die Probleme beschreiben und Lösungsansätze darlegen.

Brandenburg hat 50 Prozent mehr Unternehmen als Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen zweieinhalbmal mehr, und dennoch kann es sich Mecklenburg-Vorpommern leisten, die Investitionsquote abzusenken, und dennoch werden die Mittel für die GA-Förderung gekürzt.

Damit aber nicht genug, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen. Kollege Schoenburg, der ja nicht hier ist, erhellt durch die Klausurtagung der PDS Anfang Januar – Herr Kollege Seidel hat darauf hingewiesen –, setzt noch einen oben drauf: Die ohnehin vorhandenen Kürzungen reichen nicht aus, Investitionsfördererät soll auf den Prüfstand. Begründung ist, „dass die Investitionsförderung oft nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze schafft“. Also, Kollege Schoenburg, das ist dann doch wohl Maschinenstürmermentalität in Reinkultur. Der Umkehrschluss lautet nämlich: Weil mit Investitionen auch rationalisiert

werden kann, unterstützen wir sie lieber nicht mehr, frei nach dem Motto: Zurück zum Pferdefuhrwerk und Holzpflug, denn dann ist genug Arbeit für alle da. So kann man die Probleme im 21. Jahrhundert sicherlich nicht angehen. Internationaler Wettbewerb, Globalisierung et cetera definieren wir dann einfach weg. Oder wie soll das laufen? Lafontaine lässt grüßen.

Vor dem Hintergrund dieser zukunftsweisenden Ideen ist es immerhin bemerkenswert, dass es in Ihren Reihen auch kritische Gegenstimmen gab, auch wenn die Kritik vom Ministerpräsidenten und vom Wirtschaftsminister doch eher leise war. Die Frage bleibt aber doch die: Wo stehen wir denn in Mecklenburg-Vorpommern? Wo werden die Schwerpunkte gesetzt? Wie soll die Wirtschaftsförderung in der Zukunft aussehen? Ich sage es noch einmal, hier sind klare Aussagen und Visionen erforderlich, denn eines ist klar: Unsere unternehmerische Basis ist zu dünn, die Politik ist gefordert, hier weiterhin zu unterstützen, um letztlich mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Daran geht kein Weg vorbei!

Im Übrigen, sehr verehrter Herr Kollege Schoenenburg, müssen leistungsfähige und zahlreiche Unternehmen auch deshalb das Ziel aller Bemühungen sein, weil selbst ihre politischen Vorstellungen à la ÖBS nur zu verwirklichen sind, wenn die Unternehmensbasis so breit ist, dass nennenswerte Steuereinnahmen fließen. Ich erinnere Sie an die oben genannten Zahlen.

Wirtschaftspolitik klar zu formulieren, Ziele zu setzen und gezielt an der Verbreiterung der unternehmerischen Basis im Land zu arbeiten, das ist die Aufgabe, der sich die Landesregierung stellen muss. Sie muss dies vor allem auch deshalb, weil wir alle miteinander angehalten sind, uns auch mittel- und langfristig Gedanken zu machen, Gedanken darüber, wie wir hier Politik und insbesondere Wirtschaftspolitik gestalten wollen, eben auch in Anbetracht der Tatsache, dass wir weniger Fördermittel in der Hand haben werden, weniger Fördermittel, die daraus resultieren könnten – und ich bitte Sie hier, den Konjunktiv zu beachten –, weil derzeit noch unklar ist, wie ein künftiger Solidarpakt aussieht und ob wir auch nach 2006 noch Ziel-1-Gebiet in der Europäischen Union sein werden.

Nun sind ja in den vergangenen Wochen immer einmal wieder häppchenweise Informationen an die Öffentlichkeit gedrungen, was die Regierung und die sie tragenden Fraktionen vorhaben. Der Wirtschaftsminister hat heute einiges dazu noch verlauten lassen. Da klingt vieles viel versprechend, bleibt aber immerhin doch noch recht nebulös. Denn was genau die Aufgabe des Fonds ist, den Sie angesprochen haben, bleibt unerklärt. Lediglich Schlagworte Arbeitsmarkt und Bildung waren als zentrale Botschaften zu vernehmen.

Interessant war aber vielmehr, dass zur Finanzierung dieses Fonds bestehende Förderprogramme überprüft werden sollen, da – Zitat von Herrn Schlotmann – „die Finanzsäcke im Land nicht größer werden“. Das ist, verehrter Herr Kollege Schlotmann, uns ja allen bekannt. Was ist aber denn Ihre Schlussfolgerung? Heißt es, dass die Landesförderung immer noch ineffizient und fehlorientiert ist? Wo wollen Sie denn kürzen? Bei der Investitionsförderung der gewerblichen Wirtschaft, so wie Ihr Koalitionskollege Dr. Schoenenburg?

Man ist ja froh, wenn bei all diesen zum Teil weder verständlichen noch einsichtigen Äußerungen und Vorstel-

lungen der Minister Eggert ganz einsam die Fahne der sozialen Marktwirtschaft schwenkt. Allerdings, das Schwenken alleine wird nicht reichen. Auch von Seiten des Wirtschaftsministers sind hier klare Aussagen erforderlich. Auch wenn Sie das Programm vorgestellt haben in groben Zügen, was zu fehlen scheint, ist eine konsistente abgestimmte Programmatik in der Wirtschaftsförderung innerhalb der gesamten Landesregierung. Sie einzufordern sind wir hier angetreten. Wir wollen sicherstellen, dass von politischer Seite alles getan wird, um Mecklenburg-Vorpommern als Wirtschaftsstandort voranzubringen, Unternehmen zu gründen und Arbeit am ersten Arbeitsmarkt zu schaffen.

Wir sind selbstverständlich gerne bereit, in einen konstruktiven Dialog zu treten und die Fragen zu diskutieren, die hier aufgeworfen werden, wovon es ja genug gibt. Ich denke da nur an die Probleme Eigenkapitalbeschaffung für Existenzgründer, Fragen der Infrastruktur, anhaltende Exportschwäche des Landes und so weiter. Nicht zuletzt gilt es auch, sich schwierigen und kontrovers diskutierten Fragen zu widmen, wie den Lohnzusatzkosten, der Frage einer Kombinierung von Markt- und Transfereinkommen im Niedriglohnbereich, um nur zwei zu nennen. Diesen Fragen muss sich die Wirtschaftspolitik im Land stellen und sie müssen letztlich auch in der Wirtschaftsförderung Ausdruck finden.

(Reinhard Dankert, SPD: Trotzdem kommt die Wirtschaft nicht hinterher.)

Deshalb sage ich ja, Herr Kollege Dankert, ...

(Reinhard Dankert, SPD: Ihre Dogmen ziehen auch nicht so richtig.)

Bitte?

(Reinhard Dankert, SPD: Ihre Dogmen ziehen auch nicht so richtig.)

Es geht weniger um Dogmen. Damit kommen wir sicherlich nicht weiter, sondern es geht darum, dass man gerade ideologiefrei an die Probleme herangeht. Und jede Ideologie hindert ein unvoreingenommenes Analysieren der Probleme und vor allen Dingen auch sachgerechte Lösungen. Deshalb, meine ich, wären wir hier wirklich aufgerufen, vor allen Dingen auch in den Ausschüssen das ganz vorurteilsfrei zu diskutieren.

(Heike Lorenz, PDS: Richtig.)

Deshalb bin ich auch der Meinung, zum Beispiel bei einem Thema wie dem Kombilohn, da macht es keinen Sinn, wenn man von vornherein sagt, das passt nicht in unsere Ideologie, sondern man muss sich auch mal anschauen, was woanders passiert. Deshalb habe ich auch gesagt, Sie bekennen sich ja, das ist ja erfreulich, jedenfalls dieser Teil der Koalition, der mir direkt gegenübersteht, bekennt sich zum Teil verbal, zum Teil auch aus Überzeugung zum Wettbewerb.

(Angelika Gramkow, PDS:
Wir doch glattweg auch, Herr Dr. Born.)

Deshalb fordere ich Sie auf, ...

Frau Kollegin Gramkow, das nehme ich mit Freude zur Kenntnis.

(Angelika Gramkow, PDS:
Na alle, wie wir hier sitzen.)

Aber wenn Sie ...

(Angelika Gramkow, PDS: Können Sie sich noch an den sozialistischen Wettbewerb erinnern?! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS und Harry Glawe, CDU)

Ja, ich komme ja gleich darauf. Das macht ja gerade den Unterschied zwischen den hier geradeaus Sitzenden und den etwas links davon Sitzenden aus.

Wenn Sie sich nun mal vor Augen halten, ob sozialistischer Wettbewerb oder nicht,

(Harry Glawe, CDU:
Oder soziale Marktwirtschaft.)

was der Wettbewerb für Chancen Ihnen bietet, dann ist eine Chance darin zu sehen, dass Sie sich ganz unvoreingenommen mal in anderen Bundesländern umschauchen können – ob nun im Osten, in Thüringen, oder im Süden, in Bayern, nicht nur –, wie dort aus einer der ärmsten Regionen Deutschlands, speziell in Niederbayern, ein Hochtechnologieland geworden ist.

(Zurufe von Heike Lorenz, PDS,
und Caterina Muth, PDS)

Und, meine Damen und Herren, die arbeiten daran, die arbeiten daran, dass es so bleibt. Beispiel Stiftung „Bayern Innovativ“, hier wird in einzigartiger Weise ein Know-how-Transfer mit Hilfe politischer Grundsatzentscheidungen organisiert. Und, Frau Gramkow, Sie kennen ja das Erfolgsprinzip „vom großen Bruder lernen“. Also legen Sie die Scheuklappen beiseite und werden Sie als Landesregierung, als Koalition wettbewerbsfähig im Wettstreit der Ideen, die das Land voranbringen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS:
Also beim Thema Abfall werden
wir ja jetzt gleich von Ihnen hören.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Born.

Ums Wort gebeten hat der Ministerpräsident. Bitte sehr, Herr Dr. Ringstorff, Sie haben das Wort.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich eben diese Rede gehört habe, die vor Polemik wirklich tiefte,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

könnte man den Eindruck gewinnen, als wenn Mecklenburg-Vorpommern sich ganz hinten einreihen müsste. Ich will mal auf einige Dinge eingehen.

(Reinhard Dankert, SPD: Die CDU hat den Standort schon immer schlecht geredet.)

Ja, es ist das Bemühen gewesen, den Standort weiter schlecht zu reden.

Einen wichtigen Punkt in Ihrer Rede, Herr Dr. Born, nahm ja das Problem der Arbeitslosigkeit ein. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie hier in Ihrer Rede einmal dargelegt hätten und mit Stolz auf Mecklenburg-Vorpommern gesagt hätten, Mecklenburg-Vorpommern ist das einzige Land in Ostdeutschland, in dem im vergangenen Jahr die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

und das, obwohl es 15.000 arbeitsmarktpolitische Maßnahmen weniger gab als 1998. Wir haben zu Recht kritisiert die Art Ihrer Arbeitsmarktpolitik, Herr Dr. Born, die darin bestand, kurz vor den Wahlen ABM über ABM herauszugeben, ohne dass Maßnahmen vernünftig und sinnvoll vorbereitet wurden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die haben wir zu Recht als sogenannte Wahlkampf-ABM bezeichnet.

(Harry Glawe, CDU: Das haben Sie doch immer gemacht!)

Ich denke, da ist das, was der Arbeitsminister heute macht, intelligentere Arbeitsmarktpolitik als das, was Sie gemacht haben in der Vergangenheit,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

um die Wähler zu täuschen und zu versuchen, in der Endphase doch noch die Wahl zu gewinnen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das kommt Ihnen doch zugute. – Bärbel Kleedehn, CDU:
Wer war denn für den Arbeitsmarkt zuständig?)

Wir haben gerade im Bereich der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erhebliche Erfolge – minus 9,1 Prozent. Ich gebe zu, das ist immer noch nicht genug, aber wir sind auf einem guten Weg.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und, Herr Dr. Born, vielleicht haben Sie die Presseinformation des Statistischen Landesamtes von gestern gelesen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist seit 1995 in Mecklenburg-Vorpommern erstmalig wieder gestiegen um 10.400.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das sind 10.400 zusätzliche Arbeitsplätze! Warum ignorieren Sie das und reden das Land schlecht?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

In Mecklenburg-Vorpommern ist im letzten Jahr der Einzelhandelsumsatz erstmalig wieder gestiegen unter einer rot-roten Regierung, seit 1993 um 1,9 Prozent.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Seidel?

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Ich möchte erst mal zum Ende kommen, dann antworte ich Ihnen so viel, wie Sie wollen, Herr Abgeordneter Seidel.

Das verarbeitende Gewerbe hat ein Wachstum von 6,1 Prozent gehabt, erheblich über dem ostdeutschen Durchschnitt, und im Wirtschaftswachstum – es ist natürlich zu gering im Vergleich mit dem Altbundesgebiet – sind wir aber erstmalig vom letzten Platz, auf den Sie uns gewirtschaftet hatten, weggekommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir liegen gleichauf mit Sachsen im Mittelfeld. Das sind die Tatsachen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Andreas Bluhm, PDS)

Im Bereich des Tourismus, Herr Abgeordneter Born, haben sich die Übernachtungszahlen im vergangenen Jahr um 17,1 Prozent erhöht,

(Harry Glawe, CDU:
Das ist auch Ihr Verdienst, ne?)

und das, obwohl Sie den Leuten immer eingeredet haben, kommt nicht mehr nach Mecklenburg-Vorpommern, weil wir dort eine rot-rote Landesregierung haben.

(Zuruf von einzelnen Abgeordneten der CDU:
Oh, oh, oh! – Reinhard Dankert, SPD:
Das wollen sie nicht hören.)

Das sind doch die Tatsachen, über die wir hier reden müssen. Wir haben einige größere Investitionen gehabt.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Der Wirtschaftsminister hat einiges genannt. Die Region Wismar entwickelt sich dynamisch weiter um das Hafffeld. Da werden die Flächen schon zu klein. Wir haben positive Entwicklungen im Bereich Vorpommern und Greifswald. Und Sie reden das,

(Harry Glawe, CDU: Aber schauen Sie sich die Arbeitslosenzahlen in Wismar mal an!)

Sie reden das runter.

Ich kann Ihnen sagen, es ist nicht eine einzige Mark an EFRE-Mitteln verschenkt worden und wir haben eine Investitionsquote, die über dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder liegt, Herr Abgeordneter Born, und das trotz Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und wenn Sie hier so jammern, dass es einen Schrumpfungsprozess in der Bauwirtschaft gibt – ich weiß schon, Sie wollen gegen jede Vernunft gegen notwendige Strukturveränderungen gegensubventionieren, genauso wie Sie im Bereich der Abfallwirtschaft zur Planwirtschaft zurückkehren wollen. Aber so bringen wir doch unser Land nicht weiter!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Hat es Zweck, Herr Dr. Born, wo wir 40.000 Leerstände im Land haben, nun überproportional weiter im Bereich des Wohnungsbaus zu fördern?

(Harry Glawe, CDU: Sie haben ja auch die Platte gefördert.)

Ist es nicht vernünftig, etwas zu tun zur Wohnumfeldverbesserung, damit sich die Menschen in den Wohngebieten bei uns wohl fühlen und im Land bleiben? Ist Ihnen entgangen, dass wir im staatlichen Hochbau die Mittel aufgestockt haben und dass im Bereich der Verkehrsinvestitionen auch kräftig zugelegt wurde?

(Harry Glawe, CDU: Ach herrje!)

Ich glaube, das ist die richtige Politik, die hier gemacht wird, die das Land Mecklenburg-Vorpommern nach vorne bringt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es klingt natürlich immer wieder schön, wenn man anmahnt, es möge doch mehr privat finanziert werden, Herr Dr. Born. Ich habe überhaupt nichts dagegen. Jeder, der hier privat investieren will, kann so viel investieren, wie er will, möglichst viel. Wir versuchen, ihm dort alle Wege zu ebnet und mit wenig Bürokratie die Schnelligkeit dieser Investitionen zu vergrößern.

(Harry Glawe, CDU: Na ja! Na ja!)

Aber Sie reden von privater Finanzierung, meinen aber eine Finanzierung durch den Staat.

(Angelika Gramkow, PDS: Subvention.)

Das müssen Sie doch den Leuten hier auch sagen. Sie wollen, dass Private vorfinanzieren und wir im Zugriff auf künftige Haushalte dann jetzt Investitionen tätigen und ...

(Sigrid Keler, SPD: Das ist eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme.)

Ja, ich wollte dazu kommen, Frau Finanzministerin. Das ist eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme.

Was Sie verlangen, Herr Dr. Born, das ist eine unsolide Politik. Sie wissen, dass das, was Sie fordern, nur zu lösen ist, wenn wir uns kräftig weiter verschulden. Da hinten sitzen eine ganze Menge junger Leute. Die werden die Schulden abtragen müssen, die wir machen. Und deshalb können wir diese unverantwortliche Haushaltspolitik, wie Sie von Ihnen in der ersten Legislaturperiode eingeleitet worden ist, nicht weiterführen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir werden auch daran arbeiten müssen, die 1,5 Billionen DM Schulden, die unter der Kohl-Herrschaft entstanden sind, abzutragen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Deshalb ist auch dort eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik notwendig. Trotz dieser verantwortungsvollen Haushaltspolitik sind die Mittel für den Aufbau Ost gesteigert worden. Ich hatte Ihnen heute morgen schon gesagt, wie stark die Mittel im Bereich der Verkehrsinvestitionen anwachsen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich würde mich tatsächlich freuen, wenn Sie einmal dazu beitragen würden, etwas für unser Land zu tun, und eine positive Grundstimmung in diesem Land mitbefördern würden, statt das Land ständig herunterzureden, wo die Fakten eine ganz andere Sprache sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Der Wirtschaftsminister hat klar gesagt, wo die Schwerpunkte liegen: Verkehrsinfrastrukturinvestitionen, Investitionen im Bereich der Technologie, die wir stärken, solide gesicherte Finanzausstattung für die Kommunen,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

und das ist unabhängig von der Steuerentwicklung in unserem Land. Das sind Rahmenbedingungen, unter denen sich Wirtschaft entwickeln kann und Sie sollten diese Rahmenbedingungen nicht kleinreden.

Und wenn wir noch einmal auf den EFRE kommen – natürlich verschenken wir keine einzige Mark aus diesen Strukturfondsmitteln. Aber ist es nicht auch eine Investi-

on, obwohl sie nicht beim Wirtschaftsminister auftaucht, wenn wir mit EFRE-Mitteln beispielsweise den Bau einer Berufsschule fördern?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Das ist auch eine wichtige Investition für die Zukunft unseres Landes. Und es ist wichtig, dass wir bei jeder Mark genau überlegen,

(Jürgen Seidel, CDU: Das machen wir schon seit Jahren, seit Jahren!)

wo wir sie ausgeben und wie wir sie ausgeben.

(Harry Glawe, CDU: Die Schulen haben Sie doch am wenigsten gefördert.)

Ich hatte Ihnen gesagt, dass, wenn Sie sich über die GA-Förderung beschwerten, ich mich gefreut hätte, wenn Sie diese Beschwerde vor anderthalb Jahren geäußert hätten. Da hat nämlich die alte Bundesregierung die GA-Mittel zurückgefahren. Es bleibt dabei, wir komplementieren jede Mark für die GA,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

die es für unser Land gibt. Dafür wird der Wirtschaftsminister auch weiterhin sorgen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zu Ihren Vergleichen sagen, Herr Dr. Born. Sie haben sich heute Morgen schon damit hervorgetan, wo sie den Bau einer Strecke im dicht besiedelten Ruhrgebiet verglichen haben mit den Kosten für den Bau eines Kilometers hier im dünn besiedelten Mecklenburg-Vorpommern. Das sind natürlich Unterschiede in den Kosten.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Und es bestehen natürlich Unterschiede zwischen einem Wirtschaftsraum wie den USA mit etwa 200 Millionen Menschen und einem Wirtschaftsraum wie Mecklenburg-Vorpommern mit 1,8 Millionen. Und Sie verschweigen, wenn Sie die Zahl der Unternehmen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern vergleichen, dass Mecklenburg-Vorpommern etwa 1,8 Millionen Einwohner hat und Sachsen etwa 4,5 oder 4,8 Millionen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Das sind Unterschiede, Herr Dr. Born, und deshalb würde ich Sie bitten, doch etwas redlich zu bleiben. Ich sage Ihnen, ich würde gern eine Zukunftsstiftung machen, aber Mecklenburg-Vorpommern hat nicht so viel Staatswirtschaft wie Bayern. Bayern konnte sich von einigen Staatsbetrieben gewinnbringend lösen von dem Engagement in der Energiewirtschaft und konnte deshalb diese Mittel freisetzen für so eine Stiftung. Also, bleiben Sie redlich, erwecken Sie hier nicht den Eindruck, es ginge in Mecklenburg-Vorpommern bergab! Das Gegenteil ist der Fall. Die ersten Erfolge auf dem Arbeitsmarkt sind da, und es wird weitere Erfolge geben, und wir werden auch im Bereich der Wirtschaft weiter vorankommen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Bitte sehr, Herr Seidel, Sie können jetzt Ihre Frage stellen.

Jürgen Seidel, CDU: Ja, danke schön.

Herr Ministerpräsident, ich kann ja gut verstehen, wenn man auch in einer schwierigen Situation versucht, natürlich da Dinge herauszusuchen, die positiv sind. Das ist auch ein bisschen das übliche Spiel zwischen Regierung und Opposition.

(Caterina Muth, PDS: Frage!)

Ja, jetzt kommt ja meine Frage: Meinen Sie wirklich, dass Ihre Argumente aber gut gewählt sind, wenn Sie zum Beispiel die Wismarer Investitionen bemühen als Erfolge, die nun diese Landesregierung besonders hervorgetan hätte, oder wenn Sie nun diese statistische Meldung des Landesamtes bemühen, die da sagt – und ich will es vielleicht noch etwas konkreter darstellen –, dass im April des letzten Jahres, 1999, die Beschäftigtenzahl tatsächlich gegenüber 1998 zugenommen hat? Also wenn Sie jetzt vier Monate definitiv, sage ich mal, wenn ich den ersten Monat noch ein bisschen wegrechne, Ihrer Regierungszeit nun damit beweisen wollen, dass im April des letzten Jahres die Beschäftigtenzahl zugenommen hat, halte ich das doch für, na ja, etwas schwierig. Ich glaube, diese Zahl können Sie nicht als Beweis für irgendwelche Fortschritte heranziehen.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Herr Seidel, ich will Ihnen, da wir bei Zahlen sind, einiges nennen. Als ich das Wirtschaftsministerium an Sie abgegeben habe,

(Heiterkeit bei Jürgen Seidel, CDU)

da waren wir, das Wirtschaftswachstum betreffend, an zweiter Stelle unter den ostdeutschen Bundesländern.

Jürgen Seidel, CDU: Ja.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Als wir es wieder von Ihnen übernommen haben, waren wir an letzter Stelle unter den neuen Bundesländern. Jetzt sind wir wieder auf einem Mittelplatz.

Jürgen Seidel, CDU: Ja.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Ich glaube, das hat nichts mit Zahlenakrobatik zu tun. Das sind ganz nüchterne Zahlen.

Jürgen Seidel, CDU: Das ist ein primitives Spiel, was Sie sagen. Also wirklich!

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Und wenn die Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern als einzigem der neuen Bundesländer im vergangenen Jahr abgenommen hat, über das ganze Jahr bezogen, Herr Seidel, dann sind das nüchterne Zahlen des Statistischen Landesamtes,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

und das, obwohl wir 15.000 arbeitsmarktpolitische Maßnahmen weniger haben. Warum wollen Sie denn das kleinreden. Das sind doch Zahlen. Und wenn der Einzelhandelsverband – wir machen doch nicht seine Statistiken – sagt, dass zum ersten Mal seit 1993 die Umsätze wieder um 1,9 Prozent gestiegen sind, dann ist das doch eine Meldung, die uns erfreut stimmen muss.

(Reinhard Dankert, SPD:
Das ist die erhöhte Nachfrage.)

Das hat etwas damit zu tun, dass seit längerer Zeit auch die Nettoeinkommen gestiegen sind durch eine vernünftige Steuerpolitik, durch eine Rücknahme der Lohnneben-

kosten. Das sind doch Tatsachen, die wir nicht verschweigen können.

(Harry Glawe, CDU: Das sind die Benzinpreise, die Sie meinen.)

Jürgen Seidel, CDU: Okay.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Beyer von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Heidemarie Beyer, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion wird ein Bericht zur Zukunft der Wirtschaftsförderung gefordert. Dabei geht es, wie die Debatte zeigt, in erster Linie darum, wer die besseren Erfolgsrezepte hat, und die Landesregierung soll sich positionieren, wer wem in die Tasche greifen darf. Wie die Debatte deutlich macht, sind sich Regierungsfaktionen und Opposition einig, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen einer der wesentlichen Schwerpunkte unserer Politik ist. Nur beim Weg dorthin trennen uns Welten. Ich glaube, es kann bisher keiner für sich in Anspruch nehmen, den Königsweg gefunden zu haben.

(Harry Glawe, CDU: Das stimmt.)

Mit Sicherheit können wir aber feststellen, dem Ziel, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, mit vielen kleinen Schritten auf verschiedenen Wegen ein Stück näher gekommen zu sein, so zum Beispiel mit den Möglichkeiten der Arbeitsverwaltung. Im Bereich des Arbeitsamtes Güstrow ist nach dem Auslaufen der Wahlkampf-ABM von 1998 festzustellen, dass die Arbeitslosenquote sich zwar nur geringfügig verändert hat, allerdings ist die Zahl der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen drastisch gesunken und dafür sind 1999 aber 1.079 Einstellungen auf dem ersten Arbeitsmarkt mit 22,7 Millionen DM gefördert worden, wohlgesagt nicht für den Kreis Güstrow, sondern nur im Bereich des Arbeitsamtsbezirkes Güstrow. Das heißt, von den Einstellungen insgesamt sind 54,98 mit staatlicher Förderung erfolgt. Dazu kommen durch das Arbeitsamt noch zahlreiche Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen wie Existenzgründerkurse, Projekte wie Job-rotation, Maßnahmen zur beruflichen Frühorientierung und zur Verbesserung der Mobilität. Bei genauer Betrachtung also ein ganzes Maßnahmenbündel, das ausschließlich der Wirtschaft zugute kommt, Herr Born.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Auf die Maßnahmen innerhalb des AQMV wird Herr Minister Holter noch eingehen. Hervorzuheben ist hierbei aber die Zahl der Existenzgründungen, die mit Mitteln der EU und des Landes gefördert wurden. So erhielten 3.474 Erwerbslose oder Arbeitslose eine neue Chance. Nach Expertenmeinungen schaffen diese wiederum drei bis vier Arbeitsplätze. Daraus können dann sehr schnell 6.000 neu entstandene Arbeitsplätze werden.

Die Erfahrungen mit diesem Programm wie auch mit dem Existenzgründerinnendarlehensprogramm des Wirtschaftsministeriums zeigen, dass durch eine solide Vorbereitung und Begleitung daraus zwar kleine, aber stabile Unternehmen entstehen. Es macht aber auch deutlich, dass wir Kinder und Jugendliche frühzeitig vorbereiten müssen. Sie brauchen Möglichkeiten, sich auszuprobieren, Erfahrungen zu sammeln und Verantwortung zu übernehmen. Die wachsende Zahl von Schülerfirmen – immer-

hin gibt es bereits über 70 im Land – zeigt, mit wie viel Begeisterung, Kreativität und Engagement junge Leute sich diesen Herausforderungen stellen. Es ist unsere Verantwortung, diese Begeisterung über die Ausbildung und das Studium hinaus zu erhalten und gute Startbedingungen für eine Existenzgründung zu schaffen.

Ein Beispiel für das gute Funktionieren von Wirtschafts- und Strukturförderung sind die Investitionen der Hansestadt Wismar – der Ministerpräsident ging auch schon darauf ein –, wo durch gezielte Investitionen mehrere Hundert Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe geschaffen wurden und noch weitere hinzukommen werden. Ähnlich verhält es sich mit der Schaffung von innovativen Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung des Biomedizintechnikums in Teterow und der Tele-Nova, einer Tochter der Telekom, in Güstrow, wo ebenfalls zahlreiche anspruchsvolle Arbeitsplätze entstanden und zu erwarten sind.

Innovative Unternehmen passen sich den neuen Marktgegebenheiten besser an und sind dadurch zukünftig krisensicherer. Das bedeutet auch mehr Sicherheit für die dort angesiedelten Arbeitsplätze. Wenn im Förderzeitraum von 1990 bis 2002 145.978 Dauerarbeitsplätze durch die GA-Förderung gesichert werden, ist das ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann. Bei allen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Stabilisierung von Betrieben und der Erhalt von Arbeitsplätzen genauso wichtig wie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Deshalb halten wir es für fatal, sich gegenseitig vorzurechnen, mit welchem Förderpotenzial mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Für die SPD-Fraktion stellt sich nicht die Frage nach dem Entweder-oder, sondern vielmehr sind wir überzeugt, sowohl Arbeitsmarktpolitik als auch Wirtschaftsförderung bringen uns weiter. Es ist gut, dass in vielen Bereichen – wie der beruflichen Frühorientierung, Beratung, Ausbildung, Existenzgründung, Mobilitätshilfe, Jugendbaut, Jugendfirmen – aus verschiedenen Richtungen und Fördertöpfen etwas getan werden kann und dass viele, vor allem auch Unternehmer unseres Landes, sich verantwortlich fühlen und sich aktiv an einer Lösung der Probleme beteiligen.

In Güstrow haben wir dazu den Güstrower Konsens gefunden. Das heißt, verschiedene Partner arbeiten regelmäßig im Interesse unserer Region zusammen, das heißt das Aktivkoordinationsbüro der Job-rotation e.V., die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Güstrow, ausgewählte Bildungsträger des Landkreises, das Arbeitsamt Güstrow, der Unternehmerverband, die Kreishandwerkerschaft Güstrow, die BBJ Service GmbH, Regionalbüro Rostock, der Kreisbauernverband, der DGB Kreis Rostock, das Rewas-Institut Rostock, die Industrie- und Handelskammer. Alle diese Partner ziehen an einem Strang in die gleiche Richtung und lösen Probleme.

Bisher hielt ich es für selbstverständlich, dass Menschen mit ihrer Kompetenz, ihrer Kreativität und Motivation zusammenarbeiten, um ihre Region vorwärts zu bringen. Die Verwunderung über den Güstrower Konsens zeigt mir, dass man vielfach mehr um eine Vertiefung von Gräben bemüht ist als um eine Verzahnung unterschiedlicher Politik- und Tätigkeitsfelder.

„Innovationen entstehen durch Menschen, durch ihre Kreativität, ihre Kompetenz und ihre Motivation und ihren Mut, Wagnisse einzugehen“, sagt die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Bulmahn. In diesem

Sinne wünsche ich uns Mut, gemeinsam den Weg für mehr Arbeitsplätze zu wagen. Und ich lade Sie, Herr Dr. Born, ganz herzlich dazu ein, in diesem Sinne mit uns unideologisch und innovativ tätig zu werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Beyer.

Ums Wort gebeten hat der Minister für Arbeit und Bau. Bitte sehr, Herr Holter, Sie haben das Wort.

Minister Helmut Holter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Haben Sie sich schon mal die Frage gestellt, ob Politik nachhaltig ist? Ich beantworte diese Frage mit einem klaren Ja, wenn Politikerinnen und Politiker in der Lage sind, über die laufende Wahlperiode hinaus zu denken. Ich befürworte eine strategisch ausgerichtete und auf Investitionen setzende Wirtschaftspolitik der Landesregierung mit klaren Prioritätensetzungen, so, wie sie der Wirtschaftsminister in seinem Beitrag dargestellt hat.

Wenn wir heute die politische Auseinandersetzung über die Zukunft der Wirtschaftsförderung führen, heißt das auch, über die Zukunft von Arbeit zu sprechen. Das heißt also, darüber zu reden, wer welchen Beitrag leisten kann, um Arbeitsplätze in unserem Land zu schaffen. Mir geht es im Kern darum, einen ganzheitlichen und nachhaltigen Ansatz von Politik zu verfolgen, die gleichermaßen auf Beschäftigung und Wertschöpfung setzt. Mit der von mir verantworteten Arbeitsmarktpolitik wird dieses Ziel verfolgt, schließlich soll unsere auf den allgemeinen Arbeitsmarkt gerichtete Politik Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitsmarktfähig halten oder machen. Auch das gehört ja zu einem günstigen Investitionsklima.

Eine auf den allgemeinen Arbeitsmarkt orientierte Arbeitsmarktpolitik stößt aber dort an Grenzen, wo es keine ausreichende Nachfrage gibt. Lassen Sie mich dazu einige Zahlen nennen. Trotz aller Anstrengungen zur Stabilisierung von Konjunktur und Wirtschaftsstruktur muss auch zehn Jahre nach der Wende festgestellt werden, dass die wirtschaftlichen Impulse des allgemeinen Arbeitsmarktes alleine noch nicht ausreichen, um für die Menschen im Lande ein Arbeitsplatzplus zu erwirtschaften.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nach meiner Einschätzung kann ein auch nur annähernd ausgeglichenes Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt nicht allein Aufgabe der Wirtschaftsförderung sein. Genauso falsch wäre es, die Arbeitsmarktpolitik als den Lazarettzug der Wirtschaftspolitik anzusehen oder eine Konkurrenz zwischen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik oder Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung zu konstruieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Im Gegenteil – und das zeichnet die Politik der Landesregierung aus –, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung haben gleichermaßen ihre Berechtigung.

Zu den Zahlen, Herr Born, und zu einer kritischen Bestandsaufnahme gehört eben, dass Ende des letzten Jahres 164.000 Arbeitssuchende in Mecklenburg-Vorpommern registriert waren, denen aber lediglich 6.200 offene

Stellen gegenüberstanden. Da, glaube ich, wird keiner über diese Zahlen streiten. Ich gehe davon aus, dass es, um eine Verbesserung dieser Situation zu erreichen, notwendig ist, dass wir wirtschaftsnahen Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik den Vorrang einräumen. Das habe ich bereits 1999 getan und werde es auch weiter ausbauen. Wir waren 1999 das einzige ostdeutsche Bundesland, in dem der Abbau der Erwerbslosigkeit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stärker geschafft wurde als in anderen Ländern. Hieran hat die Arbeitsmarktpolitik einen bedeutenden Anteil.

Ich will noch einmal eingehen auf die sogenannten Wahlkampf-ABM. Wir haben dies hier schon einmal diskutiert. Wir hatten im November 1999 die Spitze erreicht im Vergleich zum November 1998. Wir standen tatsächlich im Lande Mecklenburg-Vorpommern Anfang des Jahres vor der Frage: Sollen wir alle die Maßnahmen, die auf drei und sechs Monate angelegt waren, auslaufen lassen oder finden wir – natürlich gemeinsam mit den Arbeitsämtern – eine Lösung, um diese Maßnahmen fortzuführen, damit die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesen Maßnahmen tatsächlich auch wieder einen Anspruch auf Arbeitslosengeld erwirtschaften können? Deswegen gab es eine Verschiebung. Und diese 15.000 weniger an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die hier in der Debatte schon genannt wurden, sind genau der Ausdruck dessen, über das wir hier reden, dass also gerade vor der Bundestagswahl 1998 Wahlkampf-ABM veranstaltet wurden.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich habe mit Menschen gesprochen im Müritzkreis, Herr Seidel, in Gotthun, die mir gesagt haben: Ja, Herr Holter, sorgen Sie doch dafür, dass wir nach drei Monaten weiterhin in Arbeit bleiben können. Da gab es viele, viele davon in diesem Lande. Es gab auch viele, die aufgenommen wurden in solche Maßnahmen, ohne eine Schaufel, ohne eine Harke oder andere Gerätschaften überhaupt zu haben, um der Arbeit nachzugehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das ist die Wahrheit in Bezug auf die Wahlkampf-ABM.

Meine Damen und Herren! Kurt Tucholsky hat einmal zutreffend bemerkt: "Wer in der Öffentlichkeit Kegel schiebt, muss sich gefallen lassen, dass nachgezählt wird, wieviel er getroffen hat." Im Unterschied zu einer großen Volkspartei hat die SPD/PDS-Regierungskoalition keine Probleme mit dem Zählen. Das liegt aber an einem verfassungsmäßigen Prinzip, an das wir uns halten. Wir zählen unsere Kegel öffentlich in der Form politischer Ergebnisse, statt in schwarzen Koffern voller Scheine.

Lassen Sie mich unsere arbeitsmarktpolitischen Kegel an einigen Maßnahmenfeldern beispielhaft aufzählen. Trotz der hier zu vernehmenden Geräuschkulisse werden Sie feststellen können, dass mit einem PDS-Minister keine wirtschaftsfeindliche Arbeitsmarktpolitik zu machen ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Zahlen sprechen für sich. 1999 – und das ist ein deutliches Plus gegenüber 1998 – konnten allein 2.100 Existenzgründerinnen und -gründer eine finanzielle Unterstützung erhalten. Das sind nur diejenigen, die aus meinem Ministerium, aus meinem Fonds Unterstützung erhalten haben. Das sind nicht diejenigen, die auch aus dem Fonds des Wirtschaftsministers unterstützt wurden. Das muss

man summieren. Also 2.100 wurden mit arbeitsmarktpolitischer Unterstützung, mit Unterstützung meines Hauses in die Existenzgründung begleitet.

Sie wissen, dass wir in dem AQMV diese Richtlinie weiter enthalten haben und diese auch ausgebaut haben, damit Existenzgründerinnen und -gründer ihre Marktchancen verbessern können. Wichtig scheint mir, dass mit diesem Programm Erwerbslosen eine deutliche Chance gegeben ist, den Weg in eine Selbständigkeit und damit auch zu einer gesicherten Existenz aufzuzeigen.

Ich halte es, meine Damen und Herren, für bedenklich, wenn junge Menschen, Schülerinnen und Schüler bei der Frage "Wer ist euer Vorbild?" nur an Sportler – das ist ja auch nicht schlecht –, Schauspielerinnen und Schauspieler oder Showstars denken. Wir sollten anstreben, dass auch Unternehmerpersönlichkeiten in den Köpfen zu Vorbildern werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es wäre doch vorstellbar, dass dann der Rudolf Diesel der noch jungen Solartechnik ebenso aus Mecklenburg-Vorpommern kommt wie vielleicht der zukünftige Bill Gates der Biotechnologie. Dazu brauchen wir allerdings dreierlei:

1. mutige Visionen kreativer Köpfe,
2. unternehmerischen Geist und
3. soziale Verantwortung.

Ich meine, wir brauchen hier – und wir praktizieren das heute wieder, da bin ich auch zufrieden – einen parteiübergreifenden gesellschaftspolitischen Dialog, um solche kreativen Vorstellungen zu entwickeln, um das Land insgesamt nach vorne zu bringen. Aber ich habe ein Problem damit, wenn durch eine ideologische Brille die Politik, die wir betreiben, schlecht geredet wird, und meine, es geht hier um intelligente Lösungen auch in der Arbeitsmarktpolitik, um Wirtschaftsstrukturen zu stärken und das Wirtschaftsumfeld zu verbessern. Darauf zielt die Politik meines Hauses ab.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Ich meine, wir werden im Jahre 2000 hier noch deutliche Akzente setzen, so auch auf einer arbeitsmarktpolitischen Konferenz, die speziell zur Existenzgründung durchgeführt wird.

Es geht, meine Damen und Herren, darum, die Arbeitskräftenachfrage auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu stärken. Die Anstrengungen richten sich dabei vor allem auf technologisch innovative Wachstumsbranchen und den Dienstleistungsbereich. Hier hat unser Politikansatz natürlich unbedingte Priorität. Wir haben uns aber alle gemeinsam – und ich stelle mir diese Frage – die Frage zu stellen: Was machen wir mit all denen, die in Hochtechnologieunternehmen in diesen Branchen keine Chance haben, keinen Arbeitsplatz erhalten? Auch um diese Menschen geht es in Mecklenburg-Vorpommern. Und ich meine, alle sollen ein würdevolles Leben genießen und dieses mit sinnvoller Erwerbsarbeit sich auch ermöglichen können.

(Harry Glawe, CDU: Es fehlen 150.000 Arbeitsplätze im Land.)

Es fehlen, Herr Glawe, 250.000 Arbeitsplätze im Land, wenn wir schon bei der kritischen Bestandsaufnahme sind, 250.000, das habe ich schon öfter gesagt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das ist die Herausforderung, vor der wir in Mecklenburg-Vorpommern stehen. Aber mit dem Beitrag, den Sie heute geleistet haben, bin ich der Auffassung, werden wir keine weiteren Arbeitsplätze schaffen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

sondern wir brauchen eine intelligente Verzahnung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Minister Eggert und ich, wir haben in zwei Schnittstellengesprächen schon sehr intensiv darüber gesprochen. Ich meine, es gibt Chancen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ja, Herr Seidel, Sie können darüber lachen, aber es gibt Chancen. Sie machen da Witze unter sich, bitte schön.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Die können Sie mir nachher in der Pause dann auch gerne erzählen. Aber ich meine, ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Ja, das sind Ihre Vorstellungen vom politischen Diskurs, das stelle ich eben einfach fest.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es geht jetzt tatsächlich darum, Haushaltskonsolidierung auf der einen Seite durchzusetzen, auf der anderen Seite mit den knapper werdenden Mitteln in einzelnen Ressorts intelligente Lösungen zu finden, damit wir den Ansprüchen, die Sie auch in Ihren Reden, Herr Seidel und Herr Dr. Born, formuliert haben, gerecht werden können.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und das ist der Ansatz, den wir hier praktizieren.

Ich will das am Beispiel der Qualifizierung noch einmal deutlich sagen, Frau Beyer hat das schon gesagt. Im Landesprogramm „Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern 2000“ finden Sie diese Ansprüche und wir haben hier im Landtag darüber schon ausführlich debattiert.

Ein Punkt – ich will zwei herausgreifen – in der betriebsnahen Arbeitsmarktpolitik sind die regionalen Programme, die über die Landkreise und die kreisfreien Städte realisiert werden. Das sind die Programme, die Wirtschaftsunternehmen Einstellungszuschüsse gewähren, also die regionalen Einstellungszuschüsse. Sie wissen das aus Ihrer Wahlkreisarbeit, dass fast alle Landräte und Oberbürgermeister bei mir einen Nachschlag eingefordert haben, weil dieses Programm hervorragend greift.

Ich bin der Auffassung, man muss das weiter ausbauen. Deswegen befinde ich mich jetzt gegenwärtig in einer Diskussion, in der über Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik nachgedacht wird, in der wir sehr wohl überlegen, ist es richtig, in allen Regionen gleichermaßen Qualifizierung zu fördern, in allen Regionen gleichermaßen regionale Einstellungszuschüsse zu gewähren, oder sollten wir nicht überlegen, welches Programm, welche Richtlinie in welcher Region ganz konsequent anzuwenden ist, um hier eine Ausgewogenheit nicht im Sinne von Geld, sondern tatsächlich der Befriedigung der Bedürfnisse in den einzelnen Arbeitsmarktregionen zu erreichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das, glaube ich, würde eine neue Qualität bedeuten. An diesem Konzept arbeiten wir gegenwärtig.

Sie wissen, dass es im letzten Jahr 1.300 Fälle dieser regionalen Einstellungszuschüsse gab. 1.300 Menschen haben hier Lohnkostenzuschüsse erhalten. Ich meine, das kann sich ebenfalls sehen lassen.

Sie wissen, dass wir in der vergangenen Woche die Arbeit an der Richtlinie „Jugend baut“ abgeschlossen haben. Die Richtlinie wurde durch mich unterzeichnet. Hier geht es genau darum, Investitionskonzepte mit arbeitsmarktpolitischen Konzepten, also Investitionsförderung und Lohnkostenzuschüsse, miteinander zu verzahnen. Dieses Programm zielt ausschließlich auf Wirtschaftsunternehmen ab.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Das ist also keine reine arbeitsmarktpolitische Maßnahme.

Und ein nächster Schritt – ich habe das hier schon öfter gesagt – wird sein, Jugendfirmen zu entwickeln. Wir arbeiten jetzt im Ministerium daran, die entsprechenden Grundlagen dafür zu schaffen.

Wir wissen, dass sich die Unternehmen im internationalen Wettbewerb weiter stärken müssen. Das heißt, es geht auch um Qualifizierung. Wissen und Fertigkeiten bestimmen darüber, wo wirtschaftliche Aktivitäten stattfinden. Hier ist wiederum ein wesentlicher Ansatzpunkt betriebsnaher Arbeitsmarktpolitik zu sehen. Auch darüber hat der Wirtschaftsminister schon informiert, nämlich, dass wir sehr wohl ganz konkret auf die Bedürfnisse der Wirtschaftsstärke abstellen werden, wo die Qualifizierungsmaßnahmen im Einzelnen durchgeführt werden. Entweder Qualifizierung von Beschäftigten und Unternehmen – wobei er dargestellt hat, welche Vorstellungen wir da unter anderem mit Job-rotation haben – oder aber eine andere Form von beruflicher Weiterbildung kommt hier in Frage. Es geht hier darum, die bewährten Maßnahmen der Weiterbildung weiter fortzuführen, andererseits genau diese Förderung zu flexibilisieren und zielgerichteter auf den Qualifizierungsbedarf der Unternehmen auszurichten.

Ich möchte hier noch abschließend eines sagen: Ich halte, meine Damen und Herren von der CDU, öffentlich geförderte Beschäftigung für eine wichtige Ergänzung, ich habe das schon einmal gesagt. Es ist nicht die Wunderwaffe zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ich halte es aber angesichts der Zahlen – ich habe sie genannt, 164.000 Arbeitssuchende zu 6.200 offenen Stellen – für eine wichtige Ergänzung, für eine Flankierung und Stabilisierung von Wirtschaftsförderung.

(Beifall Caterina Muth, PDS –
Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Es muss endlich Schluss sein – und das, meine ich, diskreditiert die gesamte Debatte – mit der Klassifizierung der Arbeitsmärkte. Es gibt nur einen Arbeitsmarkt und an diesem einen Arbeitsmarkt sollen alle gleichberechtigt teilhaben können.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Das heißt, wir sind aufgefordert, neue Arbeitsfelder zu erschließen, um die nichtgetätigte Nachfrage zu befriedigen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich will etwas sagen zu den Vergabe-ABM. Sie wissen, dass die Bundesanstalt für Arbeit im Jahre 2000 mehr Geld zur Verfügung stellt für die Vergabe-ABM. Bisher war die Resonanz in unserem Land hierauf – ich formuliere das jetzt mal sehr diplomatisch und zurückhaltend – eher schleppend. Wir haben darüber nachgedacht, denn das hat Ursachen: weil auch gegen Vergabe-ABM gesprochen wurde, weil Vergabe schlecht geredet ...

(Jürgen Seidel, CDU: Aber nicht von uns.)

Nein, nicht von Ihnen. Ich habe das jetzt auch nicht an Sie adressiert. Ich lasse das jetzt mal allgemein stehen. Ich weiß, dass Sie sehr für Vergabe-ABM gesprochen haben, aber es ist auch festzustellen,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

dass das Instrument Vergabe-ABM in sich kompliziert ist, was das Antragswesen betrifft. Daraus, Herr Glawe, habe ich Schlussfolgerungen gezogen.

(Harry Glawe, CDU: Sehr schön.)

Ich weiß, dass das Landesarbeitsamt arbeitslose Ingenieure einstellen und qualifizieren will als Berater für Vergabe-ABM. Ich habe Leute gefunden, die sich damit auseinandergesetzt haben, und ich will eine Kompetenzgruppe einrichten, die Unternehmen und Antragssteller gleichermaßen berät, dass Vergabe-ABM in Mecklenburg-Vorpommern viel stärker gepowert und entwickelt werden können. Ich meine, das wird ein guter Beitrag sein, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Es ist ja nicht die Frage, die auch diskutiert wird, dass durch Vergabe-ABM Stammarbeitskräfte entlassen werden. Das ist einfach fadenscheinig. Wichtig ist doch, dass auch Vergabe-ABM zusätzlich sein müssen. Und genau der Anspruch der Zusätzlichkeit bewegt mich, diesen Schritt hier zu gehen.

Stichwort Strukturanpassungsmaßnahmen: Ich weiß, dass die CDU kritisiert hat, dass die Strukturanpassungsmaßnahmen in einer gewissen Weise eingeschränkt wurden, aber Sie wissen auch, dass im vergangenen Jahr – und wir haben uns als Land Mecklenburg-Vorpommern darum bemüht – die Strukturanpassungsmaßnahmen zur Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur von der Bundesanstalt für Arbeit gefördert wurden. Wir stocken diese Maßnahmen wirtschaftsnah auf.

Bemerkenswert ist hier, dass jeder vierte Teilnehmer an diesen Strukturanpassungsmaßnahmen im Anschluss an diese Maßnahme eine Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt gefunden hat. Ich meine, hier beweist sich, dass die Kofinanzierung von SAM, von Strukturanpassungsmaßnahmen, ein besonders wirksames Instrument ist, um Erwerbslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen zu beschäftigen.

Mit 1 DM Landesförderung konnten im Rahmen der Kofinanzierung 18 DM Fremdmittel von Arbeitsämtern,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

den Trägern und der Europäischen Union mobilisiert werden. Und immerhin – auch das ist wichtig – waren 58 Prozent der geförderten Teilnehmerinnen und Teilnehmer Frauen. Auch das kann sich sehen lassen. Ich meine, auch diese Maßnahmen sollten viel stärker genutzt werden, und darauf werden wir abstellen.

Ein letztes Wort ganz kurz noch einmal zu den gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekten. Sie wissen, es geht auf der einen Seite um Aufstockung der Strukturpassungsmaßnahmen, aber auch um die reine Landesförderung. Hier geht es nicht darum, irgendwelche speziellen Dinge auf den Weg zu bringen, die der Wirtschaft nicht dienen und die ausschließlich auf soziale Projekte beschränkt sind. Das ist im Zusammenhang mit der Diskussion über die Zukunft der Arbeit sicherlich wichtig, aber wir sind jetzt dabei, diese Projekte auch verstärkt wirtschaftsnah zu justieren. Ich befürchte, dass viele arbeitsmarktpolitische Akteure in diesem Land noch gar nicht zur Kenntnis genommen haben, dass gemeinwohlorientierte Arbeitsförderprojekte ein sehr geeignetes Instrument auch dafür sind, um Strukturen zu fördern. Hier sind Strukturen gemeint, die personalintensiv sind, der Wirtschaft zugute kommen und das Unternehmensumfeld verbessern.

Inzwischen ist es so, dass in Rostock und in der Region um Rostock verstärkt Projekte vorgestellt und beantragt werden aus der Wirtschaft heraus, die das Unternehmensumfeld verbessern. Da geht es um Beratungsdienstleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen, die Organisation von Bieterverbänden und Ähnliches. Diese Projekte werden gegenwärtig bei uns beraten. In diesem Sinne meine ich, gemeinwohlorientierte Arbeitsförderprojekte sind auch ein Beitrag zur Schaffung zukunftsfähiger und nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Ich meine, wir sollten, wenn wir die Diskussion über die Zukunft der Wirtschaftsförderung führen, auch über die Zukunft der Arbeit diskutieren. Wir brauchen ein Umdenken. Ich habe deutlich gemacht, dass jegliche Arbeit, die in Mecklenburg-Vorpommern und nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern geleistet werden kann, gleichberechtigt und gesellschaftlich anerkannt und damit finanziert wird. Ich möchte Sie alle auffordern, nicht nur über eine Wirtschaftssituation kritisch zu reden und sich möglicherweise lauthals zu beklagen, sondern wir sollten unsere ideologischen Brillen absetzen

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und gemeinsam die Chancen für unser Land erkennen. Ich warte auf Ihre Vorschläge und Ideen. – Danke schön.

(Beifall bei der PDS und
Volker Schlotmann, SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der PDS-Fraktion.

Barbara Borchardt, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wiederholt versucht die CDU, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes einzureden, dass die Regierungskoalition wirtschaftsfeindlich wäre. Aber, meine Damen und Herren von der CDU, eine Unterstellung wird nicht wahr, wenn man sie ständig wiederholt. Gleichzeitig sollten Sie sich überlegen, ob Sie nicht gerade durch diese Unterstellung nur eines erreichen, nämlich diejenigen, die sich in Mecklenburg-Vorpommern ansiedeln beziehungsweise selbständig machen wollen, abschrecken, es zu tun.

Und, meine Damen und Herren von der CDU, mich veretzt es immer wieder in Erstaunen, welch einseitiges Verständnis vom Staat Sie haben.

(Heiterkeit bei Jürgen Seidel, CDU)

Immer dann, wenn bestimmte staatliche Regulierungen die Kapitalverwertung in diesem Land behindern und Einhalt gebieten, dann schreien Sie nach Deregulierung. Auf der anderen Seite schreien Sie nach Regulierung, wenn es um die Stärkung der Kapitalverwertung geht.

Und lassen Sie es sich zum x-ten Mal sagen: Selbstverständlich ist die Förderung der gewerblichen Wirtschaft ein Anliegen der Regierung und der Koalitionsfraktionen. Der Markt funktioniert eben nicht ohne staatliche Förderung und Regulierung. Aber anders als Sie, die jahrelang gepredigt haben, der Markt wird schon alles regeln, wollen wir diesen Prozess ganz bewusst gestalten.

(Harry Glawe, CDU: Planwirtschaft.)

Dabei steht für uns die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Sicherung von Arbeitsplätzen im Mittelpunkt. Im Hinblick auf die 1997 ausgereichten Mittel im Rahmen der GA-Förderung, wo nachweislich fast 190.000 DM für einen Arbeitsplatz bereitgestellt wurden, muss schon erlaubt sein, darüber nachzudenken, wie wir es schaffen, dass mit der gleichen Fördersumme mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

In diesem Sinne ist es aus unserer Sicht an der Zeit, die Förderprogramme auf den Prüfstand zu stellen. Gleichzeitig ist es an der Zeit, Leitbilder für die Entwicklung auf allen Politikfeldern – sowohl aus Sicht des Landes, aber auch der Regionen – zu erarbeiten und entsprechend dem Bedarf die Förderung zielsicher einzusetzen. Es muss uns gelingen, in Zukunft die Wirtschafts-, Struktur- und Beschäftigungspolitik miteinander zu verknüpfen. Gemeinsam müssen wir erreichen, dass eine Förderung entsprechend dem Bedarf, der von allen Beteiligten definiert wird, erfolgt und nicht nach starren Förderrichtlinien.

Und, meine Damen und Herren von der CDU, selbstverständlich müssen wir uns die Frage stellen: Was heißt es eigentlich für das Land Mecklenburg-Vorpommern, wenn die ganze Welt vom Übergang der Industriegesellschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft spricht? Welche Chancen und Potenzen hat unser Land in diesem Prozess? Reichen unsere Bedingungen für einen Prozess des lebenslangen Lernens aus und welche Voraussetzungen müssen wir gemeinsam schaffen? Wie ist es bestellt mit dem Technologiestandort Mecklenburg-Vorpommern? Und für uns eine der wichtigsten Fragen: Wie erreichen wir, dass eben nicht, wie in der Studie der LBS herausgearbeitet, die Jugendlichen aus diesem Land auswandern, weil sie keine Perspektive haben?

Unter Berücksichtigung all dieser Fragen ist auch die Rolle des sogenannten zweiten Arbeitsmarktes einzuordnen, und nicht, wie Sie es immer und immer wieder zu behaupten versuchen, als Gegenpart zum sogenannten ersten Arbeitsmarkt, dessen Differenzierung ich nach wie vor für unsinnig halte.

Lassen Sie uns gemeinsam darüber nachdenken, welche Chancen und Möglichkeiten, unter Berücksichtigung des effektiven Einsatzes der vorhandenen finanziellen Mittel, einschließlich der Mittel aus dem AQMV, wir haben! Lassen Sie uns gemeinsam Kooperationsbeziehungen in den Regionen aufbauen, Kooperationsbeziehungen der verschiedenen Akteure mit unterschiedlichen Interessen, die gemeinsam ihre Potenzen zur Entwicklung ihrer Region bündeln und somit nachhaltige und zukunftsfähige

Arbeitsplätze schaffen und die Region stärken! Dazu bietet das AQMV gute Voraussetzungen.

Bewusst setzen wir in der neuen Förderperiode auf die Verstärkung der Regionalisierung, auf die zielgerichtete Qualifizierung sowohl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch der Erwerbslosen. Bewusst setzen wir auf die Erprobung neuer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen wie gemeinwohlorientierte Arbeitsförderprojekte, die sowohl von Wirtschaftsunternehmen als auch von Vereinen und Verbänden durchgeführt werden sollen. Ganz bewusst wollen wir den Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Zum Abschluss sei Folgendes gesagt: Für die Stärkung der Wirtschaftsunternehmen und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit gibt es keine Rezepte. Unterschiedliche Wege müssen gegangen werden, nicht gegeneinander, sondern gleichberechtigt und zielgerichtet nebeneinander. Plakative Unterstellungen helfen dabei nicht.

Im Namen der Koalitionsfraktionen beantrage ich, den Antrag für erledigt zu erklären. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Kollegin.

Im Rahmen der Debatte wurde der Antrag gestellt, den Antrag auf Drucksache 3/1052 für erledigt zu erklären. Wer diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1052 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion für erledigt erklärt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Abfallwirtschaftsplan des Landes und Verordnung zum Abfallwirtschaftsplan des Landes, Drucksache 3/1053.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Abfallwirtschaftsplan des Landes und Verordnung zum Abfallwirtschaftsplan des Landes
– Drucksache 3/1053 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Holznel von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Renate Holznel, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gemäß Paragraph 29 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz des Bundes hat das Land die Pflicht, einen Abfallwirtschaftsplan nach überörtlichen Gesichtspunkten aufzustellen. Inhalt und Ziele dieser Abfallwirtschaftsplanung sind in dieser gesetzlichen Regelung näher darzustellen. Am 13. Januar dieses Jahres hat nunmehr das Kabinett den Abfallwirtschaftsplan verabschiedet, der laut der Beratung des Landtages durch den Landesrechnungshof eben diesen Anforderungen nicht entspricht.

Bevor ich auf dieses Thema näher eingehe, möchte ich zum Verständnis unseres Antrages allerdings darauf verweisen, dass meiner Fraktion zwar die Beratung des Landesrechnungshofes zum Abfallwirtschaftsplan und der entsprechenden Verordnung zum Abfallwirtschaftsplan

sowie die hierzu abgegebene Stellungnahme der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns rechtzeitig vorliegen, der Abfallwirtschaftsplan in seiner letztendlichen Fassung der CDU-Fraktion aber bis vorgestern leider nicht zur Verfügung stand.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Das ist ja furchtbar.)

Wenn auch der Umweltminister in seinen Pressemitteilungen die Grundsätze und Ziele des nun beschlossenen Abfallwirtschaftsplanes in ausreichendem Maße skizzierte, wäre es für die Opposition aber doch hilfreich, sich bei solchen, für die künftige Entwicklung des Landes bedeutenden Themen rechtzeitig ein eigenes Bild zu machen. Nach der letzten Debatte war ich eigentlich optimistisch und habe nicht gedacht, dass dies ein Problem werden könnte.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auf den der CDU-Landtagsfraktion vorliegenden Entwurf des Abfallwirtschaftsplanes treffen die Feststellungen des Landesrechnungshofes durchaus zu. Dieser Entwurf steht unseres Erachtens weder im Kontext zum Kreislaufwirtschaftsgesetz noch zur europäischen Gesetzgebung. Anstelle der rechtlichen Grundlagen wird seitens der Landesregierung Bezug auf die Koalitionsvereinbarung genommen. Dem Abfallwirtschaftsplan mangelt es unseres Erachtens an der im Kreislaufwirtschaftsgesetz vorgeschriebenen Lenkung und Abwägung der einzelnen Belange, wie Abfallvermeidung, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz, untereinander. Es fehlt auch der Rahmen: Wie geht man mit dem um, was bisher gesetzlich geregelt war?

Während die Landesregierung mit dem Abfallwirtschaftsplan versucht, mit ihrer Verantwortung für die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Infrastruktur der Abfallwirtschaft die entsorgungspflichtigen Körperschaften allein zu lassen, wird gleichzeitig dem freien Markt und Wettbewerb das Wort geredet. Ich bin nicht gegen Wettbewerb, das möchte ich noch einmal betonen, aber Wettbewerb geht nur unter annähernd gleichen Ausgangs- und Wettbewerbsbedingungen.

(Caterina Muth, PDS:
Die gesetzlich ja geregelt sind.)

Hier müssen Regeln geschaffen werden, die Wettbewerb dann auch ermöglichen.

(Zuruf von Caterina Muth, PDS)

Eines wird hierbei aber nicht in angemessenem Maße berücksichtigt: Der Markt für Siedlungsabfälle ist eben kein freier Markt wie andere. Den entsorgungspflichtigen Körperschaften obliegt nun einmal, wie es ihr Name schon sagt, die Pflicht zur Entsorgung der Siedlungsabfälle und der Daseinsvorsorge.

Wie die entsorgungspflichtigen Körperschaften diese Pflichten allerdings bei derart dürftigen Vorgaben wahrnehmen sollen, meine Damen und Herren, kann wohl nur die Landesregierung erklären. Während Sie, Herr Umweltminister, im ganzen Land frei verkünden, dass nun das Zeitalter der dezentralen Anlagen angebrochen sei, weht Investoren – und das ist traurig – bereits ein eiskalter Wind entgegen. Wie unter dem von Bürgerinitiativen geschürten Druck der Öffentlichkeit

(Caterina Muth, PDS: Damit musste man sich schon immer auseinander setzen.)

und der derzeitigen unsicheren Rechtslage ein Oberbürgermeister oder Landrat nur auf den Gedanken kommen soll, eine Abfallbehandlungsanlage zu errichten, bleibt mir hier einfach schleierhaft.

(Caterina Muth, PDS: Indem man transparent mit dem Thema umgeht zum Beispiel.)

Und da gibt es genügend Beispiele, auch in letzter Zeit.

Hier wird sich dann allerdings zeigen, dass auch die freie Wirtschaft das mit der derzeitigen Rechtslage verbundene Investitionsrisiko nicht übernehmen wird. Ich sage Ihnen voraus, dass unter diesen Umständen sich in unserem Land keine vernünftige Abfallwirtschaft etablieren wird.

(Heike Lorenz, PDS: Ach, das geht ja nicht in Erfüllung.)

Und dann passiert es, dass ab dem Jahre 2005, wenn die Ausnahmeregelung der TASI ausläuft, die Preise für die Verwertung unseres Siedlungsabfalls in anderen Bundesländern diktiert werden, und das sollten wir vermeiden.

(Caterina Muth, PDS: Welches Angebot hätten Sie denn, Frau Holznel, um das zu vermeiden?)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Spezialisten der Abfallwirtschaft, die wir hier in der vergangenen Legislaturperiode in unseren Reihen doch so häufig vertreten hatten! Ich könnte Sie jetzt mit Ihren eigenen Zitaten, die Ihre jetzige Abfallpolitik auf den Kopf stellt, konfrontieren, aber das möchte ich nicht tun.

(Angelika Gramkow, PDS: Das beweisen Sie mal!)

Ja, die gebe ich Ihnen sehr gerne.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich würde das gern mal sehen.)

Es ist nicht mein Anliegen, einzelne Personen zu zitieren, denn ich weiß genau, dass sich revolutionäre Dinge in diesem Bereich vollziehen, denn das Kreislaufwirtschaftsgesetz wirkt immer besser. Das wollten wir ja auch alle.

(Zuruf von Caterina Muth, PDS)

Da muss neu gedacht werden, da braucht man auch Visionen. Wir wollen vielmehr unserer Aufgabe als Opposition gerecht werden und auf Missstände hinweisen,

(Caterina Muth, PDS: Welche Missstände?)

um den Bürgern unseres Landes eine schlimme Entwicklung der Abfallgebühren zu ersparen. Dass wir hier leider seitens der Landesregierung nicht im ausreichenden Maße unterstützt werden, macht die Beantwortung unserer Großen Anfrage zur Abfallpolitik mehr als deutlich. Hierfür benötigt die Landesregierung neun Monate,

(Zuruf von Caterina Muth, PDS)

sicher, um in dieser Zeit in Ruhe den Abfallwirtschaftsplan beschließen zu können.

Die von der SPD- und PDS-Fraktion noch in der letzten Legislaturperiode so vehement geforderte Beratung des Abfallwirtschaftsplanes und der Verordnung zum Abfallwirtschaftsplan

(Caterina Muth, PDS: Sie haben es verhindert! – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

im Parlament wurde gleichzeitig ausgeblendet.

(Caterina Muth, PDS: Und warum haben Sie nicht beantragt, das Gesetz zu ändern?)

Wir hätten es doch jetzt auch tun können.

(Peter Ritter, PDS: Da haben wir das schon längst auf dem Tisch gehabt. So rächt sich alles.)

Als nun aber der Landesrechnungshof Kritik am Abfallwirtschaftsplan übte, war man allerdings innerhalb von zwei Wochen in der Lage, dieser Kritik mit Argumenten entgegenzutreten. Diese Argumente möchte ich jedoch hier in Frage stellen, denn es wird nur gesagt, die Kritik ist falsch. Warum und weshalb, das fehlt hier eigentlich. Herr Umweltminister, ich denke, das ist ein neuer Stil, aber ob es ein guter Stil ist, das sollen Sie entscheiden.

(Caterina Muth, PDS: Wie bitte? ...)

Der nunmehr vom Kabinett beschlossene Abfallwirtschaftsplan und die Verordnung zum Abfallwirtschaftsplan gefährden auch nach Auffassung meiner Fraktion bestehende Strukturen in der Abfallwirtschaft und die Errichtung von Abfallbehandlungsanlagen in unserem Land. Aus diesem Grund ist es unbedingt erforderlich, auf die Kritik des Landesrechnungshofes näher einzugehen.

(Peter Ritter, PDS: Frau Holznel, kennen Sie die Stellungnahme der OVVD?)

Besonders drei Punkte möchte ich hier nennen: die fehlende überörtliche Fachplanung, der falsche methodische Ansatz und die gravierenden rechtlichen Mängel.

(Caterina Muth, PDS: Ha, ha, ha! – Andreas Bluhm, PDS: Welches ist denn die richtige?)

Diese sind im Abfallwirtschaftsplan einzuarbeiten, um somit Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Deshalb sollten Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, dem Antrag der CDU zustimmen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Andreas Bluhm, PDS: Nee, nee!)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Holznel.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart.

Als Erster hat das Wort der Umweltminister. Bitte sehr, Herr Dr. Methling, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Opposition hat mich wahrlich nicht enttäuscht.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sie hat mir mit ihrem Antrag zum Abfallwirtschaftsplan ein öffentliches Forum geboten, um zu meinen und unseren politischen Zielen in der Abfallwirtschaft des Landes zu sprechen und mich dabei auch sachlich mit den Einwendungen des Landesrechnungshofes auseinander zu setzen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das wird Zeit.)

Frau Holznel hatte mir in diesem Zusammenhang mangelndes Demokratieverständnis vorgeworfen, weil ihr der Entwurf des Abfallwirtschaftsplanes nicht persönlich zugegangen war.

(Zuruf von Renate Holznagel, CDU)

Sehr geehrte Frau Holznagel, ich habe diesen Entwurf an fast hundert Träger öffentlicher Belange mit der Bitte um Stellungnahme versandt. Über 50, exakt 59 von ihnen haben schriftlich ihre Hinweise gegeben und dabei im ganz überwiegenden Maße meine Planungen begrüßt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Somit waren die Pläne keinesfalls geheim und zudem zugänglich für diejenigen, die sich dafür interessierten.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Jürgen Seidel, CDU)

Da Sie ganz persönlich und mehr als einmal diese Planungen in Pressemitteilungen heftig kritisiert haben, konnte ich sicher davon ausgehen, dass Sie diese Pläne vor Ihren Verlautbarungen gelesen haben, zumal Sie in diesbezüglichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen, an denen ich auch teilgenommen hatte, die Gelegenheit hatten, sich zu informieren, und übrigens auch diskutiert haben. Selbstverständlich hätte ich Ihnen auch ganz persönlich ein Exemplar zur Verfügung gestellt. Allerdings ist eine solche Anfrage in meinem Büro nicht eingegangen. Die CDU-Fraktion hat den Entwurf bekommen. Generell, meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition, habe ich keinerlei Probleme damit, Ihnen Unterlagen meines Hauses zur Verfügung zu stellen, die sich ohnehin in der öffentlichen Anhörung befinden. Auch den, Frau Holznagel, gerade gedruckten beschlossenen Abfallwirtschaftsplan werden Sie selbstverständlich erhalten.

(Renate Holznagel, CDU: Jetzt habe ich ihn. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Den haben wir schon.)

Ja, das ist Ihre Eingebung hier, die ich auch nur damit beantworten kann, dass eine Drucklegung eine Zeit dauert. Wir wollten einen beschlossenen Abfallwirtschaftsplan ausreichen und dieses tun wir. Ich kann Ihnen erneut versichern, dass ich wie bisher entsprechende Anfragen und Wünsche der Opposition stets positiv bescheiden werde. So viel, Frau Holznagel, zum Thema Demokratieverständnis. Ich bin sehr erstaunt, dass Sie hier einen anderen Eindruck erwecken wollen, was das Zur-Verfügung-Stellen von Unterlagen aus dem Umweltministerium betrifft.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –
Caterina Muth, PDS: Jo. –
Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Durch den Antrag bin ich aufgefordert, den Landtag über den am 11. Januar vom Kabinett bestätigten Abfallwirtschaftsplan und die entsprechende Verordnung zu unterrichten. Da ich meine Pläne in diesem Hohen Hause und auf mehreren öffentlichen Veranstaltungen bereits diskutiert habe, will ich darauf verzichten, Ihnen erneut die acht Grundsätze der Abfallwirtschaft zu erläutern. Ich will Ihnen aber gerne noch einmal verdeutlichen, warum wir einen radikalen Bruch in der Abfallpolitik des Landes vorgenommen haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das würde mich auch mal interessieren.)

Zunächst will ich der Forderung der Ziffer 1 des Antrages nachkommen und die Auswirkungen des Planes auf laufende Planungsverfahren zur Errichtung von Abfallbehandlungsanlagen und zur Auslastung der Deponien des Landes verdeutlichen.

Die Vorgängerregierung hatte alle öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger des Landes im Ergebnis mehrerer kostenintensiver Gutachten dazu zwangsverpflichtet, im Land zwei, eigentlich nur eineinhalb Müllverbrennungsanlagen zu errichten und sich diesen dann anzudienen. Demzufolge hat es im Land auch nur zwei entsprechende Planungen gegeben, eine in Neubrandenburg und eine in Rostock.

Der damalige Abfallentsorgungsplan wurde mit der Hochtemperaturverbrennung, ohne gesetzliche Ermächtigungsgrundlage übrigens, verbunden und damit wurden auch noch die technologischen Varianten minimiert. Deswegen entschloss man sich, in Neubrandenburg eine Anlage nach der Schwelbrenntechnik zu errichten. Diese Planungen wurden weit vor der Amtsübernahme des Umweltministers Methling abgebrochen, weil technische Schwierigkeiten der Pilotanlage in Fürth die Firma Siemens zur Aufgabe ihres Projektes veranlassten. Die verlorenen Planungskosten hat Siemens an den Auftraggeber OVVD zurückgezahlt.

Somit gibt es nur eine einzige Planung, auf die der neue Abfallwirtschaftsplan Auswirkungen haben kann. Das ist die Planung der EVG in Rostock, die eine Kombianlage errichten will. Diese soll aus einer mechanisch-biologischen Vorbehandlung für 210.000 Tonnen Müll im Jahr und einer nachgeschalteten Müllverbrennungsanlage mit wassergekühltem Rost für etwa 150.000 Tonnen bestehen. Die Anlage wurde konzipiert, ohne zu wissen, wie der Input der Anlage gesichert werden kann. Das gilt nicht erst, seit ich mit dem neuen Plan die Entsorgungsregion aufgehoben habe. Rostock selbst verfügt über maximal 90.000 Tonnen fester Siedlungsabfälle. Die vormalige Entsorgungsregion hatte in summa lediglich 150.000 Tonnen der erforderlichen 210.000 Tonnen. Die benachbarten Kreise Güstrow und Bad Doberan haben frühzeitig signalisiert, dass sie, obwohl eigentlich nach der alten Planung in der Rostocker Entsorgungsregion liegend, ihre Abfälle nicht nach Rostock liefern würden. Sie haben die Entsorgung ihrer Abfälle inzwischen öffentlich ausgeschrieben.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Die Rostocker Abfallbehandlungsanlage ist wie alle diese Anlagen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz durch das Staatliche Amt für Umwelt und Natur in Rostock zu genehmigen. Eine Bedarfsprüfung sieht dieses Genehmigungsverfahren nicht vor. Da vergleichbare Anlagen bereits jetzt gebaut sind, ist davon auszugehen, dass die Rostocker Anlage genehmigungsfähig ist. In diesem Fall wird sie auch genehmigt werden, alles andere wäre Rechtsbruch.

Es verbleibt allerdings die Frage, wie diese Anlage auszulasten ist. Darauf habe ich vielfach hingewiesen und ich bin nicht bereit, politische Verantwortung für überhöhte Abfallbehandlungskosten in Rostock zu übernehmen, wenn diese Anlage mangels Partner nicht ausgelastet werden kann. Das, also die Auslastung dieser Anlagen, war zu jeder Zeit Aufgabe des Betreibers.

(Caterina Muth, PDS: Richtig.)

Das war vor dem neuen Abfallwirtschaftsplan so und das wird auch in Zukunft so sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist auch zu jeder Zeit eine Illusion gewesen zu glauben, man könne

Landräte durch Landesverordnung dazu verpflichten, Abfall einer zentralen Anlage anzuliefern, wo ein Monopolist möglicherweise noch überhöhte Preise vorgibt. Deshalb hat der neue Abfallwirtschaftsplan auch keine Auswirkungen auf die Rostocker Planungen. Sie können genehmigt werden. Ohne Partner für den Müllbunker werden aber die Verantwortlichen, die diese Entscheidung zu treffen haben, wohl politisch darin verschwinden. Die einzige Auswirkung, die ich hier erkennen kann, ist die, dass der neue Abfallwirtschaftsplan den Planungsträgern offensichtlich deutlich gemacht hat, in welchem Dilemma sie sich in Rostock befinden.

Die neue Abfallpolitik hat Auswirkungen ganz anderer Art auf Planungen von Abfallbehandlungsanlagen. Sie hat nämlich – im Gegensatz zu den fatalistischen Prophezeiungen des Landesrechnungshofes – vielfältige Aktivitäten ausgelöst, sich über regional zugeschnittene Planungen Gedanken zu machen, und das ganz im Gegenteil zu der Darstellung, die Sie gewählt haben, Frau Holznelg.

Das betrifft vor allem auch unsere landeseigene Ihlenberger Abfallgesellschaft IAG. Diese war bei den CDU-Planungen sozusagen im Müllschlucker verschwunden, denn Müllverbrennung war obligatorisch vorgeschrieben und diese hatte in Rostock und Neubrandenburg zu erfolgen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Damit war die IAG hier völlig blockiert, jeder Entwicklungschance beraubt und infolge dieser Perspektive in puncto Abfallbehandlung in einen relativen Dornröschenschlaf gefallen. Konzepte, die die Abfallwirtschaft entwickeln sollten, bestehen seit 1997, wurden aber nicht umgesetzt. Eine Fortsetzung dieser Abfallpolitik hätte zur Folge gehabt, dass 2005 auf dem Ihlenberg keinerlei nicht behandelter Hausmüll mehr angeliefert worden wäre, weil es das Land selbst mit seiner Verordnung untersagt hatte, eine Abfallbehandlungsanlage zu errichten. Paradox, meine Damen und Herren, aber wahr! In diesem Fall wäre genau das eingetreten, was jetzt der Landesrechnungshof der neuen Abfallwirtschaftspolitik unterstellt, die IAG wäre wirtschaftlich extrem gefährdet gewesen.

Der Abfallwirtschaftsplan vom 11. Januar hat dazu geführt, dass Aufsichtsrat und Geschäftsführung der IAG die neue Chance nutzen werden und zügig ein Konzept für die Abfallbehandlung auf dem Ihlenberg entwickeln. Nach meiner Kenntnis sind die notwendigen Festlegungen getroffen. Die Voraussetzungen dafür sind vergleichsweise gut, denn Synergien mit der Konditionierung von Sonderabfällen der Industrie liegen sowohl technologisch als auch betriebswirtschaftlich auf der Hand. Ich habe keine Zweifel, dass mit einem vernünftigen Konzept marktvertragliche Preise für die Annahme von Hausmüll erzielt werden können, die für die umliegenden Landkreise und auch für die Landeshauptstadt ein interessantes Angebot ermöglichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Erhard Bräunig, SPD)

Die neue Abfallwirtschaftspolitik gefährdet also nicht, wie der Landesrechnungshof behauptet, den Ihlenberg, sondern, im Gegenteil, erst diese neue Abfallwirtschaftspolitik sichert ihm eine Zukunft über das Jahr 2005 hinaus.

Im Bereich der OVVD hat der neue Abfallwirtschaftsplan dazu geführt, dass die Geschäftsführung sich von den Plänen einer Müllverbrennung sehr weit entfernt hat

und auf Stoffstrommanagement setzt. Sie hat erkannt, dass es in Anbetracht erheblicher Restkapazitäten der Deponie Rosenow betriebswirtschaftlich vorteilhaft sein könnte, auf dem Deponiestandort eine mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage zu errichten und die Restabfälle auf der eigenen Deponie endzulagern.

In anderen Gebieten entwickeln die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und mehrere Abfallwirtschaftsunternehmen zahlreiche Aktivitäten, um die ab 01.07.2005 obligatorische Vorbehandlung der Abfälle zur Beseitigung zu sichern. Niemand, ich betone, niemand steckt den Kopf in den Sand, sondern man stellt sich der Verantwortung und will bisher verwehrt wirtschaftliche Chancen nutzen. Das Umweltministerium wird diesen Prozess beratend und moderierend führen.

Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, obwohl der Abfallwirtschaftsplan kaum in Kraft ist, kann ich mit den Auswirkungen auf die Planungen von Abfallbehandlungsanlagen mehr als zufrieden sein, im Unterschied zu Ihnen.

Ich will Ihnen auch gern die Auswirkungen auf die Auslastung der Deponien im Lande erläutern. Zur Zeit gibt es in Mecklenburg-Vorpommern neun Deponien, die beschickt werden. Alle diese Deponien nehmen Abfälle der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger auf der Basis geschlossener Verträge an.

(Zuruf von Bärbel Kleedehn, CDU)

Die Mehrzahl der Landkreise hat sich bis Mitte 2005 vertraglich gebunden. Diese Verträge haben Bestand und werden durch den neuen Abfallwirtschaftsplan keinesfalls in Frage gestellt. Insofern ist es völlig absurd zu behaupten, der Abfallwirtschaftsplan würde einen ruinösen Preiskampf der Deponiebetreiber auslösen. Weder der Deponie Ihlenberg noch der Deponie Rosenow oder Stern-Dennin werden die vertraglich gebundenen Partner abhandeln kommen. Die anderen sechs Deponien haben zeitlich befristete Betriebsgenehmigungen und Deponiekapazitäten. Auch dort werden die Deponien wie geplant verfüllt werden. Sie sind zum Teil kreiseigen und vergleichsweise kostengünstig.

Ein Wettbewerb im Deponiesektor wird damit nur dort stattfinden und dann stattfinden, wo und wenn die Deponien auslaufen und die Kreise sich neu orientieren müssen. Hier wird es dann mehrere Anbieter geben, was die Angebote drückt und damit den Kommunen die Chance zu günstigen Abfallgebühren bietet. Das ist aus unserer Sicht dringend notwendig, da die vorgeschriebene Vorbehandlung die Entsorgungskosten erhöhen wird. Das habe ich des Öfteren betont und will es heute noch einmal tun. Durch die vorgeschriebene Behandlung der Abfälle ab 01.07.2005 gibt es erhöhte Abfallbehandlungskosten und wir haben alles dafür zu tun, dass diese Effekte möglichst gering sind,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

unter anderem indem wir dazu beitragen, dass in anderen Bereichen Kosten sinken. Ich bin der Überzeugung, dass in den Fällen die betroffenen Kreise frühzeitig über die Abfallbehandlung nachdenken, um sich für das Jahr 2005 zu rüsten. Ich kann Ihnen sagen, dass mir kein Deponiebetreiber mitgeteilt hat, dass er im Ergebnis der Abfallwirtschaftsplanung mit deutlich anderen Kapazitäten kalkulieren müsse. Die Behauptung, es gäbe infolge des neuen Abfallwirtschaftsplanes einen ruinösen Preiskampf der

Deponien, ist unverantwortliche Panikmache. Bisher gab es überhaupt keinen Wettbewerb. Es ist schon erstaunlich, dass einige glühende Anhänger der Marktwirtschaft in der Abfallwirtschaft keinen Wettbewerb zulassen wollen,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Dr. Henning Klostermann, SPD)

sondern auf dirigistische Planwirtschaft setzen. Scheinbar haben Sie den Schock darüber, dass ein PDS-Minister die Chancen des Wettbewerbs nutzen will, immer noch nicht ganz verdaut.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die vom Landesrechnungshof verfasste Beratung des Landtages zum Entwurf des Abfallwirtschaftsplanes führte, wie nicht anders zu erwarten, zu dem Antrag der Opposition, den Plan zu novellieren. Der Landesrechnungshof hat in den vergangenen Monaten mit großem Eifer versucht, die neue Abfallwirtschaftspolitik der Landesregierung zu Fall zu bringen. Am 3. September verfasste er eine Stellungnahme an das Umweltministerium, am 19. November folgten Bemerkungen an den Finanzausschuss, vom 17. Dezember datiert die Beratung des Landtages, auf die der vorliegende CDU-Antrag Bezug nimmt. Alles fand seinen Höhepunkt am 21.12., als der Präsident des Landesrechnungshofes Herr Tanneberg auf einer Landespresskonferenz meinen Abfallwirtschaftsplan als „Tollhausplanung“ titulierte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist er.)

Daraus mögen Sie ersehen, aus den Stellungnahmen, die bei uns eingegangen sind, dass der Landesregierung die Kritikpunkte des Landesrechnungshofes lange bekannt sind, diese vielfach abgewogen und letztlich nicht berücksichtigt worden sind. Ich sehe mich durch die vorliegende Drucksache auch keinesfalls in einer Art und Weise beraten, die mich veranlassen könnte, den Plan zu novellieren, bevor er eine Chance hatte, sich in der Praxis zu bewähren.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Dr. Henning Klostermann, SPD)

Ich will Ihnen gern zur Kenntnis geben, warum ich dazu keinerlei Anlass sehe. Der Behauptung des Landesrechnungshofes, der Verordnung fehle es an einer Rechtsgrundlage, folgen weder das Justizministerium noch die Juristen meines Hauses. Einem laut Auffassung des Landesrechnungshofes möglichen Normenkontrollverfahren sehe ich mit großer Gelassenheit entgegen, denn ich weiß aus dem Beteiligungsverfahren, dass die Entsorgungsträger mit meiner Planung keinerlei Probleme haben und damit auch nicht klagen werden, ganz im Gegensatz zu dem alten Abfallentsorgungsplan, gegen den die Landeshauptstadt Rechtsmittel eingelegt hatte und den übrigens der Landesrechnungshof ebenfalls abgelehnt hatte.

Nach Auffassung des Landesrechnungshofes wird von mir auf eine überörtliche Fachplanung verzichtet, die das Gesetz fordere. Gefordert werden zusätzliche Planangaben zu den Standorten, Transportkosten, Behandlungskosten für Anlagen jeder Couleur, Prognosen zum Technologiestand im Jahr 2005 und anderes mehr. Gefordert wird de facto ein Papier, das der Landrat aufschlägt, um zu sehen, welche Anlage er wo zusammen mit welchem Partner zu welchen Kosten errichten sollte. Das setzt eine

Behörde voraus, die allwissend für alle Landkreise des Landes eine Planung vorlegen könnte, die technologisch, ökologisch und kostenseitig optimal ist und der alle Landräte mit fliegenden Fahnen folgen würden. Leider gibt es, muss ich bekennen, solche Wundertäter im Umweltministerium nicht

(Caterina Muth, PDS:
Wie in keinem Ministerium.)

und die Vergangenheit hat hinlänglich bewiesen, dass auch einige hochbezahlte Gutachter dies nicht leisten können, selbst wenn sie wollten. Denn die dynamischen Veränderungen ausgesetzte moderne Abfallwirtschaft ist einfach zu komplex, als dass einfache, allgemein gültige Planungsansätze zu finden seien. Vielmehr können nur viele regional tätige Akteure aus verschiedenen Bereichen einem Optimum nahe kommen. Ich setze darauf, dass die Landkreise und die mit ihnen kooperierenden Entsorgungsunternehmen aus der Vielzahl möglicher Lösungen eine annähernd optimale Lösung finden können. Daher baue ich auf Deregulierung und kommunale Selbstverwaltung

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und nicht auf eine – übrigens rechtlich nicht vorgeschriebene – detaillierte überörtliche Fachplanung des Landes,

(Caterina Muth, PDS: Jo.)

die Eigenverantwortung und Kreativität auf allen Ebenen strangulieren würde. Die DDR hat genügend böse Erfahrungen mit überörtlichen Planungen auf unsicherer Datenbasis. Ich habe nicht vor, die Methoden von Günter Mittag oder einer staatlichen Plankommission zu übernehmen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ein grundlegender analytischer Fehler des Landesrechnungshofes besteht darin, dass er davon ausgeht, es würde nach wie vor eine isolierte kommunale Entsorgungswirtschaft geben können. Doch mit dem In-Kraft-Treten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist das vorbei. Politisches Ziel dieses konservativ motivierten Gesetzeswerkes war, neben der ökologischen Zielsetzung, unter anderem, die dominante kommunale Wirtschaftstätigkeit auf dem Abfallsektor zu brechen. Dem produzierenden Gewerbe wurde gestattet, sich selbst um die Entsorgung seiner Abfälle zu kümmern. Es wurden Abfälle zur Verwertung definiert und diese für den Markt freigegeben. Damit veränderten sich die Abfallströme entscheidend, und zwar so, dass sie zu einem Großteil an den kommunalen Entsorgungsträgern vorbeiführten. Das war politische Absicht und ist, wie wir wissen, so eingetreten, mit der Folge, dass kommunalen Entsorgungsanlagen die Abfälle fehlen und die unter anderen Randbedingungen kalkulierten Selbstkosten kaum noch zu erbringen sind. Auf diese Art und Weise sollen die Kommunen gezwungen werden oder, ich sage es freundlicher, motiviert werden, private Dritte mit der Abfallentsorgung zu beauftragen.

Was heute die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zu entsorgen haben, ist oftmals sozusagen der Müll vom Müll, der nur schwer zu vertretbaren Kosten zu beseitigen ist. Deshalb wird künftig wohl in aller Regel der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger nicht ohne privates Kapital auskommen und die Abfallwirtschaft mit ins Boot nehmen müssen, um Synergien zu nutzen. Und diese wird es nicht

an Initiative fehlen lassen, denn nach wie vor gilt, dass Hausmüll eine sichere Umsatzquelle ist.

Folge ich der Beratung des Landesrechnungshofes, werden weder die Landkreise noch die Abfallwirtschaft die Chance der Vermarktung der Siedlungsabfälle eines ganzen Landes nutzen wollen. Um es einmal in Zahlen auszudrücken: Es ist ganz offensichtlich, dass bis 2005 und auch noch danach im Lande etwa 600.000 bis 700.000 Tonnen Haus- und Geschäftsmüll zu behandeln sind. Rechnen wir mit rund 200 DM pro Tonne Behandlungskosten – das ist die jetzige optimale Variante, die diskutiert wird – bietet sich hier ein Umsatz von 140 Millionen DM jährlich. Unterstellt man eine Rendite von fünf Prozent, sind jährlich 7 Millionen DM Gewinn zu verteilen.

Glauben Sie wirklich, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, dass Firmen wie RWE, Rethmann, Nehlsen oder Edelhoff im Tiefschlaf liegen? Sie und andere werden im Gegenteil sehr emsig und frühzeitig versuchen, sich ein Stück von dem Müllkuchen zu sichern. Und sie tun es bereits, wie wir wissen. Ich bin felsenfest davon überzeugt, es werden sich Unternehmen und Geschäftsführer finden, die – ganz entgegen den Behauptungen des Landesrechnungshofes – das Risiko einer Investition in Abfallbehandlungsanlagen nicht scheuen werden. Sie haben verstanden, dass es einen neuen Markt für kleine Abfallbehandlungsanlagen gibt, denn nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern gibt es Landkreise mit geringem Abfallaufkommen und Landräte, die nicht alle miteinander harmonieren.

(Heiterkeit bei Dr. Henning Klostermann, SPD)

Deshalb gibt es intensive Forschungen und Entwicklungen, die mit Anlagen deutlich unter 100.000 Jahrestonnen Behandlungskosten unter 200 DM anstreben. Und das sind keine Wolkenkuckucksheim-Träume von Minister Methling, sondern Aussagen der Wirtschaft an meinem Beratungstisch, an dem fast wöchentlich Abfallwirtschaftsunternehmen ihre Leistungsangebote präsentieren.

Politik ist immer gut beraten, zumindest aus meiner Sicht, nicht detailliert prognostizieren zu wollen, was bei entsprechenden Marktchancen Forscher und Technologen entwickeln können. Diese sind in aller Regel an ihren Reißbrettern beziehungsweise Computern wesentlich kreativer, als sich manche vorstellen können. Ich kann mir davon zumindest eine Vorstellung erlauben, nach den Gesprächen mit der Abfallwirtschaft und der Wissenschaft, die sich damit beschäftigt.

Die Überzeugung des Landesrechnungshofes ist es, dass der einzige verantwortliche Weg eine große Müllverbrennungsanlage für dieses Land sei. Dieser Idee folgt er verbissen und fordert von mir indirekt, aber sehr deutlich, ich hätte dem mit dem Abfallwirtschaftsplan Rechnung zu tragen. Unterstellt man einmal, eine zentrale Müllverbrennung wäre wirklich die Lösung, dieses unterstellt, völlig wertfrei, dann stellen sich folgende Fragen: Wer plant, wer baut und wer betreibt eine solche Anlage? Welchem Landkreis würde wohl der Landesrechnungshof eine Kreditermächtigung über die notwendigen circa 500 Millionen DM für eine solche Anlage geben? Welcher Landkreis würde überhaupt auf die Idee kommen, das Investitionsrisiko für solch ein Monstrum zu übernehmen, selbst wenn die anderen Kreise Kooperation signalisieren würden? Wer glaubt ernsthaft, es könnte eine GmbH aller Landkreise zur Errichtung einer solchen Anlage geben?

Dann bliebe noch die glänzende Idee, das Land gründet eine Landesgesellschaft, investiert und betreibt die Abfallentsorgung des gesamten Landes selbst, am besten mit dem Umweltminister als Geschäftsführer

(Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Träumen Sie
ruhig weiter! – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das ist doch wenigstens mal eine Idee.)

oder zumindest als Gesellschafter. Weitere Vorschläge für Geschäftsführer hätte ich parat, aber darauf will ich hier verzichten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es wäre sehr aufschlussreich, vom Landesrechnungshof zu erfahren, wie er das wirtschaftliche Risiko einer solchen Variante für das Land einschätzen würde. Ich sehe in dieser zentralen Anlage keinesfalls ein Optimum, weder ökologisch noch ökonomisch, und werde daher der Empfehlung des Landesrechnungshofes nicht Folge leisten können.

Wenn dem wirklich so wäre, würden ja nunmehr, wo die volle Planungsfreiheit der Kreise gegeben ist, alle Kreise blitzschnell ihre Offerten an die EVG in Rostock richten. Diese würde sich darüber sehr freuen, zumal manches für den Standort Rostock spricht: Er ist zentral gelegen, es gibt eine gute Infrastruktur, man kann Müll sogar über das Meer heranfahren,

(Peter Ritter, PDS: Man muss es nur
militärisch organisieren. – Heiterkeit
bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

sie ist hinreichend groß, es gibt klare Kostenaussagen, Erweiterungspotentiale sind vorhanden, das Genehmigungsverfahren ist weit fortgeschritten. Ich merke aber nichts von einer Bewegung der Landkreise, dass sie der EVG in Rostock solche Offerten unterbreiten, zumindest sind mir solche nicht bekannt geworden.

Es sollte doch auch der Opposition aufgefallen sein, dass der Landkreistag – erstaunlicherweise haben Sie den diesmal gar nicht zitiert –

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und auch die einzelnen Landkreise nicht gegen den Abfallwirtschaftsplan aufgetreten sind, sondern die nunmehr gegebene Planungsfreiheit der Verantwortlichen ausdrücklich begrüßten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das bestätigten mir gerade in der letzten Woche Herr Landrat Molkentin als Vertreter des Landkreistages und auch Frau Gehm, zuständige Beigeordnete in Ostvorpommern. Ich glaube, wir alle wissen, dass beide weit außerhalb des Verdacht stehen, Freunde der PDS zu sein.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Erhard Bräunig, SPD –
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Es mag gut sein, dass der Opposition und dem Landesrechnungshof mechanisch-biologische Anlagen suspekt sind. Wer allerdings meint, in solchen Anlagen würde es glitschen und zischen und die Keime schossen nur so durch die Lüfte,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

macht seine – zugegebenermaßen in diesem Falle verständliche – fehlende fachliche Kompetenz offenkundig. Den politischen Zweckpessimismus der vorgelegten Beratung, aufgrund der Konstellation im Bundesrat würde es keine Novelle der TA Siedlungsabfall geben und die Behandlung des Abfalls in mechanisch-biologischen Anlagen sei kein Weg, um Siedlungsabfälle zu politisch vertretbaren Kosten zu entsorgen, teile ich nicht, auch in Kenntnis der dazu geführten Diskussionen in der Umweltministerkonferenz.

Selbstverständlich ist hier – und das habe ich nie anders dargestellt – sowohl technologisch als auch im Rechtsetzungsverfahren noch einiges zu leisten. Dies kann und darf aber keinesfalls dazu führen, auch weiterhin nur auf Müllverbrennung zu setzen oder aber landesseitig Festlegungen zu treffen, die nur dem Bund zustehen. Die mechanisch-biologischen Verfahren haben erst jetzt eine Chance, ihre ökologische und ökonomische Gleichwertigkeit zu beweisen. Wir schreiben keine mechanisch-biologischen Anlagen vor, wir machen sie möglich, wenn sie ihre Gleichwertigkeit nachweisen können. Und diesen Nachweis müssen sie erbringen.

Lassen Sie mich zusammenfassen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Opposition fordert auf der Grundlage der Beratung des Landesrechnungshofes die Landesregierung auf, den eingeschlagenen Weg der Abfallpolitik wieder zu verlassen. Die Beratung des Landesrechnungshofes leitet auf der Basis von juristischen, technologischen und finanziellen Einschätzungen, die die Landesregierung weitgehend nicht teilen kann, Vorstellungen und Forderungen zur Abfallpolitik ab. Es ist das gute Recht der Opposition, sich diesen Vorstellungen anzuschließen. Allerdings wird Politik auch im Bereich der Abfallwirtschaft nicht durch den Landesrechnungshof, sondern unter Beachtung der Hinweise der Träger der öffentlichen Belange, selbstverständlich auch unter Beachtung der Meinung des Landesrechnungshofes, letztlich aber durch Parlament und Landesregierung gemacht. Koalitionsfraktionen und Landesregierung sind sich über den eingeschlagenen Weg einig, denn dieser Weg ist richtig.

Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger begrüßen wie auch die Abfallwirtschaft diese neue Politik. Eigenständige neue Vorschläge der Oppositionsfraktion sind hier und anderswo nicht vorgetragen worden und können demzufolge nicht berücksichtigt werden. Der neue Abfallwirtschaftsplan ist weder nichtig noch grob fehlerhaft. Er ist keine Gefährdung für unser Land, sondern eine neue Chance, die nach meiner festen Überzeugung sehr bald in konkrete Ergebnisse münden wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister. Gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Jäger?

Minister Dr. Wolfgang Methling: Ja, bitte.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Bitte sehr, Herr Dr. Jäger, stellen Sie Ihre Frage.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Minister, Sie haben uns jetzt doziert, was Ihre Meinung ist.

(Peter Ritter, PDS: Ihre Meinung kann er ja nicht vorstellen. – Heike Lorenz, PDS: Ja, eben.)

Können Sie mir – wenigstens fragen darf ich doch mal –

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

sagen, wer diese Auffassung in der Fachwelt – ich meine jetzt das Umweltbundesamt, ich meine Betriebswirtschaftler –, wer die denn wirklich noch teilt? Sie haben jetzt eine Generalabrechnung mit dem Landesrechnungshof gemacht – übrigens sehr unüblich, darf ich mal sagen, wie Sie das gemacht haben,

(Angelika Gramkow, PDS: Als Schweriner eine solche Frage zu stellen zum Abfallwirtschaftsplan, das wundert mich.)

aber das ist Ihre Sache.

Frau Gramkow, lassen Sie uns doch mal in der Stadtvertretung darüber reden. Nur, lassen Sie mich fragen. Ich kann nicht auf Sie hören und reden, also so gut bin ich noch nicht, krieg' ich aber noch hin.

(Siegfried Friese, SPD:
Einfach reden, nicht hören.)

Herr Minister, noch mal ganz klar: Welche wissenschaftlichen Untersuchungen unterstützen Ihre Aussagen, die Sie hier vor diesem Parlament getan haben, und welche stehen ihnen entgegen? Ich habe mich sehr gewundert, mit welcher Einseitigkeit Sie das hergegeben haben, was wissenschaftlich heute untersucht wurde. Und wenn Sie mir die Fundstelle in den Veröffentlichungen des UBA mal nennen würden, ich bin nächste Woche in Berlin, ich gucke es mir gerne an.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Also ...

(Caterina Muth, PDS: Auf welcher wissenschaftlichen Basis haben Sie denn dann geplant? Das würde mich ja jetzt mal interessieren. – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Aber ich ...

Dr. Armin Jäger, CDU: Aufgrund seiner eigenen Erfahrung.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Aber ich darf zunächst feststellen, Herr Abgeordneter Dr. Jäger, dass ich, was die Argumente des Landesrechnungshofs betrifft, hier in der Sache argumentiert habe. Ich denke, dass das allen aufgefallen ist, und ich denke, das ist mein Recht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und ich denke, ich bin sachlich geblieben. Dass Sie das anders sehen, ist möglicherweise zu akzeptieren.

Was die Bewertung betrifft, will ich auch darauf hinweisen, dass ich eben im Gegenteil zu dem, was vorher gewesen ist, nicht einseitig bin in meinen Darstellungen und Wertungen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Caterina Muth, PDS: Das ist nämlich der Punkt, Herr Jäger!)

Das ist eben gerade das Gegenteil, was Technologiefragen betrifft und was anderes betrifft. Deswegen bin ich über Ihre Bewertung verwundert.

(Caterina Muth, PDS: Open the door, heißt das.)

Und was den wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Hintergrund betrifft, dazu gibt es zur Bewertung zum Beispiel der mechanisch-biologischen Anlagen im Vergleich zu anderen extra ein Gutachten des Umweltbundesamtes, das eine wesentliche Entscheidungsgrundlage sein wird für die Novellierung der TA Siedlungsabfall, an der ich keinen Zweifel habe angesichts der Diskussion in der Umweltministerkonferenz. Das ist völlig klar und das ist die Absicht der Bundesregierung. Sie hat auch ganz deutlich gemacht, dass dieses so vollzogen wird. Insofern habe ich dafür eine ausgezeichnete Grundlage mit diesem Gutachten und ich habe sie auch mit anderen wissenschaftlichen Darstellungen auf Konferenzen, auf die ich gefahren bin. Und wenn ich im April in Kassel eingeladen bin zu einem Abfallforum, an dem üblicherweise über 1.000 Leute teilnehmen, dann bin ich vor allem deshalb eingeladen worden, weil dieser Weg, den wir in Mecklenburg-Vorpommern gehen, von vielen mit großer Aufmerksamkeit und mit großer Unterstützung begleitet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Klostermann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Kollege.

Dr. Henning Klostermann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Ihnen auf Drucksache 3/1053 vorliegende Antrag der Fraktion der CDU gibt für eine Debatte aus Sicht der SPD nur wenig her. Was der Opposition in diesem Zusammenhang in Kleinen Anfragen eingefallen ist, hätte nach der vorgelegten geduldigen Beantwortung durch den Umweltminister und das Umweltministerium Ihnen, meine Damen und Herren der CDU, eigentlich ausreichen können, vielleicht auch ausreichen müssen, um die Strategie der rot-roten Koalition in Sachen Abfallentsorgung und -verwertung hinlänglich zu erkennen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das ist ihnen nicht gegeben.)

Mitnichten, Sie stehen offenbar auf Wiederholungen, erfreuen sich Ihrer Großen Anfrage, in die Sie sage und schreibe sechs Kleine Anfragen integriert haben, und glaubten wahrscheinlich, dass sich die Landesregierung nach der dritten Wiederholung einer Anfrage irgendwann doch einmal in Widersprüche verstricken würde, die Sie dann hier süffisant hätten vortragen können. Dieser Fall ist nun nach dieser Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für das Umweltministerium nicht eingetreten. Schade für Sie, kann man da nur sagen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Aber gut für die Sache. – Heiterkeit
bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ja, natürlich.

Und last, but not least muss jetzt noch ein Antrag erhalten, um den Umweltminister – zum wievielten Male eigentlich? –

(Heike Lorenz, PDS: Das ist
bestimmt noch nicht das letzte Mal.)

aufzufordern, seine Abfallwirtschaftsstrategie darzulegen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, es ist in der Tat schwer nachzuvollziehen, dass die CDU heute immer

noch in der Abfallwirtschaft an zentralistischer Struktur einer längst überholten Planwirtschaft nach Kleedehnschem Strickmuster großer zentraler Müllverbrennungsanlagen festhält

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

und – schlimmer noch – beweisen will, dass dieser Kurs richtig ist trotz sinkender Abfallmengen, trotz der ab 2005 durch die Technische Anleitung Siedlungsabfall geforderte mechanisch-biologische Vorbehandlung von Abfällen.

Es ist abzusehen, dass sich die Rahmenbedingungen für die Abfallwirtschaft in Deutschland und in Europa ändern werden, und daher sind Flexibilität und Dynamik in der Herangehensweise sehr gefragt. Es sind Konzepte gefragt, statt extremer, die Handlungsfähigkeit der Kommunen einschränkender Planwirtschaft. Eine Abfallwirtschaft, eine Abfallpolitik, die auf Ökologie setzt, braucht ein dezentrales Konzept, braucht Wettbewerb, der sich davon überzeugen will, dass auch Gebührenerkendes dabei herauskommt.

Wir sind gegen eine monopolisierte Abfallwirtschaft, durch welche die Entsorgungspreise für die Bürger diktiert werden, und statt derer für eine Vielzahl von Entsorgungs- und Verwertungsanlagen, die frei miteinander konkurrieren, ohne durch landesrechtliche Überlassungspflichten behindert zu werden.

Die Deregulierung des Abfallrechts ermöglicht den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern kostendämpfende Lösungen für die Entsorgung ihrer Abfälle. Unbestritten ist die zu erwartende Abfallmengenreduzierung. Für richtig und wichtig halte ich daher den Ansatz der Regierung, Pilotanlagen zu fördern, die sich im Hinblick auf die veränderte TASI im Jahre 2005 mit alternativen Verfahren, zum Beispiel Entwicklung von dezentralen Blockheizkraftwerken und so weiter, beschäftigen. Wegfallende Abfallmengen könnten durch nachwachsende Rohstoffe und andere Biomassen ausgeglichen werden, was die SPD übrigens schon seit langem für einen richtigen Weg hält.

Im Punkt 2 Ihres Antrages berufen Sie sich nunmehr auf verschiedene Äußerungen des Landesrechnungshofes, aus denen die Vorstellung zu erkennen ist, das mit der Landesverordnung, die Errichtung einer zentralen,

(Caterina Muth, PDS: Genau.)

möglichst großen Abfallverbrennungsanlage, zu regeln, der alle Kommunen des Landes ihre Abfälle anzudienen hätten. Außerdem fehlen nach Auffassung des Landesrechnungshofes die Rechtsgrundlage für den Abfallwirtschaftsplan und die Verordnung dazu. Das Justizministerium – und der Umweltminister hat das bereits erwähnt –, das, ich denke, so etwas eigentlich wissen muss, hat mit Entscheidung vom 6. Juli 1999 nach Prüfungsersuchen durch die Landesregierung keine verfassungsrechtlichen Bedenken mitgeteilt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Fraktion der SPD sieht keine Veranlassung zu einer Novellierung des Abfallwirtschaftsplanes sowie der Verordnung zum Abfallwirtschaftsplan und der hier dazu vorliegende Antrag der Fraktion der CDU ist aus unserer Sicht abzulehnen. – Danke für Ihr Zuhören.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Klostermann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Nolte von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Georg Nolte, CDU: Einer muss doch.

(Reinhard Dankert, SPD: Ihr Antrag ist doch sowieso für die blaue Tonne.)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Präsident des Landesrechnungshofes bezeichnete jüngst die Abfallpolitik unserer Landesregierung als chaotisch. Zu einer solchen Charakterisierung möchte ich mich heute nicht hinreißen lassen, obwohl – das will ich hier auch sagen – das Zustandekommen des Abfallwirtschaftsplanes schon chaotische Züge aufweist.

(Caterina Muth, PDS: Wie bitte? –

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Definieren Sie doch mal „Chaos“! – Heiterkeit bei Caterina Muth, PDS)

Da wird seitens der Landesregierung versucht, acht Schwerpunkte der künftigen Abfallpolitik im Abfallwirtschaftsplan festzuschreiben, die bereits heute von der Realität eingeholt wurden. Da wird von der Dezentralisierung der Abfallwirtschaft gesprochen, obwohl man noch 1998 in diesem Hohen Hause der Auffassung war, dass eine einzige Müllverbrennungsanlage für ganz Mecklenburg-Vorpommern angemessen sei,

(Caterina Muth, PDS: Ha?!)

so die Aussagen des Ministerpräsidenten Dr. Ringstorff und, Herr Dr. Klostermann, auch von Ihnen.

(Caterina Muth, PDS: Sind alle lernfähig.)

Da werden den entsorgungspflichtigen Körperschaften keinerlei Rahmenbedingungen für künftige Entscheidungen hinsichtlich der Errichtung von Behandlungsanlagen an die Hand gegeben und der Umweltminister spricht von Eigenverantwortung und Entscheidungsfreiheit der Kommunen, obwohl – und das betone ich hier – rechtliche Grundlagen fehlen oder sich gerade in der Novellierung befinden.

(Caterina Muth, PDS: Sie bestehen, sie werden novelliert, sie sind vorhanden.)

Ich denke, die bestehende Rechtslage und nicht Diskussionen über Gesetzesnovellen muss Ausgangspunkt des Regierungshandelns sein. So existiert im Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz immer noch keine hinreichende Abgrenzung der Begriffe „Abfall zur Beseitigung“ und „Abfall zur Verwertung“.

(Caterina Muth, PDS: Ja, Herr Nolte, was haben Sie die letzten Jahre gemacht, als Sie regiert haben auf Bundesebene? Sie haben das Gesetz kreiert.)

Damit verändern sich logischerweise ständig die zu betrachtenden Mengen und benötigten Behandlungskapazitäten.

(Peter Ritter, PDS: Abfall vermeiden ist sowieso das Beste.)

Da sollen künftige Verfahren, wie zum Beispiel die mechanisch-biologische Behandlung der Abfälle, mit Landesmitteln gefördert werden, die heute noch gar nicht die geforderten technischen Parameter erreichen. So kommt das Umweltbundesamt in seinem aktuellen „Bericht zur ökologischen Vertretbarkeit der mechanisch-biologischen Vorbehandlung von Restabfällen und deren

Ablagerung“ – das ist die Überschrift – zu dem Ergebnis, dass mechanisch-biologische Verfahren ohne thermische Nachbehandlung nicht beziehungsweise sehr eingeschränkt dem Stand der Technik entsprechen und infolgedessen keine Alternative zur thermischen Vorbehandlung sein können. Das ist die Antwort auf die Frage, die Herr Dr. Jäger vorhin stellte. Eins, meine Damen und Herren, steht allerdings außer Frage: Jede zusätzliche Behandlung von Siedlungsabfällen kostet Geld, das letzten Endes der Verbraucher und der Gebührenzahler aufbringen muss.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Dann müssen Sie das mal genauer lesen.)

Mit dem vorliegenden Abfallwirtschaftsplan will die Landesregierung Strukturen schaffen, für die es bisher keinerlei praktische Erfahrungen gibt. Das hat der Umweltminister hier ja auch deutlich gemacht. Dem Umweltminister reichen hierfür allein die Beteuerungen einiger Wirtschaftsunternehmen, mit denen er auf Umweltmessen gesprochen hat, wie er selbst mehrfach äußerte.

(Zuruf von Caterina Muth, PDS)

Die berechtigte Kritik des Landesrechnungshofes

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

wird allerdings mit einem Federstrich weggefegt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Aber ein sehr dicker Federstrich.
Die Unterrichtung ist ganz schön dick.)

Ich gehe davon aus, dass der Landesrechnungshof seine Kritik an der bestehenden Rechtslage festmacht.

Wenn ich die Drucksache 3/1072 lese – das ist ja das aktuellste Material, das hierzu vorliegt – muss ich glauben, im falschen Film zu sein. Ich habe den Eindruck, dass in dieser Drucksache die Landesregierung auf einer völlig anderen Ebene spricht, die nichts zu tun hat mit der Kritik des Landesrechnungshofes.

(Caterina Muth, PDS: Hä?)

Es reicht nach meiner Sicht einfach nicht aus zu behaupten, der Landesrechnungshof habe Unrecht, wie das an zahlreichen Stellen der Drucksache zu lesen ist. Vielmehr ist es nach meiner Sicht erforderlich, sich auf gleicher Ebene mit den vorgetragenen Sachargumenten auseinander zu setzen.

(Caterina Muth, PDS: So wie Sie früher, ne?!)

Ich zitiere aus der Drucksache Seite 10: „Zahlreiche Forderungen in der Stellungnahme“ – nämlich des Landesrechnungshofes – „berücksichtigen nicht, dass rechtliche Bestimmungen z. T. erst erlassen werden müssen.“

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Richtig.)

Genau hier offenbart das Umweltministerium nicht die Schwäche des Landesrechnungshofes, sondern sein eigenes subjektives Herangehen, das nicht durch die Rechtslage gedeckt ist. Ich zitiere weiter: „Andere Forderungen basieren auf subjektiven Annahmen und Markteinschätzungen, die fachlich nicht geteilt werden.“ Hier muss betont werden, dass dieser Vorwurf in erster Linie den Abfallwirtschaftsplan selbst trifft,

(Caterina Muth, PDS: Das kann doch aber nicht falsch sein, nur weil sie nicht geteilt werden.
Was ist denn das für eine Logik?)

der auf ungesicherter Rechtslage und nicht eindeutiger Markteinschätzung basiert. Das können Sie wohl nicht abstreiten.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wie einseitig darf ein Minister in Mecklenburg-Vorpommern eigentlich sein? Wie gedenkt sich der Umweltminister zu verhalten, wenn sich die alternativen Verfahren nicht durchsetzen sollten oder die Rechtslage sich nicht entsprechend den Erwartungen ändert? Wie soll dann ordnungspolitisch gehandelt werden gegenüber den Kommunen? Wo sollen dann die Siedlungsabfälle behandelt werden?

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Auf diese Fragen bleiben die Antworten offen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der bisherigen Diskussion des Abfallwirtschaftsplanes wurde immer wieder von der Verbindung der Energie- und Abfallwirtschaft gesprochen. Herr Dr. Klostermann, Sie haben das eben wieder getan. Dies geschieht zu einer Zeit, in der die ersten Stadtwerke ihre GuD-Kraftwerke schließen müssen, weil bei dem EuGH eine Klage gegen das Stromspeisegesetz anhängig ist. Ein Bedarf an Wärmeenergie ist allerdings im Land nicht absehbar. Die Landesregierung versucht, den Eindruck zu erwecken, dass kleinere Anlagen bei rückläufigem Abfallaufkommen auf Biomasse zurückgreifen können. Das waren doch Ihre Ausführungen, Herr Dr. Klostermann. Allein diese Tatsache verdeutlicht den Realitätsverlust dieser Landesregierung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es ist doch wohl jedem klar, dass bei der energetischen Verwertung von Abfällen der Anlagenbetreiber einen Obolus für die Verwertung der Abfälle erhält, währenddessen er für die Verwertung von Biomasse einen Obolus an die Erzeuger entrichten muss.

(Caterina Muth, PDS: Fragen Sie doch mal lieber Ihre Genossen! Die planen doch heftig.)

Und, ich denke, das ist ein gravierender Unterschied. Wie sich unter diesen Rahmenbedingungen ohne Lenkendes Handeln des Umweltministers künftig eine Infrastruktur im Bereich der Abfallwirtschaft in unserem Land etablieren lässt, bleibt ein Rätsel, mir jedenfalls. Hier überholt der PDS-Umweltminister die reine Lehre der Marktwirtschaft auf der linken Spur.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Was wir alles können, Herr Nolte!)

Und, ich denke, das ist wirklich wert festzustellen.

Ja, Herr Dr. Schoenenburg, das ist festzustellen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist Beweglichkeit.)

Ja, wenn der Umweltminister die Marktwirtschaft links überholt, ist das wirklich wichtig festzustellen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist Marx-Wirtschaft.)

Marx-Wirtschaft, das ist ja ganz was Neues.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Es gibt ja keinen mehr. – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Vielleicht können Sie auch Murkswirtschaft sagen, das könnte ja auch mal sein.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das schreiben wir dann mit x.)

Noch kritischer ist allerdings zu sehen, dass den vielen programmatischen Aussagen zur Abfallverwertung im Land konkrete Aussagen zur Verantwortung des Landes selbst fehlen. Alles dem Selbstlauf zu überlassen ist zwar bequem, löst aber nicht die Probleme. Hier wird seitens des Umweltministeriums im Interesse der Eigenverantwortung und der Entscheidungsfreiheit der Kommunen auf die Rolle eines Moderators abgestellt oder man beschränkt sich auf diese Rolle des Moderators. Selbstverständlich ist diese Rolle für die Landesregierung nützlich,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

schiebt sie doch jegliche Verantwortung auf die Seite der entsorgungspflichtigen Körperschaften. Wenn allerdings etwas schief läuft – und das ist ja durchaus im Bereich der Möglichkeit –, darf die Landesregierung aber nicht mehr rügen, da diese falschen Weichenstellungen dann von ihr selbst zu verantworten sind.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann kommen wir mit Sonderprogrammen im Abfallbereich, so, wie Sie das gemacht haben. –
Zuruf von Caterina Muth, PDS)

Genau, genau.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung fordert, dass die aus der Abfallwirtschaft resultierende Wertschöpfung im Land verbleiben soll. Diesen Ansatz tragen auch wir als Opposition gern mit. Der vorliegende Abfallwirtschaftsplan lässt aber jegliches Engagement der Landesregierung diesbezüglich vermissen.

Ab dem Sommer 2005 – der Umweltminister hat das ja zitiert – wird gemäß Abfallwirtschaftsplan eine Verbringung von Abfällen außerhalb des Planungsgebietes zugelassen. Unter den gegebenen rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, die mit dem vorliegenden Abfallwirtschaftsplan in keiner Weise konkretisiert wurden, können in unserem Land aber derzeit keine Abfallbehandlungsanlagen errichtet werden. Damit wird die Wertschöpfung – Was glauben Sie, wohin? – in andere Bundesländer abfließen.

(Caterina Muth, PDS: Was Sie alles schon wissen, Herr Nolte!)

Schon jetzt stellt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit aufgrund der konzipierten Landesabfallpolitik bereits zugesagte Fördermittel für die Errichtung von Abfallbehandlungsanlagen in Mecklenburg-Vorpommern in Frage.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Welche denn?)

Allein diese Tatsache verdeutlicht, dass der Abfallwirtschaftsplan nicht nur die künftige Entwicklung der Abfallwirtschaft in Frage stellt, sondern auch bestehende Planungen und Projekte gefährdet.

(Caterina Muth, PDS: Haben Sie nicht zugehört? So kompliziert war es doch gar nicht, was der Minister gesagt hat. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Es war trotzdem zu schwierig.)

Meine Damen und Herren! Nicht zuletzt möchte ich auf die landeseigene Deponie Ihlenberg verweisen, die im Bericht des Landesrechnungshofes einen hohen Stellen-

wert einnimmt. Sie ist für die Entsorgungssicherheit in unserem Land unverzichtbar. Gleichzeitig wird sie aber vor dem Hintergrund des vorliegenden Abfallwirtschaftsplanes offensichtlich zu einer Belastung für den Landeshaushalt. Bis heute fehlen tragbare Konzepte und belastbare Berechnungen für den wirtschaftlichen Betrieb der Deponie. Es kann einfach nicht sein, dass vage, „nicht beschriebene Kostensenkungspotentiale und zu erwartende Umsatzerweiterungen“ die Begründung bilden, um die Position des Landesrechnungshofes anzuzweifeln. Das war ein wörtliches Zitat aus Ihrer Unterrichtung, Herr Umweltminister.

Wenn in der Drucksache 3/1072, Seite 7, letzter Absatz eingestanden wird, „dass die angesprochenen Problemfelder“ tatsächlich „bestehen“, kann nicht auf einen zukünftigen Bericht im März 2000 verwiesen werden. Vielmehr erwarte ich hier eine sachliche Auseinandersetzung mit den vorgetragenen Sachargumenten des Landesrechnungshofes.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich mache darauf aufmerksam, dass der Landesrechnungshof kein politisch agierendes Gremium ist, sondern gesetzlich dazu verpflichtet ist, kritisch prüfend das Handeln der Landesregierung zu begleiten.

Meine Damen und Herren! Dem vorliegenden Abfallwirtschaftsplan fehlt es nach Auffassung meiner Fraktion an den rechtlichen Grundlagen und an einer fundierten Aussage zur künftigen Mengenentwicklung im Bereich der Siedlungsabfälle. Die aktuelle Rechtsprechung hinsichtlich der Begriffe „Abfall zur Verwertung“ und „Abfall zur Beseitigung“ wurde in keiner Weise berücksichtigt.

(Caterina Muth, PDS: In welcher Form hätte man das denn berücksichtigen müssen? Sollen wir das definieren oder wie hätten Sie es gern?)

Der Plan bezieht sich nur auf quantitative Zahlenangaben, die nicht durch qualitative Angaben gestützt werden. Aus diesem Grunde fordere ich Sie auf, dem Antrag meiner Fraktion im Interesse des Landes und seiner Bürger, der Gebührenzahler, zu folgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Caterina Muth, PDS: Das ist ja nicht zu fassen!)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Nolte.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Muth von der PDS-Fraktion. Bitte sehr.

Caterina Muth, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss gestehen, als ich den Antrag der CDU, der zu erwarten war, gelesen habe, konnte ich mir ein Schmunzeln nicht verkneifen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Sie schmunzeln ja immer noch.)

Sie können sich ja sicherlich an unsere alten Bemühungen erinnern, und Frau Holzengel hat ja schon Bezug darauf genommen, dass wir gern das Abfallgesetz geändert hätten, um dafür zu sorgen, dass das Parlament über den Abfallwirtschaftsplan des Landes entscheidet. Ihre Argumentation damals war: Die Regierung wird's schon richten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Auch unser Hinweis darauf, dass von Bayern lernen siegen lernen heißt –

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Herr Born ist ja nun heute schon so weit, vielleicht denkt er noch mal neu darüber nach –

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

hat Sie nicht beeindruckt. Aber so ändern sich eben die Zeiten. Schade, schade, kann ich da nur sagen. Sie hätten, wenn Sie damals zugestimmt hätten, heute eine schöne Basis, Abfallwirtschaft zu thematisieren, und müssten nicht auf einem doch ziemlich dünnen Antrag fußend die Landesregierung auffordern, über den Plan Rede und Antwort zu stehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie werden doch wieder alles ablehnen.)

Nun aber zu dem Inhalt Ihres Antrages. Es ist aus der Sicht der Opposition natürlich völlig selbstverständlich und richtig, finde ich, sich informieren lassen zu wollen. Es ist auch korrekt, über die Auswirkungen der Planung Informationen vom Minister hören zu wollen. Was jedoch darüber hinaus von Ihnen geboten wird, daraus lässt sich schließen, dass Sie selbst nicht in der Lage sind, eigene abfallpolitische Positionen zur Abfallplanung zu formulieren. Oder wie lässt sich erklären, dass Sie einzig und allein die Unterrichtung des Landesrechnungshofes als Basis zur Novelle des Abfallwirtschaftsplanes benennen?

Nichts gegen die Arbeit des Landesrechnungshofes, der ja nach Artikel 68 unserer Landesverfassung die Aufgabe hat, die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes und der Kommunen zu überwachen. Es liegt in der Natur der Sache, dass er die Abfallwirtschaftsplanung auf ihre fiskalische Auswirkung unter die Lupe nimmt. Jedoch erwarte ich von der Opposition auch inhaltliche Prämissen, die über fiskalische Erwägungen hinausgehen, wenn Sie einen Plan für novellierungsbedürftig betrachten. Aber, ich denke, im Grunde geht es Ihnen gar nicht so sehr um die Erkenntnisse des Landesrechnungshofes, denn in der Vergangenheit haben Sie diese Erkenntnisse ja mit Bausch und Bogen in die Trotzecke gesteckt, wenn ich mich richtig erinnere.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: So, wie Sie den Landesrechnungshof behandeln, so haben wir ihn nicht behandelt.)

Und Herr Rehberg hat da, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: So haben wir ihn nicht behandelt, wie Sie ihn behandelt haben. – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Dann erinnern Sie sich mal richtiger!)

Lesen Sie die alten Reden nach, Herr Rehberg hat da heftig polemisiert gegen den Landesrechnungshof.

Ich finde es richtig, dass es jetzt soweit ist, dass der Umweltminister versucht, sich inhaltlich auseinander zu setzen mit dem Landesrechnungshof,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ich habe das aber noch anders in Erinnerung.)

auch wenn man die Argumente nicht teilt. Sie haben sich damals nicht mal die Mühe gegeben dazu.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Er weiß doch alles besser.)

Sie wollen doch nur nicht akzeptieren, das wird doch deutlich durch Ihre Reden, dass es eine neue Richtungsentscheidung in der Landespolitik gibt: weg vom zentralistischen 1.200-Grad-Verbrennungskonzept hin zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in der Abfallpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

So einfach ist es. Sagen Sie es doch so und verstecken Sie sich nicht hinter Herrn Tanneberg!

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie wollen weiter die Einheitsversorgung per Verbrennung. Sagen Sie es doch ganz klar! Schreiben Sie es in Ihren Antrag und verstecken Sie sich nicht wieder! Sie wollen festhalten an der Vergangenheit, an alten Konzepten und ignorieren neue Erkenntnisse und neue Entwicklungen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Welche denn?)

Es war natürlich an der Zeit, mit dem Abfallwirtschaftsplan einen Weg zu eröffnen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Außer Methling behauptet das keiner.)

der für ein flexibles, finanziell tragbares, ökologisch sinnvolles Stoffstrommanagement Wege öffnet,

(Wolfgang Riemann, CDU: Schönes Schlagwort!)

das natürlich dem Stand der Technik und dem Kreislaufgedanken entsprechen muss.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

Das ist doch wohl klar. Das ist übrigens rechtlich vorgeschrieben. Tun Sie nicht so, als wenn wir uns hier alle im rechtsfreien Raum bewegen.

Es wird Sie natürlich nicht verwundern, dass ich heilfroh bin, dass mit diesem Abfallwirtschaftsplan die neue Möglichkeit für die Kommunen geschaffen wurde, kreativ dieses Thema anzupacken.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die werden sich bedanken. Die werden sich bedanken. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Aber nicht bei Ihnen, Herr Jäger.)

Und dass dieser Weg nicht einfach ist, liegt doch auf der Hand – nicht nur wegen der unsicheren Rechtsbegriffe, die Sie hier genannt haben, das ist doch klar, nicht nur wegen der Änderung der TASI, die im Raum steht, und nicht nur wegen der Bewegung auf dem Abfallmarkt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Einerseits will im Kreis die PDS das nicht, was sie hier im Landtag fordert.)

Aber ich meine schon, ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Sie müssen mal mit Ihren Kreistagsabgeordneten reden!)

Herr Riemann, hören Sie doch mal ein bisschen zu!

(Wolfgang Riemann, CDU: Na klar.)

... wer kommunale Selbstverwaltung will und wer dem Föderalismus das Wort redet, darf im Bereich der Abfallwirtschaft nicht mit Kopfgeboten, per Zwangszuweisung

und Vorgaben nur einer Entwicklungsrichtung – und das war ja mal Ihr Weg – die Innovation in diesem Bereich verhindern. Im Grunde ist der neue Abfallwirtschaftsplan ein Schritt hin zu lebendigem Föderalismus. Sie wollen es nur nicht wahrhaben. Und es wurde allerhöchste Zeit, dass dieses geschieht.

Ich halte es hier mit Herrn Kloepfer, der den Umweltpolitikern und Umweltpolitikerinnen nicht ganz unbekannt sein dürfte als Rechtsexperte, der zum Thema Föderalismus und Abfallrecht in Bezug auf räumliche Problemlösungen Folgendes sagt:

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

„Die zentrale Ebene ist in vielen Fällen überfordert, den uneinheitlichen Präferenzstrukturen der Bürger in unterschiedlichen Gebietskörperschaften immer gerecht zu werden. Mit steigendem Zentralisierungsgrad wachsen für den Bürger die Schwierigkeiten, seine eigenen Vorstellungen in die auch für ihn verbindlichen Problemlösungen einzubringen. Daraus folgt, dass politische Lösungen auf dezentraler Ebene mit ortsnahen und gegebenenfalls auf die lokalen und regionalen Verhältnisse angepasste Problemlösungsstrategien sich nicht nur bürgernäher und dabei bedürfnisfreundlicher, sondern auch kostenminimierend und damit effizienzfördernder auswirken.“

Und um deutlich zu machen, dass das alles kein PDS-Sonderweg ist, sondern dass auch andere Fachleute diesen Weg favorisieren, möchte ich auch Freiherr von Lersner zitieren, ehemals Präsident des Bundesumweltamtes, der dazu sagt: „Ein abfallrechtlicher Vorteil föderalistischer Strukturen liegt in der Möglichkeit von experimentalen Regeln und Konzepten.“ Und genau hier setzt die neue Verordnung an, die nur regelt, dass die Deponien des Landes zu nutzen sind und darüber hinaus den entsorgungspflichtigen Körperschaften die Möglichkeit gegeben ist, alle dem Stand der Technik entsprechenden Verfahren zur Abfallbehandlung zu nutzen. Und wer da meint, dass dieses mit einem unüberschaubaren finanziellen Risiko verbunden sei, dem sage ich, das trifft für jede Investitionsplanung zu, die nicht flexibel ausgelegt ist, die nicht auf veränderte Mengen im Abfallbereich reagiert, egal ob sie zentralistisch oder dezentral angelegt ist. Es wird darauf ankommen, dass auf der Grundlage vernünftiger Konzepte unter Beachtung der regionalen Besonderheiten die Abgeordneten und Bürger vor Ort transparent und bedacht planen und investieren – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Diese notwendige Planung kann der Umweltminister nicht ersetzen, er kann sie begleiten und den Willen dazu hat er vorhin formuliert.

In einem haben alle Recht, die sich über die nicht vorhandenen und unzureichenden Datenlagen beklagen und am liebsten einen Leitfaden für den richtigen Weg formuliert wissen wollen. Wir reden über einen Bereich, der seit Jahren vielen Veränderungen unterliegt, sowohl was die Mengenbilanzen betrifft als auch die Preisentwicklung, die technischen Möglichkeiten der Abfallverwertung und -behandlung. Das hat natürlich nicht nur positive Aspekte im Bereich innovativer Entwicklung. Nein, es ist heute schwer zu überschauen, wie sich die normativen Rahmenbedingungen ändern und welche Verfahren wie viel kosten. Das wird ja auch vom Landesrechnungshof kritisch angesprochen. Nur, das kann doch im Umkehrschluss nicht heißen, dass wir alte Entsorgungsphilosophien nach dem Motto: „Alles kommt auf einen Berg und wird dort verbrannt.“ als Lösung ansehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich überhaupt nicht auf die verschiedenen technischen Möglichkeiten eingehen. Ich möchte auch nicht eingehen auf die verschiedenen Hinweise und Bedenken des Landesrechnungshofes. Ich denke, dass eine Debatte in diesem Parlament im 10-Minuten-Rhythmus der Ernsthaftigkeit dieser Argumente nicht gerecht wird. Wir werden in weiteren Fachgesprächen auch zukünftig zu diesem Thema noch viel reden müssen.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Aber ich möchte eine generelle Anmerkung zu dem, was der Landesrechnungshof aufgeschrieben hat, doch machen. Neben allen fiskalischen Bemerkungen und Fragen, die aufgeworfen werden, denke ich, wird eines deutlich:

1. Es gibt einen grundlegenden abfallpolitischen Dissens zwischen der Landesregierung und dem Landesrechnungshof, der an vielen Stellen mehr oder weniger direkt zutage tritt. Das ist das Thema Behandlungstechnologie, Verbrennung oder biologisch-mechanische Behandlung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

2. Es gibt einen grundsätzlich planerischen Dissens, der deutlich wird in der Frage zentrale oder dezentrale Abfallbehandlung.

Darüber hinaus sei angemerkt, dass der Landesrechnungshof die fiskalische Frage in den Vordergrund stellt, ist nachvollziehbar. Wir jedoch sollten uns davor hüten, die ökologischen, die ökonomischen, die soziokulturellen und die demokratischen Fragen getrennt voneinander zu beantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Dieser Weg kann nur in die Irre führen. Ich wünschte mir, dass wir endlich dahin kommen, Abfall nicht als das zu sehen, was die Menschen meistens heute artikulieren als etwas Stinkendes, das man irgendwie loswerden muss, sondern als Möglichkeit betrachten, Abfall als das zu sehen, was er ist, als eine Mischung von wertvollen Stoffen, die wir der Natur entnommen haben und die wir der Natur nutzbar zurückgeben müssen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Das mag sich sehr visionär anhören, aber wenn wir die industrielle Entwicklung, die Technologieentwicklung der letzten 40 Jahre sehen, dann bin ich der Überzeugung, dass in Zukunft noch ungeahnte Möglichkeiten der Technologieentwicklung auch in der Abfallbehandlung und -verwertung vor uns liegen. Unser Ansinnen muss es sein, genau diese Entwicklung nicht jetzt zu blockieren, indem wir zentrale, überdimensionierte, auf eine Entwicklungsrichtung ausgelegte Anlagen fördern, sondern den Weg frei machen für Innovation.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

In diesem Sinne unterstützen wir den Abfallwirtschaftsplan und wissen, dass wir noch viele Jahre im Dialog stehen müssen zu den konkreten Lösungen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Dr. Henning Klostermann, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Muth.

Das Wort hat noch mal der Umweltminister Herr Professor Methling.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte doch noch auf ein paar Argumente eingehen. Ich will noch einmal sagen, dass ich mich bemüht habe, rein in der Sache die Wertung des Landesrechnungshofes hier zu diskutieren, und ich denke, dass ich dieses auch sachlich getan habe. Ich kann also hier nichts anderes erkennen. Ich glaube auch, dass der Präsident des Landesrechnungshofes dieses nicht anders sehen wird – wenn nicht, haben wir noch Gelegenheit, darüber zu sprechen. Herr Tanneberg verfolgt ja die Landtagssitzung sehr aufmerksam.

Was die Bewertung der fachlichen Kompetenz des Umweltministers betrifft, wissen Sie, meine Damen und Herren, da will ich mal kein Urteil abgeben. Am besten, Sie besuchen die Tagungen, an denen ich teilnehme und wo ich in der Diskussion spreche, dann würden Sie nicht zu solchen Fragen gelangen, Herr Jäger, und schon gar nicht zu solchen Wertungen. Das will ich hier mal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben nur ein Kurzzeitgedächtnis.)

Im Übrigen verlasse ich mich auf die fachliche Kompetenz, die in dem Umweltministerium steckt und in unserem Landesamt, in der Wissenschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Wirtschaft.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Und in der PDS-Landtagsfraktion.)

Und wenn Sie, Herr Nolte, meinen, dass ein paar Vertreter der Wirtschaft mir ihre Meinung gesagt hätten, dann spiegelt das nur wider, dass Sie mit dieser Wirtschaft keinen Kontakt haben. Ich habe diesen, und zwar täglich.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Wo leben Sie denn?! Sie haben keine Ahnung, wirklich. – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Also wissen Sie, Herr Jäger, eine solche Ignoranz kann ich wirklich überhaupt nicht nachvollziehen, woher Sie diese Informationen haben. Ich würde ja gern mit Ihnen inhaltlich diskutieren. Ich diskutiere mit der Wirtschaft und Wissenschaft darüber inhaltlich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich diskutiere schon seit 20 Jahren. Sie müssen da noch viel lernen. – Unruhe bei Abgeordneten der PDS)

Ja, ich glaube, von Dr. Jäger lernen heißt auch in der Abfallwirtschaft viel lernen. Das habe ich ja gehört.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber diese Platte hat wirklich einen langen Sprung.)

Oh ja. Also soweit, was die fachlichen Grundlagen betrifft.

Im Übrigen ist es eine blanke Fehleinschätzung, dass das, was bei uns an Abfallwirtschaftspolitik entwickelt wird, von niemand anderem vertreten wird. Auch da lade ich Sie gern zu solchen Diskussionen ein.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Unwissenheit schützt vor Torheit nicht.)

Was die Definitionshoheit betrifft, Herr Nolte, das Land Mecklenburg-Vorpommern ist nicht in der Lage, allein zu definieren, was Abfall zur Beseitigung und Abfall zur Verwertung ist. Da laufen im Moment heftige Diskussionen in Deutschland,

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

an denen wir teilnehmen, und wir versuchen mit unserer Abfallwirtschaftspolitik zu berücksichtigen, dass wir uns auf diese Situation einstellen, die eben sehr dynamisch ist, und das tun wir.

Was die bestehende Rechtslage auf anderen Gebieten betrifft, gegenwärtig ist es so, dass durch die TA Siedlungsabfall, durch den Anhang, durch die Kriterien, die erarbeitet worden sind für Abfälle, die zur Beseitigung kommen und die weitgehend nachsorgefrei und emissionsarm sein müssen, diese Deponiefähigkeit nur durch Müllverbrennungsanlagen erreicht wird. Falls es so ist, Herr Nolte, dass MBAs in der Zeit, wo es zu einer rechtlichen Umsetzung kommt, nicht ihre Gleichwertigkeit beweisen können, bleibt es so, dass Müllverbrennungsanlagen zugelassen werden und zugelassen werden können. Daran ändert sich nichts. Also für den Fall, dass MBAs im Jahre 2001 nicht genehmigungsfähig sind, bis dahin muss es spätestens geschehen sein, darüber sind sich alle im Klaren ...

(Georg Nolte, CDU: Das kann ja keiner zaubern, das braucht ja Planungsvorläufe.)

Herr Nolte, Sie wissen einfach zu wenig, was auf diesem Sektor geschieht.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Sie wissen übrigens auch nicht, dass wir bereits eine MBA auf der Insel Rügen haben.

(Zurufe von Gesine Skrzepski, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Also wenn bis 2001 eine solche rechtliche Grundlage nicht gegeben ist, bleibt es bei der Müllverbrennung. Für diesen Fall sind wir gerüstet und die Kommunen werden diese Entscheidung dann treffen. Übrigens können sie schon heute entscheiden, dass sie eine Müllverbrennungsanlage haben wollen. Sie könnten auch heute schon entscheiden, dass sie ihren Müll nach Rostock geben wollen, und die EVG wäre vielleicht froh,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

wenn sie statt für 210.000 Tonnen für 500.000 Tonnen bauen könnte. Das sind doch keine Argumente, die Sie hier vorbringen. Alles ist möglich, wir verbieten nichts. Und es ist nicht so, dass die mechanisch-biologischen Anlagen von uns nicht auch kritisch beurteilt werden, aber wir geben ihnen eine Chance, und das ist der Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Deswegen fördern wir auch keine mechanisch-biologischen Anlagen, sondern wir fördern Pilotprojekte, und wenn ich Ihnen die Summen sage – 1,4 Millionen DM in unserem Haushalt –, wissen Sie ganz genau, für wie viel dieses nur reicht. Die Anlagen selber müssen durch die Wirtschaft erbracht werden und darüber ist sich die Wirtschaft im Klaren.

Sehr interessant finde ich Ihre Ausführung, dass wir für die thermische Verwertung unabhängig davon, wie man

dazu steht, keinen Bedarf haben. Also wenn man dieses ökologisch hinterfragt und auch ökonomisch, dann muss man zu ganz anderen Vorstellungen kommen. Übrigens kommen auch Menschen, die Unternehmen leiten und die Ihnen politisch nahe stehen, zu diesen Schlussfolgerungen und erarbeiten solche Projekte, entwickeln sie und versuchen sie in die Tat umzusetzen. Deswegen bin ich sehr verwundert, wie Sie dieses hier bewerten.

Zur Abschiebung der Verantwortung auf die Kreise stelle ich nur fest, was Sie einfach nicht zur Kenntnis nehmen: Die Kreise haben sich darüber nicht beschwert, nein, sie haben gefordert, dass es so wird.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und wir werden sie unterstützen. Wir führen laufend Gespräche mit den Kreisen. Als ich übrigens im Kreis Vorpommern war, Herr Kollege Riemann, Frau Gehm hat nicht solche Äußerungen getan wie Sie.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Und was das Engagement der Landesregierung betrifft, ich bin ziemlich erstaunt, zu welchen Wertungen Sie dazu in der Lage sind. Wertungen von der Abfallwirtschaft und auch von den Kommunen habe ich in diesem Sinne nicht wahrgenommen. Sie sind also ganz einfach nicht zutreffend, dass wir uns dort nicht engagieren würden, ganz im Gegenteil. Sie stellen das Gegenteil fest und bekunden dieses auch. Das werden wir auf den nächsten Veranstaltungen dazu auch wieder erleben. Wenn es darum geht, Fehlplanung zu verhindern – das wird eine wichtige Aufgabe sein –, glauben Sie ja nicht, dass die Industrie und die Kommunen nicht wüssten, wie viel Abfall eigentlich zur Verfügung steht für ihre wirtschaftliche Nutzung. Wenn ich Ihnen mal die Ergebnisse Ihrer Koordinierung und Planungssicherheit präsentiere, dann stelle ich fest, dass wir im Lande eine Kompostierungskapazität für 750.000 Tonnen haben. Im Lande fallen aber nur 42.000 Tonnen kompostierbares Material an. Wo war denn damals die Sicherung der Planung?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die war ja nicht gegeben. Also wir werden das bestimmt besser beeinflussen, da können Sie sicher sein.

Wie kommen Sie zu der Behauptung, dass der Bund die Fördermittel – Sie meinen sicherlich für Rostock, denn etwas anderes steht im Moment nicht an – in Frage stellt? Mir ist davon nichts bekannt. Diese Anlage ist gefördert worden, und es gibt auch keinen Grund, daran zu zweifeln. Im Übrigen hat uns sogar der Vertreter des Umweltbundesamtes in Aussicht gestellt, für die Vorhaben, die wir haben, die sie als innovativ und vernünftig betrachten – in meinem Hause hat er dieses gesagt –, zusätzlich Fördermittel auszureichen. Das Gegenteil ist der Fall von dem, was Sie gesagt haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und was die Belastung des Landeshaushaltes betrifft, zielen Sie sicherlich auf das ab, was mit der Deponie Ihlenberg im Zusammenhang steht. Ich bin erstaunt, dass das heute noch keine größere Rolle gespielt hat. Da kann ich Ihnen nur sagen, wir werden alles dafür tun, dass dieses nicht eintritt. Das haben wir schon des Öfteren gesagt, auch durch diesen Abfallwirtschaftsplan. Und wenn es darum geht, verloren gegangene Planungen zu kompensieren, dann stehen wir vor einer großen Aufgabe. Die

Landkreise haben uns unter anderem darauf hingewiesen, dass eben Planungen verloren gegangen sind beziehungsweise nicht gebraucht werden für Deponien, für die es keine Notwendigkeit gibt. Die Kreise haben damit ein großes Problem. Das ist aber keine Wirkung des Abfallwirtschaftsplanes, sondern die Wirkung dessen, was vorher vorgesehen war. Ich will gar nicht die Schuldfrage stellen, das war sicher nicht alles absehbar. Aber diese Situation, die jetzt eingetreten ist, müssen wir versuchen gemeinsam mit den Landkreisen zu lösen, die dieses Problem haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Eigentlich haben wir keine Kapazitäten dafür zur Verfügung, aber wir müssen ihnen helfen, weil sie nicht schuldhaft solche Planungen vorgenommen haben, sondern sie waren gehalten, solche Planungen vorzunehmen, die jetzt nicht mehr umgesetzt wurden, übrigens schon aufgegeben wurden, was die Umsetzung betrifft, in der Zeit, bevor ich Umweltminister wurde. Es gibt da also keinen Zusammenhang. Glauben Sie ja nicht, dass wir uns keine Gedanken machen würden. Ihre leichtfertigen Darstellungen, dass dieses so ist, glaubt Ihnen keiner, der sich ernsthaft mit Abfallwirtschaft beschäftigt.

(Beifall bei der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Umweltminister.

Zur Geschäftsordnung. Bitte, Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, meine Fraktion beantragt zu der Abstimmung namentliche Abstimmung. Wir möchten nachher sicher wissen, wer für was gestimmt hat.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Ha, ha!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich schließe die Aussprache.

Die Fraktion der CDU hat gemäß Paragraph 50 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung zum Antrag auf Drucksache 3/1053 die namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit „ja“, „nein“ oder „Enthaltung“ abzugeben. Ich bitte den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Gibt es noch Mitglieder des Hauses, die ihre Stimme nicht abgegeben haben? Das ist nicht der Fall. Ich schließe damit die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche für circa zwei Minuten.

Unterbrechung: 16.21 Uhr

Wiederbeginn: 16.23 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

An der Abstimmung haben insgesamt 54 Abgeordnete teilgenommen, mit „ja“ stimmten 17 Abgeordnete, mit

„nein“ stimmten 37 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1053 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Kooperationsvertrag der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald mit dem Klinikum Guth in Karlsburg und Besetzung der Professur Kardiologie, Drucksache 3/967. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1095 vor.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Kooperationsvertrag der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald mit dem Klinikum Guth in Karlsburg und Besetzung der Professur Kardiologie – Drucksache 3/967 –**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 3/1095 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Vierkant von der Fraktion der CDU.

Jörg Vierkant, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Eine schier unendliche Geschichte um den Kooperationsvertrag zwischen der Uni Greifswald und dem Klinikum Karlsburg, eine schier unendliche Geschichte um die Besetzung der Professur Kardiologie. Es hat fast den Anschein. Bis heute ist es der Landesregierung nicht gelungen, den unerträglichen Schwebezustand zu beenden. Es liegt weder ein unterzeichneter Kooperationsvertrag vor, noch ist die längst überfällige Ernennung des C4-Professors erfolgt und der politische wie materielle Schaden wächst und wächst.

Angesichts dessen müssen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verstehen, dass die CDU mit ihren Greifswald-Karlsburg-Anträgen oder Änderungsanträgen oder vielleicht sogar Änderungsanträgen zu den Änderungsanträgen die Geduld und Belastbarkeit des Parlaments, notfalls auch künftig, bis an die Grenze strapazieren wird. Das Wohl und Wehe der Greifswalder Universität hat über die Kommune hinaus große Bedeutung zumindest für die Region Vorpommern, den östlichen Teil unseres Landes. Und es wäre doch wohl unverantwortlich, das in zarten Anfängen befindliche wissenschaftliche Renommee dieser Region zu beschädigen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Oh! – Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Meine Damen und Herren, um allen Eventualitäten vorzubeugen, ist es meiner Fraktion wichtig, die Landesregierung aufzufordern, den Entwurf eines Kooperationsvertrages unter Einbeziehung aller Partner zu überarbeiten, Konsens bei der Unterschriftsleistung beider Partner herbeizuführen sowie dem Landtag bis Ende des Monats den unterzeichneten Vertrag als Unterrichtung vorzulegen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Warum eigentlich nicht morgen schon?)

Im Gleichzug ist die C4-Professur zu besetzen.

Ich hoffe das, ich hoffe das, Herr Bartels.

Meine Damen und Herren, unterstützen Sie bitte unseren Änderungsantrag und damit den dringend notwendigen Abschluss der Angelegenheit Universität Greifswald und Klinikum Karlsburg. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Vierkant.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Professor Kauffold.

Minister Dr. Peter Kauffold: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie wollen einen Kooperationsvertrag zwischen der Universität Greifswald und der Guth'schen Klinik in Karlsburg. Wir wollen den auch.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Sie wollen die Ernennung des kardiologischen Professors, des C4-Professors, wir wollen die auch. Das Problem ist der Konsens dabei, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall Sigrid Keler, SPD)

Den wollen wir auch, denn unser Politikansatz ist, wie ich Ihnen wiederholt gesagt habe, dialogisch und das ist ein mühseliges Geschäft.

Damit Ihnen deutlich wird, dass wir hier nicht untätig sind, möchte ich noch mal einige Eckpunkte wiederholen. Wir wollten also nichts anderes von Anfang an, als dass die Universität den Zustand wieder herstellt, der auch Bedingung war für die Genehmigung der Guth'schen Klinik in Karlsburg durch das Parlament in der ersten Legislaturperiode. Ich habe in den Monaten, die bisher vergangen sind seit Aufnahme dieses Begehrens, den Vertrag wieder herzustellen, nichts anderes von der Hochschule verlangt als einen belastbaren Kooperationsvertrag. Die Antwort von Seiten der Universität bestand auch darin, nicht nur die Einrichtung und die Mitarbeiter, sondern auch die Region mit dieser Problematik zu verunsichern. Manche haben da tüchtig mitgerührt in gewissen Abschnitten des vorigen Jahres. Und das Resultat, was wir zunächst bekommen haben, war eine leere Worthülse, so in etwa: Da habt ihr nun, was ihr wollt. Was wir aber wollen, das ist ein Vertrag, der die Zusammenarbeit beider Einrichtungen verlässlich sichert, ein Vertrag, der die Finanzierung auch des sehr kostspieligen Gerätes, was die Kardiologie braucht, in Greifswald gewährleistet, und zwar zu Bedingungen, die unser Hochschulhaushalt trägt. Was wir wollten, ist eine Heranführung auch des wissenschaftlichen Potentials dieser Guth'schen Klinik an die Hochschule und eine Zusammenarbeit in gutem Sinne, ein Zusammenwirken bei der Ausbildung von Wissenschaftlern und Studenten sowie eine Absicherung der Krankenversorgung in dieser Region.

Anfang Juni war dieser von mir eben als Worthülse bezeichnete Kooperationsvertrag vorgelegt worden, dem wir nicht zustimmen konnten. Wir haben daraufhin externen Sachverstand bemüht – ich hatte dem Parlament darüber schon berichtet – von namhaften Kardiologen aus Deutschland, die Positionen bezogen haben, die ich Ihnen hier schon im Parlament deutlich gemacht habe und die unseren Standpunkt, unsere Erwartungen und Anforderungen stärkten.

Zwischenzeitlich meldete sich dann auch der Wissenschaftsrat zu Wort. Die Bewilligung einer Finanzierung dieses teuren Gerätes, dieses Linkskathetermessplatzes, wurde trotz positiver fachlicher Begutachtung der DFG von der Berücksichtigung der Kapazitäten des Klinikums Karlsburg abhängig gemacht. Das stand also in Übereinstimmung mit der Aussage dieser Gutachter.

Das Ganze hatte sich ja einzufügen in den Krankenhausplan des Landes. Die notwendige Abstimmung des Sozialministeriums mit den Krankenkassen, in die das Bildungsministerium als zuständiges Ministerium für die Hochschulmedizin einbezogen war, hat im November des Vorjahres stattgefunden. Hier wurden die Obergrenzen für die kardiologischen Fälle in der Region Greifswald mit 5.000 Fällen pro Jahr festgelegt. Und die Universität braucht 1.200 bis 2.500 Fälle beständig und sicher.

Unter Berücksichtigung dieses Sachverhaltes habe ich im Anschluss an die Festlegung der Obergrenze mit dem Besitzer der Klinik in Karlsburg, mit Herrn Dr. Guth, ein Eckwertepapier vereinbart, dessen Inhalte Ihnen noch nicht bekannt sind, die ich Ihnen jetzt aber im Wesentlichen mitteilen möchte.

Erstens. An der Universität soll das Fach Kardiologie durch einen C4-Professor vertreten werden. Herr Dr. Guth bietet der Universität eine Stiftungsprofessur C4 für das Fach Kardiochirurgie für fünf Jahre an. Er wäre also bereit, sie zu finanzieren.

Zweitens. Herr Professor Felix wird die fachlichen Voraussetzungen für seine wissenschaftliche Arbeit an der Universität erhalten. Dafür stellt die Klinikgruppe Dr. Guth in der Universität einen Linkskathetermessplatz zur Verfügung. Dieser wird von der Klinikgruppe eigenwirtschaftlich betrieben. Die abrechnungstechnischen Einzelheiten werden zwischen der Universität und der Klinikgruppe einvernehmlich geregelt.

Drittens. Das gesamte Patientengut des Klinikums Karlsburg, seine fachliche und wissenschaftliche Kompetenz wird vom Klinikum Karlsburg für die Forschung der Universität zur Verfügung gestellt. Herr Professor Felix kann für seine wissenschaftliche Arbeit die Einrichtungen des Klinikums nutzen. Das Nähere ist im Kooperationsverfahren auszuhandeln.

Viertens. Von der Universität wird geltend gemacht, dass bei einem Betrieb eines Linkskathetermessplatzes der Klinikgruppe Guth in der Universität für das Universitätsklinikum höhere Kosten entstehen. Nebenbei gesagt, Herr Guth verneint das – das außerhalb des Zitats. Und um das zu entkräften, bietet die Klinikgruppe Dr. Guth die völlige Transparenz der mit dem Betrieb des Katheters verbundenen Kosten an. Das ist ein erheblicher Vertrauensbeweis, weil das ja ein privatwirtschaftliches Unternehmen ist, das seine Bilanzen nicht gerne offen legt.

Fünftens. Von der Klinikgruppe Dr. Guth wird sichergestellt, dass in der Universität aus dem mit dem Kostenträger vereinbarten Gesamtumfang der Katheterprozeduren 1.500 Prozeduren für die Arbeit von Herrn Felix zur Verfügung stehen. Der Aufwand der Universität für diese Prozeduren, also was die Universität an Mehrleistungen hat, wird von der Klinikgruppe angemessen vergütet.

Sechstens. Die Klinikgruppe hat ein großes Interesse an der wissenschaftlichen Exzellenz der Medizinischen Fakultät in Greifswald. Sie wird deshalb auf geeignete

Weise und in vertraglich abgesicherter Form die wissenschaftliche Arbeit im Fachbereich der Medizinischen Fakultät fördern. Das entspricht auch der Wahrnehmung einer Verantwortung Privater für die Förderung der Wissenschaft.

Das sind also die Eckwerte und ich glaube, sie sind eine verlässliche Grundlage – verlässlich auch als politische Grundlage – für die Aushandlung eines Kooperationsvertrages, der den Namen wirklich verdient. Nebenbei gesagt ist es – wie auch bei früheren Anfragen an die Regierung zu ähnlich gelagerten Sachverhalten – eigentlich nicht üblich, Vertragsinterna und Verhandlungsinterna vor Abschluss des Vertrages auszubreiten.

(Beifall Dr. Manfred Rißmann, SPD)

Das möchte ich hier einmal sagen. Es kann durchaus sein, dass solche Dinge dann auch die Verhandlungen erschweren.

Zwischenzeitlich haben wir auch mit Herrn Felix Kontakt aufgenommen, der uns wiederholt nachdrücklich und auch in belastbarer Weise versichert hat, dass diese Rahmenbedingungen hervorragend geeignet sind für seine wissenschaftliche Arbeit an der Universität Greifswald. Herr Felix selber ist in Kontakt getreten mit den Vertretern des Klinikums in Karlsburg und es gibt erste Gespräche über eine wissenschaftliche Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit soll in Zukunft durch eine gemeinsame dauerhafte Arbeitsgemeinschaft beider Einrichtungen unter Leitung von Herrn Felix sichergestellt werden.

Damit hängt die Ernennung von Herrn Felix nur noch davon ab, dass auch die Ernst-Moritz-Arndt-Universität dem Verhandlungsergebnis zustimmt und den Kooperationsvertrag unterzeichnet. Der von uns ausgearbeitete Entwurf ist Herrn Kohler, dem Rektor, am 14.01. zugestellt worden, auch dem Klinikum Karlsburg. Die Universität hat bereits am 17. ihre Stellungnahme zum Vertragentwurf abgegeben, möchte aber noch einige Nachbesserungen haben, die auszuhandeln sind. Das betrifft erstens eine nachhaltige Sicherung dieser 1.500 Plätze. Herr Guth hat mir das mit Shakehands zugesichert, aber im Vertrag ist es sicher besser aufgehoben. Zum Zweiten betrifft das im Wesentlichen die Modalitäten der Abrechnungen zwischen beiden Einrichtungen. Das ist also noch auszuhandeln. Das sind vertragliche Dinge, die ich sehr herzlich bitten würde nicht von einem Termin abhängig zu machen. Das schwächt natürlich die Position derjenigen, die das moderieren. Anderenfalls sollten Sie empfehlen, dass der Minister für die Universität diesen Vertrag abschließt. Das würde ich machen. Aber das widerspricht dem dialogischen Prinzip und unserem Wunsch nach einer hohen Autonomie der Universitäten.

Also ich rechne damit, dass Herr Felix, nachdem die Modalitäten, die auch rein formal mit diesem Ernennungsvorgang zu tun haben, die ich aus datenschutzrechtlichen Gründen hier nicht nennen möchte, bis zum 1. April 2000 abgeschlossen sind, ernannt werden wird, und dass dann auch der Kooperationsvertrag unter Dach und Fach ist. Und wenn das so ist, dann sind wir ein gutes Stück weiter auf dem Weg zu abgestimmten regionalen Versorgungsstrukturen, zur wirtschaftlichen Führung von Krankenhäusern und zur Sicherung exzellenter Lehre und Forschung an der Universität, ohne dass finanzielle Belastungen für Investitionen, die den gesamten Haushalt für Geräteinvestitionen für die Hochschulen im Jahre 2000 zu Lasten anderer Einrichtungen einschränken, entstehen.

Das ist also der Sachstand. Selbstverständlich wird Ihnen die Landesregierung diesen fertigen Vertrag, das ausgehandelte Ergebnis vorlegen. Ich würde aber dem Parlament nicht empfehlen, die Landesregierung unter einen solchen terminlichen Druck zu setzen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Bartels von der Fraktion der PDS.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kardiologie Greifswald, die Zehnte oder die Elfte – ich weiß es nicht mehr so genau. Leider hat sich das nun doch fast zu einer unendlichen Geschichte entwickelt. Ich gehe aber entsprechend meines Wissensstandes und nach dem, was der Minister eben gesagt hat, davon aus, dass wir hier doch in sehr absehbarer Zeit zu einem guten Ende kommen,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

auch, und das will ich deutlich sagen, wenn es mir sehr viel lieber gewesen wäre, wenn wir heute nicht noch einmal hätten darüber sprechen müssen. Und ich will auch gerne, ehe mir die CDU das dazwischenruft, eingestehen und zugestehen, dass ich als Oppositionshochschulpolitiker einen ähnlichen Antrag gestellt hätte, weil es natürlich um ein wichtiges Problem geht und weil die Begleitung durch den Landtag hier sicher notwendig ist.

Auf das Ähnliche komme ich gleich noch einmal zurück. Ich will das im Zusammenhang damit machen, dass ich ausgehend von dem Stand, über den der Minister berichtet hat, etwas zu den einzelnen Punkten Ihres Antrages sage.

Der erste Punkt fordert die Regierung auf, einen Kooperationsvertrag mit den Partnern zur Unterschriftsreife zu entwickeln. Der Minister hat dargestellt, dass hier Fortschritte erreicht worden sind, aber auch noch Fragen zu klären sind. Und ich will auch ganz deutlich sagen, ich hatte, bevor der Minister nach Karlsburg gefahren ist, ein Gespräch mit ihm auch zu diesem Thema. Und das unterscheidet mich eben von der Oppositionsrolle und deshalb brauche ich auch keinen Antrag zu stellen.

(Dr. Arthur König, CDU:

Da haben Sie ja Glück, Herr Bartels.)

Nein, ich bin in der Koalitionsfraktion. Das hat mit Glück weniger zu tun, Herr Kollege König.

(Dr. Arthur König, CDU: Na ja.)

Das ist einfach die Realität. Ich sage das ja auch, um den Unterschied deutlich zu machen, den ich voll respektiere.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS:

Aber für Herrn König wäre es ein Glück, wenn er in der Koalition wäre.)

Das weiß ich nun wieder nicht. Das überlasse ich deiner Bewertung, Arno.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS:

Das hat er doch deutlich gemacht. – Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Ich will deutlich sagen, dass ich in dem Gespräch mit dem Minister, und deshalb habe ich jetzt darüber gespro-

chen, sehr skeptisch war, ob ein Durchbruch erreichbar sei. Und ich will meinen Respekt dafür ausdrücken, dass aus meiner Sicht und nicht nur aus meiner Sicht der Minister einen solchen Durchbruch erreicht hat.

(Beifall Hinrich Kuessner, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Ich will auch sagen, dass ich die Kritik der Universität an ihrem angeblichen Ausschluss aus dem Verfahren zur Kenntnis genommen habe und partiell verstehen kann. Aber ich sage auch, wer sich die Geschichte dieses Vorganges betrachtet, weiß natürlich um die festgefahrenen Fronten. Und dann ist mir der Weg, den der Minister gewählt hat und der zu einem Durchbruch, zu einem neuen Ansatz geführt hat, wesentlich lieber, als wenn wir weiterhin versucht hätten, einen Konsens auf einen Schlag mit allen Partnern herbeizuführen. Ich denke, vom Ergebnis her gesehen hat sich dieser Ansatz als richtig erwiesen.

Ich will auch sagen, dass es sicher nachvollziehbar ist, wenn aus der mit der Vorlage des Eckwertepapiers, wie der Minister gesagt hat, gleichzeitig erschienenen Pressemitteilung durchaus Irritationen entstanden sind. Die Universität konnte – ich will aber auch sagen, musste aber nicht unbedingt – aus dieser Presseerklärung herauslesen, sie solle bloß noch unterzeichnen und sie hätte jetzt nur noch zu parieren. Ich sage bewusst, man konnte das vielleicht, man musste aber nicht unbedingt.

Tatsache ist, dass es – und das war von vornherein klar – eine ganze Reihe konkreter Fragen und Probleme gibt, die noch ausgehandelt werden müssen. Und die können nur zwischen der Universität und der Leitung der Guth-Klinik ausgehandelt werden. Das ist von Anfang an klar gewesen.

Es gibt darüber hinaus sicher noch ein prinzipielles größeres Problem. Ich weiß, dass der Präsident des Landesrechnungshofes sich freundlicherweise bereit erklärt hat, seinen Fachkommentar dazu abzugeben, damit alle beteiligten Seiten auf der sicheren Seite sind und wir am Ende davon ausgehen können, dass alles auf der richtigen Basis und mit der richtigen Zielstellung vor sich geht.

Zum zweiten Punkt. Es ist richtig, Professor Felix muss schnellstens ernannt werden. Das habe ich an dieser Stelle schon mehrfach erklärt. Dazu stehe ich. Ich bin in diesem Zusammenhang darüber erfreut, dass Professor Felix es für sehr gut möglich hält, diese Professur auf der vorliegenden Basis in Greifswald anzutreten.

Aber es gibt natürlich auch hier Probleme, von denen ich mir gewünscht hätte, dass sie schon längst gelöst wären. Sie sind aber noch nicht gelöst. Ich will auf zwei dieser Dinge hinweisen.

Wenn die Landesregierung einen Medizinprofessor ernannt und keine Patienten für ihn hat, dann hat die Landesregierung ein Problem.

(Angelika Gramkow, PDS: Wir alle.)

Und das Problem – der Minister hat es eben schon angesprochen – sind die 5.000 Versorgungsfälle, die die Krankenkassen für die Region akzeptieren. Diese 5.000 Versorgungsfälle entsprechen dem Bestandsschutz, den Herr Dr. Guth mit seiner Klinik in Karlsburg für die Region hat auf Grundlage der Entscheidungen, die 1992 getroffen worden sind. Da war, wenn ich mich richtig erinnere, die PDS nicht in der Regierungsverantwortung.

(Angelika Gramkow, PDS:
Die SPD aber auch nicht.)

Die SPD auch nicht, richtig.

Ich will das jetzt nicht polemisch behandeln, ich will nur darauf hinweisen, dass wir von diesen Tatsachen auszugehen haben und alle Entscheidungen darauf ausrichten müssen.

Ein zweites Problem: Einen C4-Professor zu ernennen, ohne die Zusagen der Berufungsverhandlung einzuhalten, das geht auch nicht. Bestandteil der Berufungsverhandlung war die Tatsache, dass Professor Felix davon ausgeht, dass er an seinem Arbeitsplatz in Greifswald einen Linkskathetermessplatz vorfindet. Wie sind die knapp 4 Millionen DM zu finanzieren, wenn die Kassen möglicherweise die Behandlung der Patienten nicht bezahlen und der Wissenschaftsrat sowie die Kassen eine bereits vorhandene ausreichende technische Ausstattung der Region konstatieren? Leider ist es so, dass wir bislang immer noch bei dieser Tatsache stehen, dass aber der Vertragsentwurf für beide Probleme eine Lösung anbietet, die hoffentlich tragfähig ist, wobei für mich auch eine ganz wichtige Frage war, und das will ich auch deutlich sagen: Warum tut Herr Guth das? Wer sich den Kooperationsvertrag ansieht, erkennt, zumindest nach meiner Meinung, dass Herr Dr. Guth eine Kompensation erhält durch eine marktwirksame Aufwertung seiner Klinik und seiner Mitarbeiter. Das heißt, es wäre eine Vereinbarung zum gegenseitigen Vorteil. Und das ist Bedingung, dass so etwas auch trägt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Seitdem ich das weiß, glaube ich mehr an die Realisierbarkeit des vorliegenden Ansatzes als vorher.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir eine Anmerkung zu Ihrem Änderungsantrag, der ja den vorliegenden Antrag aktualisiert.

Die Ausarbeitung dieses Kooperationsvertrages ist notwendig, das habe ich gesagt. Ob es wirklich bis zum 28.02. passieren kann oder erst am 05.03. oder am 06.03., die Garantie kann heute niemand übernehmen. Deshalb bin ich nicht dafür, dass wir heute eine Grundlage schaffen, um hinterher die Regierung zu kritisieren, wenn sie es erst am 15.03. geschafft hat. Dazu ist das Problem zu wichtig. Ich denke, eine solche terminliche Fixierung ist bei aller gebotenen Eile, die ich konstatiere und die ich völlig akzeptiere, nicht sinnvoll.

Das bezieht sich nach meiner Sicht auch auf den zweiten Punkt Ihres Änderungsantrages. Gestatten Sie mir hier die Frage: Wenn die Regierung die Unterzeichnung bis zum 28. Februar herbeiführen soll, wie soll sie dann bis zum 28. Februar auch noch eine Unterrichtung vorlegen? Das passt irgendwie nicht ganz zusammen.

(Sigrid Keler, SPD: Dann nehmen
wir den 29. Februar 2000.)

Ja, selbst das ist mit Drucklegung und Kabinettsbeschluss und für eine Unterrichtung und so weiter nicht zu schaffen. Das sollten die Kollegen der CDU eigentlich aus achtjähriger Koalitionstätigkeit wissen, dass das nicht richtig zusammenpasst, was die Termine betrifft. Ich weiß auch nicht, ob wir uns als Landtag so weit in die Dinge reinhängen sollen, dass wir die Details eines Kooperationsvertrages hier in dem Maße zur Kenntnis nehmen und dann vielleicht noch zum Gegenstand von Diskussionen

machen. Das weiß ich nicht so richtig, da habe ich meine Zweifel, die ich hier artikulieren möchte.

Ich möchte noch einen weiteren Aspekt anführen. Ich glaube, dass seit dem vergangenen Sonnabend ein mögliches Hemmnis für die Zustimmung der Universität beseitigt ist. Der vorliegende Kooperationsvertrag hätte ein Problem bei der Privatisierung der Universitätsklinik sein können. Denn wenn ich sie an einen anderen verkaufen will und dann schon einen Privaten mit einem Kooperationsvertrag eingebunden habe, hätte das ein Problem sein können. Dieses Problem ist mit dem Senatsbeschluss vom Sonnabend vom Tisch. Ich glaube, dass es der Universität unter diesem Gesichtspunkt, nachdem die anderen Probleme gelöst sind, leichter fallen sollte und könnte, den Grundansatz mitzutragen und möglichst schnell in der gemeinsamen Arbeit einen vernünftigen Gesamtabschluss zu finden.

Sie merken vielleicht an meiner Darstellung, dass ich – trotz des Blickes auf die Geschichte dieses Vorganges – einen gedämpften Optimismus zu verbreiten versuche. Ich will aber auch sagen, dass ich erst wirklich ruhig sein werde, wenn der Vertrag unterschrieben, Professor Felix ernannt ist und er seine Arbeit in Greifswald aufgenommen hat. Da zeigt die Erfahrung der letzten Jahre, muss man nun ja fast sagen, leider, dass da immer wieder Stolpersteine auf dem Weg liegen.

Ich habe zum Schluss einen Wunsch, der hoffentlich keine Fata Morgana ist. Der Wunsch lautet, dass alle Beteiligten – ich sage, alle Beteiligten – die Kraft aufbringen mögen, die Geschichte dieses Problems und die dabei erfolgten oder empfundenen Verletzungen auf allen Seiten ad acta zu legen und ganz schnell die mögliche Lösung herbeizuführen. Und das ist meine ganz dringende Bitte an alle. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Bartels.

Das Wort hat jetzt Herr Dr. Reißmann von der Fraktion der SPD.

Dr. Manfred Reißmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kooperationsvertrag muss den Konsens zwischen beiden Vertragspartnern haben. Der jetzige Stand der Verhandlungen ist sehr wesentlich durch die Aktivitäten von Minister Kauffold erzielt worden und das, was heute hier vorgetragen worden ist an gegenseitigem Akzeptieren, gegenseitigem Vorteil oder Interessen mit dem Angebot von der Guth-Klinik Karlsburg, mit der nötigen Zeit, die die Universitätsleitung dazu braucht, um noch einmal ihre Positionen damit abzugleichen. Ich finde es richtig, wenn hierfür nicht ein neuerlicher Termin gesetzt wird, wie im Änderungsantrag der CDU versucht wird. Der Zeitrahmen bis zum 1. April etwa – vom Minister hier vorgestellt – scheint mir da realistisch. Die Terminsetzung seitens der CDU-Fraktion würde unsere Fraktion ablehnen.

Es ist richtig, seit über einem Jahr läuft die schwierige Abstimmung zwischen Sozialministerium, Bildungsministerium, Universität und der Stadt Greifswald und dem privaten Betreiber in Karlsburg. Das ist keine einfache Geschichte gewesen. Sie scheint jetzt ein gutes Ende erreicht zu haben. Es war sicher nicht immer hilfreich, aber manchmal doch ganz gut, dass der Landtag sich häufiger als mit vielen anderen Themen mit diesem Thema

beschäftigt hat. Wir haben sicher ein Stück Verantwortung darin gesehen, den Ernst für dieses Fachgebiet, für die Kardiologie in Greifswald hier in öffentliche Diskussionen und in den Vordergrund auch der Arbeit und der Wertschätzung eines niveaувollen Abschlusses eines Kooperationsvertrages zu stellen.

Sachlich also nur so viel: Mit dem Bericht des Ministers hat sich für mich die parlamentarische Diskussion zu dem Thema erledigt.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Die Unterschrift ist angekündigt. Sie steht noch nicht. Ich gehe davon aus, dass die jetzt gegebenen Bedingungen in der vorgegebenen Zeit oder in dem Zeitrahmen zu einem Vertragsabschluss führen.

Auf die Geschichte des Problems an dieser Stelle einzugehen erübrigt sich. Das ist von allen Seiten beleuchtet worden und ich kann darauf verzichten. Die Zusagen und die Vorschläge, die seitens der Guth-Klinik gemacht worden sind, erscheinen mir wirklich in einem Maße verantwortungsvoll zu sein, dass ein eigenes und großes Interesse seitens der Guth-Klinik besteht, diese Zwischenphase ohne Kooperationsvertrag jetzt auch endlich zu beenden. Die Chancen, die Entwicklung dieser Klinik, dieses Lehrstuhls in diesem Jahr begrüßen und zu einem guten Abschluss im Vertragsverhandeln bringen zu können, glaube ich, sind hier deutlich genug von allen Seiten beleuchtet worden.

Ich kann hiermit schließen. Ich gehe davon aus, dass die letzten Hürden ausgeräumt werden, und beantrage, dass auch das Berichtsverpflichten, das mit einem alten Antrag mit der Nummer 3/318 noch aussteht, mit dem heutigen Tage für erledigt erklärt werden kann. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Reißmann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. König von der Fraktion der CDU.

Dr. Arthur König, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte heute eigentlich vor, einen längeren Diskurs über die Thematik Uni, Karlsburg und Kardiologie zu geben.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Ach, das haben wir doch schon zimal gehört.)

Der Minister hat ja leider nicht viel Neues erzählt. Nur ein Zungenschlag, der gefällt mir ganz und gar nicht, wenn er hier meint, die Universität trägt mit ihrem Verhalten zur Verunsicherung in der Region bei. Ich denke, das ist genau der falsche Zungenschlag. Das ist genau das Signal, was wir nicht wollen.

Und zu einem Kooperationsvertrag – so, wie das Wort „Kooperation“ schon sagt – gehört, dass sich die beiden Ministerien in Schwerin, die Universität als die Betroffene und das Klinikum Guth zusammenfinden müssen. Aber wenn ich höre, dass die Terminsetzung das Problem ist und dass möglicherweise der 28.02.2000 für Sie, Herr Minister, ein Problem sein wird, um den Vertrag zwischen den genannten Partnern auf den Weg zu bringen, wenn das das einzige Hindernis ist, dann würde ich gerne einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag stellen, dass wir

das Datum 28. Februar aus den Punkten 1 und 2 herausnehmen.

Ich würde es aber trotzdem vernünftig finden, Herr Minister, wenn uns auch in Zukunft hier im Landtag das Nötige über die Thematik Karlsburg, Greifswald und die Kardiologie mitgeteilt wird, denn es gibt Knackpunkte von Seiten der Universität in dem vorliegenden Kooperationsvertrag.

Was sind diese Knackpunkte?

Zum einen ist es die Stiftungsprofessur. Es ist löblich, dass sich die Karlsburger Klinik über Stiftungsprofessuren in das Geschehen der Uni einbringen will. Viele derartige Stiftungsprofessuren haben in Mecklenburg-Vorpommern dazu beigetragen, dass sich die Hochschullandschaft in den vergangenen Jahren positiv entwickelte. Aber in diesem Fall wird bloß Kosmetik betrieben und, wie man so sagen könnte, eine bessere Mitarbeiterveredlung vorgenommen, denn ein Kardiochirurg wird in der ausgewiesenen Universität und Kardiologie so nicht benötigt. Das zum einen.

Zum anderen ist auch der Wissenschaftsminister immer darum bemüht, Doppelungen mit der Uni Rostock zu vermeiden. Beschlossen ist aber für das Land, dass Rostock das universitäre kardiologische Zentrum des Landes ist. Oder hat es damit zu tun, dass die Ernennung des C4-Professors in Rostock und des Lehrstuhlinhabers dort Probleme bereitet? Hier, denke ich, sollten Sie Ihre Grundsätze aufrechterhalten, Herr Minister.

Ein weiterer Punkt betrifft die 1.500 Fälle für die Durchführung von nicht invasiven kardiologischen Eingriffen. Auch das ist ein Punkt, der so von Seiten der Universität nicht oder schwer akzeptiert werden kann. Das sind nämlich gewinnbringende Bereiche, die nicht aus dem Budget finanziert werden, sondern über Einzelfallregelungen, und durch die Festlegungen, wie sie jetzt getroffen werden, wird die Universität abgekoppelt von einer Dynamik der Fallzahlen, falls sie nach oben geht.

Und es ist noch ein Problembereich vorhanden. Die Erlöse für die Eingriffe kommen nicht etwa der Universität zugute, sondern werden in Karlsburg abgerechnet. Die 1.500 Fälle stehen dem Inhaber der C4-Professur im Rahmen seiner Lehrstuhl-tätigkeit, also für Forschung und Lehre, zu.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie sind aber nicht da, Herr König, ohne dass Herr Guth verzichtet. Oder sehe ich das falsch?)

Dass mit diesen Fällen auch inneruniversitäre Bilanzen ausgeglichen werden können und müssen, auf diese Idee scheint man im Wissenschaftsministerium so noch nicht gekommen zu sein.

Meine Damen und Herren! Wenn diese Punkte – das sind ja wohl die Knackpunkte von Seiten der Universität –, wie Sie sagen, Herr Minister, in einem dialogischen Prozess mit allen Beteiligten noch einmal aufgegriffen werden könnten und durch das Ministerium vielleicht auch neu bedacht werden, dann sehe ich Chancen von Seiten der Universität und Karlsburg, dass in der von Ihnen genannten Zeit – ich gehe mal davon aus, dass es April werden wird, so, wie Sie gesagt haben – ein von allen akzeptierter Kooperationsvertrag vorliegen könnte. Dann hätten sich – das möchte ich zum Schluss sagen – die vielmaligen Diskussionen hier im Plenum zu diesem Thema gelohnt. – Danke.

(Heike Lorenz, PDS: Ich glaube nicht, dass es dieser Anträge bedurft hätte.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Bartels? (Zustimmung)

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Kollege König, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie formell die Herausnahme des Datums beantragt haben, oder haben Sie es nur für möglich gehalten?

Dr. Arthur König, CDU: Nein. Es ist die Herausnahme formell beantragt.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Danke.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. König.

Um das Wort hat noch einmal gebeten der Minister Herr Professor Kauffold. Bitte, Herr Professor Kauffold.

Minister Dr. Peter Kauffold: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist eine sehr konstruktive Diskussion – ich empfinde sie jedenfalls so – und ich habe überhaupt nicht die Absicht, irgendwie Benzin in irgendwelche Flammen zu gießen oder in irgendwelche Glut. Was Sie zu bedenken gegeben haben, Herr Abgeordneter König, das sind Punkte, die auch von der Universität geäußert werden im Zusammenhang mit der weiteren Ausgestaltung des Vertrages auf der Grundlage dieses Sockels. Sie haben eine Aussage nicht gemacht, die hier hingehört, und zwar dass die 1.500 Fälle gerade ausreichen oder noch nicht mal ausreichen, um die Abschreibungen für dieses Gerät zu finanzieren. Das ist eine Aussage, die uns gegenüber Experten machen, so dass mit diesen Fallzahlen selber kein Geschäft zu machen ist.

Der zweite Punkt ist, dass ich mir sehr sicher bin, dass die Klinik diese Anlage – und letzten Endes werden auch die Kosten der Universität im Bereich Forschung und Lehre niedriger sein – billiger betreiben kann, weil sie nämlich den Einkauf von Materialien zu ganz anderen Konditionen vornimmt als die Universität.

Der dritte Punkt betrifft die Stiftungsprofessur Chirurgie. Das ist natürlich eine Frage, die zu klären ist. Sehr wichtig ist es für Kardiologen, dass sie zu Kardiochirurgen ein sehr, sehr gutes Verhältnis haben, weil sich kardiologische Fälle sehr leicht zu kardiochirurgischen Fällen entwickeln können, und da gibt es in Karlsburg vor Ort eine sehr enge Koppelung, weil sich kardiologische Katheterisierungen sehr schnell zu einem kardiochirurgischen Fall entwickeln können. So viel dazu.

(Der Abgeordnete Dr. Arthur König meldet sich für eine Anfrage.)

Sie wollten zur Geschäftsordnung?

(Dr. Arthur König, CDU: Nein, nein.)

Eine enge Abstimmung zwischen den Universitäten ist von mir verlangt, und zwar bei der Neubesetzung aller Professuren, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie, Herr Minister, ...

Minister Dr. Peter Kauffold: Gleich.

... nicht nur im medizinischen Bereich, sondern auch im philosophischen Bereich. Und ich möchte hier feststellen, dass dieses eine neue Übung ist für die Universitäten,

dass sie sich nämlich auch zu Auslastungsfragen und zum jeweiligen Profil äußern müssen. Das wird auch in diesem Bereich verfolgt, so dass hier keine Irritationen bei der Universität Rostock entstehen könnten.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt die Anfrage? (Zustimmung)

Bitte, Herr Abgeordneter.

Dr. Arthur König, CDU: Ich möchte noch einmal nachfragen bezüglich der Stiftungsprofessur Kardiochirurgie.

Minister Dr. Peter Kauffold: Dazu habe ich mich eben geäußert.

Dr. Arthur König, CDU: Ja, leider nicht konkret.

Es ist aber bekanntlich so, dass es auch eines Ihrer Prinzipien gewesen ist, dass Duplizitäten an den Universitäten vermieden werden sollen und lieber auf komplementäre Fächer und Fächerspektren ausgewichen werden wird, was auch vom Wissenschaftsrat so gefordert wird.

Minister Dr. Peter Kauffold: Das ist richtig.

Dr. Arthur König, CDU: Wie bewerten Sie dann die Stiftungsprofessur für Kardiochirurgie an der Universität Greifswald?

Minister Dr. Peter Kauffold: Ja, der Rektor der Greifswalder Universität hat diese Bedenken erhoben. Wir werden das abstimmen mit der Rostocker Universität und wenn dort ebenfalls Bedenken im Sinne einer Dopplung entstehen, die kostenrelevant ist für das Land, dann werden wir uns zu überlegen haben, ob das wirklich ein Gewinn ist für die Universität in Greifswald. Das würde ich Ihnen auf diese Frage antworten wollen. Das sind spezielle Aussagen zu Ihrem Beitrag, Herr Abgeordneter König.

Ich möchte aber einiges Grundsätzliches sagen, zu dem, was uns hier in diesen Bereichen noch bevorsteht. Wir werden uns sicher noch mal – wenn Sie das wünschen – mit der weiteren Entwicklung dieser Beziehungen zwischen Greifswald und Karlsburg beschäftigen. Es ist sicher ganz gut, so etwas zu beobachten, auch parlamentarisch zu beobachten. Dieses Problem der Kooperation zwischen der Karlsburger Klinik und dem Klinikum in Greifswald ist ein kleines Körnchen in dem Pool der Probleme, die wir mittels Kooperation hier im Lande zu lösen haben. Unser Land wendet, bezogen auf die Einwohner, ein hohes Maß an Mitteln für die Universitäten auf. Wir stehen an dritter Stelle in Deutschland pro Einwohner. Wir stellen aber gleichzeitig fest, dass die Kliniken sowohl in Lübeck als auch anderswo besser finanziert sind als unsere Klinika. Und gleichzeitig sind die Klinika die größten Brocken in den Universitätsetats. Das ist eine Aussage, die ich hier treffen möchte.

Die medizinischen Fakultäten sollen nach den Wünschen des Wissenschaftsrates die Zentren der Hochleistungsmedizin sein. Mittlerweile haben wir aber im Lande mit staatlicher Förderung kommunale und private Kliniken, die durchaus diesen Ansprüchen genügen. Und wir müssen feststellen, dass wir nicht in allen Fachbereichen der medizinischen Klinika mit staatlicher Finanzierung diese Ansprüche erreichen können. Das heißt also, wir müssen, wo wir irgend können, auf Kooperationen hinwirken und wir müssten solche Beispiele, wenn sie sich gut entwickeln, nutzen, um auch an der Universität Rostock zu benachbarten Kliniken Kooperationsbeziehungen herzustellen. Und wir müssen uns auch in diesen Fällen

immer den Problemen stellen, die die Kassen sehen, weil wir im Bereich der Versorgung mit Krankenhausplätzen in zunehmendem Maße Überkapazitäten im Lande haben und die Einrichtungen erbittert konkurrieren werden um die Patienten.

Vor dieser Problematik stehen wir und wir müssen auch unseren Universitäten abverlangen, dass sie innerhalb ihrer Profilierung, in der Konzentration auf Schwerpunkte zur Kooperation bereit sind und auch bereit sind, über den Tellerrand zu gucken und eigene Aktivitäten und Anstrengungen zu unternehmen, um diese Einrichtungen, so gut sie können, an sich zu binden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und das ist nur ein Fall hier. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Kuessner von der Fraktion der SPD.

Hinrich Kuessner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schön ist, dass wir am Ende der Sitzung zu einer harmonischen Abstimmung kommen werden. Dem Änderungsantrag zur Änderung werden die Koalitionsfraktionen ihre Zustimmung geben. Das ist ein guter Vorschlag und das macht in diesem Falle auch sehr viel Sinn, weil es sehr viel Streit in dieser Sache gab. So zeigen wir einmütig, dass wir hier gemeinsam ein gutes Ziel wollen, so, wie es vom Bildungsminister vorgetragen worden ist. Das, finde ich, ist auch ein richtiges Zeichen in die Region hinein.

(Beifall Dr. Manfred Reißmann, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Und ich denke, wir sind in der Region auch ein Stückchen weiter inzwischen. Es war sehr wichtig, dass der Durchbruch vor dem 29. Januar, vor der Senatsentscheidung, der Richtungsentscheidung, wohin es mit den Universitätskliniken gehen soll, passierte, und meine Hoffnung ist, dass die Gespräche zwischen Landesregierung, Parlament, Kliniken und Universität Greifswald jetzt auf ein anderes Fundament gestellt und auch in einer sachlichen Atmosphäre geführt werden können. Nach meiner Überzeugung ist der Beschluss vom 29. Januar für die Zukunft der Universitätskliniken sehr wichtig und sehr gut.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Der Karlsburger Kooperationsvertrag ist ein kleiner Baustein in diesem Konzept, und zwar ein sehr wichtiger, da zu diesem Konzept auch gehört, dass eine aktive Kooperation passiert.

Bildungsminister Kauffold hat eben gerade ausgeführt, dass wir vor großen finanziellen Schwierigkeiten in dem Bereich stehen, und das ist so. Wir werden aus diesen Schwierigkeiten schrittweise nur herauskommen, wenn die Bereitschaft vor Ort vorhanden ist, eigene Strukturen genau anzugucken und aktive Kooperation zu betreiben. Wir werden im Gesundheitswesen über diese Fragen überall heftig debattieren und auch zu Schlussfolgerungen kommen müssen, und an den Universitätskliniken in unserem Land ganz besonders. Für Greifswald gilt ganz besonders, dass es hier zu durchgreifenden Änderungen kommt.

Mein Erlebnis in den letzten drei Monaten, in denen sehr aktiv an Zukunftsmodellen für Greifswald gearbeitet worden ist, ist, dass in der Region die Bereitschaft, zu veränderten Beschlüssen zu kommen, da ist. Diese Bereitschaft müssen wir jetzt nutzen und diese positive Diskussion müssen wir aufnehmen, um zu Ergebnissen zu kommen. Darum bin ich sehr froh, dass heute gesagt werden kann, dass diese unendliche Geschichte zu einer endlichen wird. Der Kooperationsvertrag muss sicher noch in einigen Punkten verhandelt werden, kann aber zu einem sichtbaren Abschluss geführt werden, damit Professor Felix auch nach Greifswald kommt. Auch seine Äußerung, dass er nach Greifswald will, kenne ich und ich denke, die Weichen sind jetzt richtig gestellt. Darum bin ich froh, dass wir heute hier diesem Antrag gemeinsam zustimmen können und dann endgültig dieses Thema in einem absehbaren Zeitraum zu den Akten legen können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Arthur König, CDU: Das hängt von den Ergebnissen ab.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Kuessner.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den vom Abgeordneten Dr. König mündlich gestellten Änderungsantrag, die Worte „bis zum 28. Februar 2000“ in den Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrages auf Drucksache 3/1095 zu streichen,

abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der mündlich vorgetragene Änderungsantrag des Abgeordneten Dr. König einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1095 abstimmen. Wer dem mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1095 mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/967 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/967 mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 15. März 2000, 10.00 Uhr ein. Ich wünsche allen eine erholsame sitzungsfreie Zeit. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17.14 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Lutz Brauer, Rainer Prachtl, Ute Schildt, Steffie Schnoor, Dr. Margret Seemann und Karla Staszak.

Namentliche Abstimmung

über den
Antrag der Fraktion der CDU
Abfallwirtschaftsplan des Landes und Verordnung
zum Abfallwirtschaftsplan des Landes
 – Drucksache 3/1053 –

Jastimmen

CDU

Dr. Born, Ulrich
 Caffier, Lorenz
 Dr. Gehring, Hubert
 Grams, Friedbert
 Helmrich, Herbert
 Holznagel, Renate
 Dr. Jäger, Armin
 Kleedehn, Bärbel
 Dr. König, Arthur
 Markhoff, Dieter
 Nitz, Thomas
 Nolte, Georg
 Rehberg, Eckhardt
 Seidel, Jürgen
 Skrzepski, Gesine
 Thomas, Reinhardt
 Vierkant, Jörg

Neinstimmen

SPD

Backhaus, Till
 Baunach, Norbert
 Beyer, Heidemarie
 Borchert, Rudolf
 Bretschneider, Sylvia
 Dankert, Reinhard
 Friese, Siegfried
 Gerloff, Claus
 Keler, Sigrid
 Dr. Klostermann, Henning
 Dr. Körner, Klaus-Michael
 Kuessner, Hinrich

Mahr, Beate
 Monegel, Hannelore
 Müller, Detlef
 Polzin, Heike
 Dr. Reißmann, Manfred
 Schier, Klaus
 Schlotmann, Volker

PDS

Dr. Bartels, Gerhard
 Bluhm, Andreas
 Böttger, Gerd
 Borchardt, Barbara
 Dr. Bunge, Martina
 Gramkow, Angelika
 Holter, Helmut
 Kassner, Kerstin
 Koburger, Annegrit
 Koplín, Torsten
 Kreuzer, Götz
 Müller, Irene
 Muth, Caterina
 Ritter, Peter
 Schädel, Monty
 Dr. Schoenenburg, Arnold
 Schulz, Gabriele
 Schwebs, Birgit

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	54
Gültige Stimmen	54
Jastimmen	17
Neinstimmen.....	37
Enthaltungen.....	-